

Preußische Allgemeine

Nr. 28 · 12. Juli 2024

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 4,40 €



Politik ohne Mitgefühl

Die befremdliche Empathielosigkeit von Mitgliedern der Ampelregierung gegenüber den Opfern von Verbrechen aus dem Kreis von Migranten Seite 3



Zypern Als die Nationalgarde putschte und die Insel geteilt wurde Seite 10



Heiligenwalde Ein von Sorgen überschattetes Kirchenjubiläum Seite 23

VON RENÉ NEHRING

FRANKREICH

Wer das eine nicht mag, muss das andere mögen. So oder ähnlich ließe sich das Ergebnis der französischen Parlamentswahl kommentieren. Nachdem nach dem ersten Wahlgang vor einer Woche der „Rassemblement National“ (RN) der Rechtspopulistin Marine Le Pen in Führung lag, trommelten Politiker und Medien von Linksaßen bis zur Mitte gegen den drohenden Triumph von Rechts. Zugleich forderten sie dazu auf, dass im zweiten Urnengang dort, wo in den Wahlkreisen mehrere Kandidaten zur Wahl standen, die jeweils weniger aussichtsreichen Bewerber der Mitte und der Linken nicht antreten sollten, um die Kandidaten des RN schlagen zu können.

Da im ersten Wahlgang die von Jean-Luc Mélenchon geführte linkspopulistische „Nouveau Front populaire“ (Neue Volksfront) zweitstärkste Kraft hinter Le Pen geworden war, war absehbar, dass vor allem ihre Kandidaten von diesen Empfehlungen profitieren würden. Im Ergebnis haben denn auch die Franzosen unter der Warnung vor dem Rechtsdrill einen extremen Linksrutsch bekommen.

Denn die „Neue Volksfront“ ist keine Vereinigung im Sinne klassischer Sozialdemokratie, sondern ein Bündnis aus Sozialisten, ökoradikalen „Les Écologistes“, Kommunisten und der tonangebenden Partei „La France insoumise“ (Unbeugsames Frankreich) Mélenchons, die ihre namensgebende Unbeugsamkeit nicht nur gegen die EU richtet, sondern vor allem auch gegen den angeblich dominanten Nachbarn Deutschland. Deutlich weniger kritisch sieht das Linksbündnis übrigens die weitere Zuwanderung – auch aus muslimischen Ländern – nach Europa. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, dass die Franzosen ob dieser Konstellation schon bald ein böses Erwachen erleben könnten.

Ein Debakel schon jetzt ist das Ergebnis für den französischen Präsidenten

Die Warnung vor der rechten Gefahr führt zum Linksrutsch

Die Wahl zur französischen Nationalversammlung offenbart einmal mehr das strategische Dilemma der bürgerlichen Mitte

Macron. Allzu oft wird in den europaweiten Kommentierungen ausgeblendet, dass seine Partei „Renaissance“ (Wiedergeburt) 2016 unter dem Namen „La République en Marche!“ (Die Republik in Bewegung) gegründet worden war, weil sich die etablierten Kräfte der linken und rechten Mitte – Gaullisten, Republikaner, Liberale und gemäßigte Sozialisten – schon damals in Auflösung befanden und bereits bei der Präsidentenwahl von 2017 eine Situation drohte, in der die Franzosen in der Stichwahl die Wahl zwischen Le Pen und Mélenchon gehabt hätten.

Macrons Partei – die Dank massiver Förderung von einem guten Dutzend reicher Unternehmer aus dem Stand kampagnenfähig war und keinen bei Neugründungen üblichen „Gärungsprozess“ durchlaufen musste – war der letzte Versuch des französischen Establishments, eine Machtübernahme von Rechts- oder Linksaßen zu verhindern. Dieser Versuch kann nun als gescheitert angesehen werden.

Erkenntnisse für Deutschland

Obgleich die Lage in Deutschland in allem eine andere ist als in Frankreich, gibt es doch aufschlussreiche Parallelen. Die wichtigste ist, dass auch hierzulande die Parteien der Mitte seit Jahren schwächeln und auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine Protestbewegung entstanden ist, die das Establishment herausfordert. Wie in Frankreich wird es dadurch

auch in Deutschland schwieriger, die für eine Regierungsbildung erforderlichen Mehrheiten zu finden.

Und wie in Frankreich reagiert auch das hiesige Mitte-Lager (vor allem die Union) auf die neue Lage bislang damit, dass gen Rechts ein Tabu über jegliche Form der Zusammenarbeit verhängt ist, während die Ablehnung gegenüber Links nach und nach aufgeweicht wurde. Das absurdeste Beispiel dafür war vor vier Jahren Thüringen, wo der liberale Ministerpräsident Thomas Kemmerich auch durch die Union zum Rücktritt genötigt wurde, weil er unter anderem mit Stimmen der AfD gewählt worden war – und in der Folge Bodo Ramelow von der „Linken“ eine weitere Amtszeit ermöglicht wurde.

Frankreich, Thüringen und weitere Beispiele zeigen indes, wo die bürgerliche Mitte landet, wenn sie unter dem Schlagwort „Brandmauer“ jegliche Form der Zusammenarbeit mit rechten Parteien ausschließt: Sie gerät in eine immer größere Abhängigkeit von linken Kräften – in Deutschland vor allem von den Grünen –, die auf zentralen Feldern wie Wirtschaft und Finanzen, Zuwanderung, Bildung, Soziales, Familie sowie innere und äußere Sicherheit eine vollständig andere Agenda verfolgen als die Parteien der Mitte.

Wobei das Problem gar nicht mal die Koalitionen sind, die üblicherweise nach Wahlen gebildet werden müssen, um handlungsfähige Regierungen bilden zu

können, sondern vielmehr das Ausschließen jeglicher Zusammenarbeit mit Parteien aus dem rechten demokratischen Spektrum, selbst wenn diese sich längst zur Mitte orientieren wie Le Pens RN. Denn damit geraten die bürgerlichen Parteien in eine zunehmende Abhängigkeit von Links, was wiederum – die deutsche Politik zeigt dies seit Jahren eindrucksvoll – dazu führt, dass Parteien wie die Grünen mit 14,8 Prozent Wählerzustimmung fast 100 Prozent des Zeitgeistes bestimmen. Allein die Option, im Zweifel auch „mit Rechts zu können“, würde die Verhandlungsposition der Mitte gegenüber linken Kräften grundlegend verändern.

Nachdenklich stimmen sollte das französische Wahlergebnis allerdings auch auf Seiten der demokratischen Rechten. Während sich der RN unter Le Pen seit Jahren zur Mitte hin orientiert und damit zur stärksten politischen Kraft im Land geworden ist, haben sich in der AfD diejenigen Kräfte durchgesetzt, die auf einen harten Oppositionskurs setzen – und glauben, dass ihnen eines Tages die Macht von selbst vor die Füße fallen wird.

Dabei zeigen sowohl die Wahlergebnisse in Frankreich als auch in Deutschland in den letzten Jahren, dass – jenseits einzelner lokaler Hochburgen, die jede Partei hat – nur derjenige die Macht erobern kann, dem es gelingt, politische Partner zu finden und mehrheitsfähige Bündnisse zu schließen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Viel Feind, viel Ehr – das BSW vor den Landtagswahlen im Osten Seite 4

Kultur

Wie Bamberg den vor 1000 Jahren verstorbenen Kaiser Heinrich II. ehrt Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Das Kant-Jahr wirkte sich auch auf das Sommerfest der deutschen Vereine aus Seite 13

Lebensstil

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen feiert Angela Merkels 70. Geburtstag Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 304401
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Neue Krise im Andenstaat Revolutionsgeneral Zúñiga wollte angeblich die Demokratie retten – jetzt schmoren alle Putsch-Generäle im Gefängnis. Doch wie geht es mit dem an Lithium reichen Land weiter?

Ominöser Putschversuch in Bolivien

Militär stürmte falschen Palast – Inhaftierte Ex-Regierungschefin wollte sich nicht befreien lassen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Vor knapp 200 Jahren, am 26. August 1825, errang Bolivien seine Unabhängigkeit von Spanien. Seitdem ereigneten sich in dem Anden-Staat fast 200 Putsche oder Putschversuche. Der letzte datierte auf den 26. Juni. An diesem Tag schickten die drei Oberbefehlshaber der bolivianischen Teilstreitkräfte, Armeegeneral Juan José Zúñiga Macías, Vizeadmiral Juan Arnez Salvador und General Edison Alejandro Irahola Caero, Panzer auf die Plaza Murillo vor dem Regierungssitz in La Paz. Dort verkündete Zúñiga öffentlich, das Militär wolle „die Demokratie wiederherstellen“. Anschließend rammte einer der Panzer das Haupttor des Palacio Quemado. Dem folgte ein heftiger persönlicher Disput zwischen Zúñiga und dem amtierenden Präsidenten Luis Alberto Arce Catacora, während im ganzen Lande Protestaktionen gegen den Putsch anliefen. Um 17.30 Uhr vereidigte Arce dann live im Fernsehen eine neue Militärführung, woraufhin Zúñigas Nachfolger, General José Wilson Sánchez, den aufmarschierten Soldaten den Befehl zum Abzug gab, der auch umgehend befolgt wurde. Damit war der Staatsstreich nach nur wenigen Stunden gescheitert und Zúñiga und dessen Mitverschwörer wanderten ins Gefängnis, wo sie nun auf ihren Hochverratsprozess warten.

Eine Revolution mit operettenhaften Zügen

Die dramatischen Ereignisse des 26. Juni resultierten aus einer Krise, deren Ursprung im Jahre 2019 liegt. Damals eskalierte der Streit um die Präsidentschaft des ehemaligen Coca-Bauern Juan Evo Morales Ayma von der dezidiert linken Partei Movimiento al Socialismo (MAS), der sich mehrmals über die Verfassung hinweggesetzt und Wahlbetrug begangen hatte. Am Ende wurde Morales gezwungen, zugunsten der rechtskonservativen Interimspräsidentin Jeanine Áñez Chávez zurückzutreten, die dann ihrerseits im November 2020 von dem MAS-Politiker Arce abgelöst wurde. Allerdings drängte Morales seinen früheren Vertrauten Arce im Oktober 2023 aus der Partei, woraufhin es zu einer Spaltung derselben kam. Das Schisma war die Folge von Morales’

Ankündigung, bei den Präsidentschaftswahlen von 2025 anzutreten, obwohl das bolivianische Verfassungsgericht entschieden hatte, dass er nicht erneut kandidieren dürfe. Aus demselben Grund drohte Zúñiga zwei Tage vor seinem Putsch, Morales zu verhaften, was dann wiederum dazu geführt haben soll, dass der Präsident den Armeegeneral entlassen wollte. Der freilich präsentierte nach dem tatsächlich recht operettenhaft anmutenden Putsch eine ganz andere Version der Geschichte. Arce habe ihn gebeten, aktiv zu werden, und gesagt: „Die Situation ist sehr verkorkst, sehr kritisch. Es ist notwendig, etwas zu unternehmen, um meine Popularität zu steigern.“

Das wies der Präsident zwar entschieden zurück, doch Morales und viele andere bolivianische Politiker sowie auch etliche Menschen auf der Straße halten eine gemeinsame Inszenierung von Arce und Zúñiga für absolut denkbar. Durch die publikumswirksame Beendigung des Putsches vor laufender Kamera konnte Arce

etliche Anhänger im Parlament dazugewinnen, womit seine Chancen steigen, die Wirtschafts- und Finanzkrise in den Griff zu bekommen, die nicht zuletzt aus der Blockade der Regierungsmassnahmen durch die Plurinationale Legislative resultiert. Denn in der herrschte wegen der Zerstrittenheit der MAS, welche die absolute Mehrheit der Abgeordneten stellt, bislang ein lähmendes Patt.

Großmächte schielen auf Boliviens wertvolle Bodenschätze

Dabei hätte Bolivien gute Chancen, wirtschaftlich zu gesunden. Immerhin besitzt das Land eine Reihe wichtiger Bodenschätze. So verfügt es über reichlich Eisenerz, die drittgrößten Erdgasreserven Südamerikas und eines der weltweit größten bekannten Vorkommen an Lithium in der Salzpfanne Salar de Uyuni. Dadurch könnte der Andenstaat zum „Saudi-Arabien des Lithiums“ avancieren. Und das weckte natürlich bereits das Interesse der

USA, Großbritanniens, Chinas und Russlands, weshalb sofort nach Beginn des Putsches der Verdacht aufkam, eine dieser Großmächte habe den versuchten Umsturz initiiert, um ihre Machtposition in Bolivien zu stärken, wobei sich der Blick vor allem auf die Vereinigten Staaten richtete (siehe unten).

Allerdings gibt es noch weitere Ungeheimheiten im Zusammenhang mit dem Putsch, welche die Suche nach den Motiven beziehungsweise Urhebern erschweren. So bleibt rätselhaft, warum Zúñigas Leute das falsche Gebäude attackierten. Der Palacio Quemado dient lediglich noch repräsentativen Zwecken und steht ansonsten leer. Viel logischer wäre es gewesen, das nebenstehende „Große Haus des Volkes“ zu stürmen, in dem sich der tatsächliche Regierungssitz befindet. Darüber hinaus ist extrem merkwürdig, dass die seit 2021 im Gefängnis sitzende Vorgängerin von Arce partout nicht von Zúñiga befreit werden wollte und den Putsch sogar ausdrücklich verurteilte.



Soldaten der bolivianischen Armee riegeln den Palacio Quemado ab, der aber nur noch repräsentativen Zwecken dient. Rätselhaft bleibt, warum nicht der tatsächliche Regierungssitz daneben von den Putschisten gestürmt wurde

FOTO: ACTION PRESS | ROBERTO ARANDA XINHUA

ZUM UMSTURZ AUFGESTACHELT

Anti-westliche Internet-User verdächtigen USA

TESLA-Chef Elon Musks Arroganz bringt CIA-Geheimdienst in den Sozialen Netzen in Verruf

Während der Putschversuch in Bolivien sogleich von etlichen lateinamerikanischen Staaten, Russland und der EU verurteilt wurde, blieb das Außenministerium in Washington auffällig still und äußerte nur, es wolle „die Situation genau beobachten“. Dabei hatte sich US-Außenminister Antony Blinken im März dieses Jahres schon sehr viel deutlicher geäußert: „Wir sind zutiefst besorgt über wachsende Anzeichen von antidemokratischem Verhalten und Politisierung des Rechtssystems in Bolivien. Die bolivianische Regierung sollte inhaftierte ehemalige Politiker auf freien Fuß setzen.“ Damit meinte Blinken die frühere Interimspräsidentin Jeanine Áñez Chávez, die 2019 an

die Stelle von Evo Morales getreten war, an dessen erzwungenem Rücktritt der US-Auslandsgeheimdienst Central Intelligence Agency (CIA) angeblich seinen Anteil hatte. Das veranlasste zugleich Elon Musk, Chef des Elektroautoherstellers Tesla, der naturgemäß großes Interesse an den Lithiumvorkommen Boliviens zeigt, zu der ebenso selbstherrlichen wie aufschlussreichen Twitter-Mitteilung an einen Kritiker des Unternehmens: „Wir werden stürzen, wen immer wir stürzen wollen! Komm damit klar!“

Vor diesem Hintergrund ist verständlich, dass in den Sozialen Medien nun der spekulative Verdacht kursiert, dass die CIA erneut hinter dem aktuellen Putsch-

versuch in La Paz stecke. So glauben etliche Nutzer an einen geopolitischen Schachzug der USA gegen die sozialistische Regierung Boliviens und deren Unterstützer in Moskau. Dabei berufen sie sich auf die Aussagen des bolivianischen Wirtschafts- und Finanzministers Marcelo Montenegro von Mitte Juni, denen zufolge Angehörige der US-Botschaft in La Paz auf einen „Staatsstreich“ gegen die Regierung von Luis Arce hinarbeiteten.

Allerdings gibt es gleichermaßen stichhaltige Indizien, die gegen eine CIA-Beteiligung sprechen. Dazu gehört der Umstand, dass die ausgesprochen pro-amerikanische Áñez sich sofort von den Umstürzern distanzierte. Darüber hinaus

Zahlreiche Indizien sprechen gegen eine Beteiligung der CIA am Putsch – insbesondere der erstaunliche Dilettantismus beim eigentlichen Vorgehen der Putschisten

fällt merkwürdig auf, wie schnell Zúñiga und dessen Helfershelfer in der Armeeführung das Handtuch warfen, obwohl noch zahlreiche weitere Putschistenpanzer auf La Paz zurollten. Hätte die CIA hier ihre Hände im Spiel gehabt, wäre das wohl eher nicht passiert.

Aber vielleicht war ja auch ein anderer westlicher Geheimdienst mit weniger Lateinamerika-Erfahrung involviert. Denn immerhin wollte auch Großbritannien in der Vergangenheit nach den reichen Lithium-Vorkommen Boliviens greifen, musste dieses Vorhaben dann aber nach dem Regierungsantritt von Arce wieder aufgeben. W.K.

FREUNDE MIT KALKÜL

Moskau verschafft sich viel Einfluss

Die Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und dem Plurinationalen Staat Bolivien wird zunehmend enger. Dadurch konnte sich Moskau auch einen erheblichen Anteil an den international hochbegehrten Lithiumvorräten des Andenstaates sichern. So wollen das russische Unternehmen Uranium One und der bolivianische Staatskonzern Yacimientos de Litio Bolivianos 2025 mit der gemeinsamen Lithiumförderung und -verarbeitung im Bereich der Salzpfanne Salar de Uyuni beginnen.

Des Weiteren besteht eine Kooperation auf dem Gebiet der Nukleartechnik. 2022 wurde mit russischer Hilfe das Zentrum für Forschung und Entwicklung in der Kerntechnologie (CIDNTN) in El Alto bei La Paz eingerichtet. Dieses dient der Herstellung von radioaktiven Substanzen für medizinische Zwecke sowie Bestrahlungen zur Saatgutverbesserung und Schädlingsbekämpfung. Darüber hinaus ist der Bau eines experimentellen Kernreaktors in El Alto geplant.

Andere Vereinbarungen beziehen sich auf die russische Unterstützung bei der Erweiterung des bolivianischen Exportangebotes bei Produkten wie Kaffee, Kakao, Ananasfrüchten und Quinoa-Samen. Ebenso kündigte Moskau an, Medikamente nach Bolivien zu liefern und Stipendien für bolivianische Studenten in Russland zu zahlen. Dazu kommt eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports.

Im Juni 2024 war Boliviens Präsident Arce einer der lediglich zwei Ehrengäste Putins beim Internationalen Wirtschaftsforum in Sankt Petersburg, wo er über linke ökonomische Modelle referierte, welche in seinem Land unter Führung der sozialistischen Regierungspartei MAS erprobt werden sollen.

Bolivien revanchiert sich für die vielfältige Hilfe aus Russland, indem es bei UNO-Abstimmungen stets im Interesse Moskaus votiert. Besonders wichtig war hier die Stimmenthaltung des südamerikanischen Landes bei Anträgen zur Verurteilung der russischen Invasion in der Ukraine. W.K.

Das eisige Herz der Respektkultur

Jung, männlich und migrantisch – immer häufiger wütet dieser Tätertyp in deutschen Orten. Doch obwohl die Fakten unübersehbar sind, beschweigen die Ampel-Politiker das Problem und lassen die Bürger mit ihrem Unbehagen allein

VON HOLGER FUSS

Wie verunsichert die Deutschen als Nation sind, erkennen wir daran, dass ihr Zusammenhalt unter immer wieder neuen Etikettierungen beschworen werden soll. Wie in einer Umkleidekabine probiert die Gesellschaft durch die Zeitläufte hindurch wechselnde Identitäten an, um sich ein Bildnis von sich selbst zu machen. Ließen sich die Deutschen zu Zeiten Hitlers zur „Volksgemeinschaft“ zusammenrufen, so versammeln sie sich heute in einer „offenen Gesellschaft“, in der „Vielfalt“ und „Respekt“ zu gelten haben.

Der deutsch-ägyptische Publizist Hamed Abdel-Samad nennt in seinem Buch „Aus Liebe zu Deutschland“ als deutsche Triebfedern „Selbstüberschätzung und Angst“, die seit Gründung des Heiligen Römischen Reiches anno 962 zu beobachten sind. Das Reich wurde errichtet, so Abdel-Samad, um „etwas Außergewöhnliches für die Welt zu tun“ und war doch nur „ein großwahnsinniger Traum“.

Fast täglich neue Schreckenstaten

Wer das liest, fühlt sich unwillkürlich versetzt ins gegenwärtige Berlin der Ampelregierung, mitten hinein ins schwüle Delirieren woker Welterrettungsphantasten, die den Gang des Weltklimas zu steuern trachten und mit dem Glockenspiel feministischer Außenpolitik Tyrannen in Schach halten wollen. Angst und Selbstüberschätzung – das infantile Fußaufstampfen einer im Wesenskern sich selbst unsicheren politischen Elite ist allenthalben zu spüren.

Wie grausam dieser Infantilismus zuweilen sein kann, erleben wir an der Herzenskälte, mit der die politisch Verantwortlichen auf die eskalierende Gewalt im öffentlichen Raum reagieren. Seit Ende Mai in Mannheim ein afghanischer Flüchtling mit einem langen Messer den Infostand eines Islamkritikers angegriffen und anschließend einen jungen Polizeibeamten getötet hat, gewittern alle paar Tage neue Meldungen über Gewaltexzesse auf deutschen Straßen durch die Medien.

Zuletzt war es ein 20-jähriger griechischstämmiger Deutscher, der nach der Abiturfeier seiner Schwester in Bad Oeyenhausen auf dem Heimweg zu Tode geprügelt wurde. Die Brutalität der Tat und die Nichtigkeit ihres Anlasses schockierte die Gemüter im ganzen Land. Als Tatverdächtigen nahm die Polizei einen jungen Syrer fest, der 2016 ins Land gereist und seitdem als Gewalttäter bereits aktenkundig ist. In Gera wurde zuvor ein 14-jähriger Deutscher von 12- bis 15-jährigen Syrern und Afghanen grausam verprügelt. Die Täter filmten ihre Freveltat unter lautem Gelächter.

Diese und andere Schreckensdelikte haben in der Bevölkerung eine Spur der Verunsicherung ins Bewusstsein gefräst. Öffentliche Räume sind zu Zonen des Verdachts und des Unbehagens mutiert. Wir müssen uns darauf einstellen, dass jederzeit in der Masse der Passanten sich eine unauffällige Gestalt plötzlich in einen rasenden Killer verwandeln kann. Dieses Lebensgefühl ist neu in Deutschland, so neu, dass es bislang noch einem Tabubruch nahekommt, es überhaupt auszusprechen. Das Lebensgefühl ist mit einer Zahl verknüpft, die je nach Quelle schwankt: Bei der „Welt“ ist von 30 die Rede, bei „Tichys Einblick“ von 60. 30 Messerangriffe pro Tag: „Sieht so die schöne neue Welt der Diversität aus?“, fragt Kolumnist Harald Martenstein.

Das Ende der Illusionen

Mehr noch: Wenn, wie in Mannheim, der Täter ein Migrant ist, der laut „Berliner Morgenpost“ als „vorbildlich in Deutschland integriert“ galt – müssen wir dann nicht nur erwiesene Islamisten und Gefährder fürchten,



Finden große Worte im „Kampf gegen Rechts“ und sind kleinlaut bei Verbrechen von Migranten: Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Innenministerin Nancy Faeser
Foto: action press/Sean Gallup/Pool

sondern auch potentiell jeden, der aus dem islamischen Kulturkreis kommt und daher den Westen hassen könnte? Muss die Devise vielleicht künftig heißen: Lieber ein bisschen Generalverdacht als ein bisschen tot?

Am vergangenen Wochenende erklärte der deutsche Fußball-Nationalspieler Toni Kroos in einem Interview, weshalb er auch nach Ende seiner Kicker-Laufbahn lieber in Spanien bleiben möchte: „Deutschland ist nicht mehr, wie es vor zehn Jahren war. Es hat sich auf jeden Fall ein Gefühl verändert – wie drückt man das am besten aus, ohne in eine Ecke gestellt zu werden? Wenn mich jemand fragt, würdest du deine Tochter in Spanien um 23 Uhr rauslassen oder in einer deutschen Großstadt, dann wäre ich eher bei Spanien.“

Diese drei Sätze beschreiben die Situation wie in einer Nusschale. Wir verspüren ein tiefes Unwohlsein, aber eiern herum, um nicht von meinungsführenden Gesinnungskommissaren in die Ecke von Rassisten und Nazis gegefirt zu werden. Der gegenwärtige Kommentar besagt: Verfehlungen von Migranten, insbesondere Moslems, werden beschwiegen oder, wenn dies nicht mehr möglich ist, relativiert; Untaten von Bio-Deutschen werden umso lautstarker und unverzüglich verfeimt.

Doppelte Standards

Als am Pfingstsonntag, eine Woche vor Mannheim, auf einer Lokalterrasse auf Sylt betrunkenen junge Leute zum Party-Song „L'amour toujours“ die Parole „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ skandierten und eine Blitzbirne dazu Hitlergruß samt Bärtchen andeutete, und von alledem ein 14-Sekunden-Video viral ging, konnten sich die antifaschistischen Etikette-Wächter auf der Empörungsbahn gegenseitig gar nicht überstürzt genug überholen. Noch am selben Tag regte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas die Staatsanwaltschaften an, solche Delikte konsequent zu bestrafen, „vielleicht auch mal mit der Höchststrafe“. Sogar der Bundeskanzler, der üblicherweise nicht einmal die eigene Politik kommentiert, ließ die Bevölkerung wissen: „Solche Parolen sind ekelig.“

Am Freitag darauf dann die Messerattacke auf dem Mannheimer Marktplatz. Wieder ging ein Handy-Video viral. Wir sehen darauf, wie der afghanische Täter in mörderischer Raserei über das Pflaster hechtet, mit mächtiger Klinge auf Menschen einsticht, schließlich von hinten einem knienenden Polizisten in

Kopf und Nacken sticht, ehe ein anderer Polizist ihn mit einem Schuss niederstreckt. Das politische Berlin schwieg das ganze Wochenende hindurch. Alkoholisierte Xenophobie-Gesänge auf Sylt ließen sich wohlfeil bemäkelten, Bilder der Missetäter flatterten unverpixelt durchs Netz, waren rasch identifiziert, einige verloren sofort ihren Job; die Studentin einer Hamburger Fachhochschule musste wochenlang um ihren Studienplatz bangen, am Ende wurde sie doch nicht exmatrikuliert.

Durch das alberne Suff-Gegröle von Sylt kam niemand zu Schaden, nur der Leumund des Gesangsvereins. Darüber zeigte sich Ampel-Deutschland außer sich. Denn die Täter waren weiß, deutsch, privilegiert und eben rassistisch. Hier musste nicht differenziert werden, hier konnte Haltung gezeigt werden.

Unfähigkeit, um Landsleute zu trauern

Wenn allerdings Menschen sterben und verletzt werden durch die Hand von Migranten aus islamischen Kulturkreisen, dann kippt dieser Hysterisierungsüberschwang um in eine Unfähigkeit zu trauern. Aller Demokratieverteidigungsfuror erstirbt wie auf Knopfdruck, sobald autochthone Opfer in die Särge gehoben werden. Die Wirklichkeit, sonst so überschaubar sortiert zwischen Gut und Rechts, gerinnt mit einem Mal zur Habermasschen Neuen Unübersichtlichkeit, die die prinzipielle Überforderung zum Maßstab der Eignung eines Politikers im technisch-wissenschaftlichen Zeitalter ausgerufen hat. Nun schlägt die Stunde der komplexen Probleme, für die keine einfachen Antworten vorgesehen sind und deshalb erst gar nicht gestaltet, sondern verwaltet werden. Zunächst wird das Problem beschwiegen und hernach um die Wette differenziert.

„Das Motiv ist weiterhin unklar“, hieß es tagelang in den öffentlich-rechtlichen Nachrichten zum Mannheimer Täter. Zugleich wird mit Heuchler-Miene gerätselt, wie sich ein vorbildlich integrierter Afghane so unvorteilhaft radikalisierten könne. Als ob es in diesem Land nicht ausreichend viele Menschen gibt, die im Namen Allahs den Westen hassen, die Aufklärung, die Juden und die Freiheit, die ein Kalifat der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorziehen und in deren Wertekosmos es als eine Selbstverständlichkeit gilt, für ihre polit-religiösen Ziele auch das eigene Leben herzugeben.

Weil die Politisch Korrekten mit solchen archaischen Grundsätzen nichts anfangen

Durch das alberne Suff-Gegröle von Sylt kam niemand zu Schaden, nur der Leumund des Gesangsvereins. Darüber zeigte sich Ampel-Deutschland außer sich. Wenn allerdings Menschen sterben und verletzt werden durch die Hand von Migranten aus islamischen Kulturkreisen, dann kippt dieser Hysterisierungsüberschwang um in eine Unfähigkeit zu trauern

können und sie ohnehin mutmaßen, dass alle Zeitgenossen außerhalb Politischer Korrektheit irgendwie geistesgestört sein müssten, werden muslimische Täter gerne in die Psychiatrie gesperrt. Das war in Würzburg der Fall, als im Juni 2021 ein somalischer Flüchtling in einem Kaufhaus und auf der Straße auf Menschen einstach und dabei drei Frauen tötete und mindestens neun Menschen verletzte. Das war auch in Frankfurt am Main der Fall, als im Juli 2019 ein in der Schweiz ansässiger Migrant aus Eritrea am Hauptbahnhof auf Gleis 7 eine Mutter mit ihrem achtjährigen Sohn unversehens auf die Schienen stieß. Die Frau konnte sich noch retten, ihr Junge wurde vom Zug erfasst und getötet.

Als Urknall dieser Art von gesellschaftlicher Verdrängungsmechanik kann die Silvesternacht 2015 gelten, als es auf der Kölner Domplatte wie an anderen Orten in der Republik massenhaft zu sexuellen Übergriffen auf junge Frauen durch junge Burschen aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum kam. Eingeschüchert durch aufflammende Kontroversen um die Masseneinwanderung seit dem Sommer zuvor rangen sich überregionale Medien erst vier Tage später zu ersten Berichterstattungen durch – die Schweigespirale der Willkommenskultur über befremdliche Sexualbräuche in muselmanischen Kulturkreisen hatte ihren ersten Praxistest bestanden. Beschweigen, relativieren, beschönigen, abwiegeln – und die Kritiker durch „Rassismus“-Bezichtigungen niederstrecken. „Der Islam hat nichts mit dem Islam zu tun“, höhnten schon damals Witzbolde im Internet.

Zynismus statt Empathie

Diese Reaktionsdynamik hat sich bis heute bewahrt und verfeinert. Während beim kleinsten Anschein rechtsgerührter Fehlritte das gesamte Munitionsdepot hysterischer Woke-Reflexe tage- und wochenlang das Land in Wallung hält, sind bei Aggressionen von Migranten verlässlich Beißhemmungen zu beobachten, Beschwichtigungsroutinen und eine ignorante Herzenskälte, die all die vorge-tauschte Menschenfreundlichkeit aus Anlass von Opfern rechten Terrors Lügen straft.

Denn links-woken Ideologen geht es weder um Mitgefühl noch um Empathie, schon gar nicht um Nächstenliebe, sondern um zynische Geschäftsmodelle. Zum Geschäftsmodell gehört, mit getrickster Berichterstattung über ein angebliches Potsdamer Geheimtreffen, das Migranten massenhaft außer Landes deportieren wollte, Millionen von Menschen zu manipulieren und sie zum Demonstrieren „gegen Rechts“ wochenlang auf die Straßen zu locken.

Zum Geschäftsmodell gehört auch, dass staatlich mitfinanzierte Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an den Grenzen Europas mit den Schlepper-Mafias kolaborieren, milliardenschwere Menschenhändler und skrupellose Verbrecher, die seit Jahren den Zustrom von Menschen in den EU-Raum navigieren. Einschlägige NGOs besorgen dabei den Shuttleservice aufs europäische Festland und sorgen für die Beflüsterung der Bewohner des Kontinents, um sie glauben zu machen, dies sei eine humanitäre Tat.

Tatsächlich, so sagt der linke Migrationskritiker und Sozialhistoriker Hannes Hofbauer, ist die Willkommenskultur eine bloße Verschleiерungspropaganda zugunsten der Interessen des globalen Turbokapitalismus: „Für viele Unternehmensbranchen bedeutet Migration nichts anderes als die Mobilisierung von Arbeitskräften, die billig zu haben sind.“

Mehr Herzenskälte geht wohl kaum.

● **Holger Fuß** ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Großfläche für Pandemielager

München – Der Freistaat Bayern sucht ein passendes Areal im Umland von München für sein neues Pandemie-Zentrallager. Die entsprechende Ausschreibung läuft ungewöhnlicherweise nur einen Monat, wobei der Mietbeginn der 1. Oktober sein soll. Offen bleibt, wie es mit dem bisherigen Pandemie-Zentrallager in Garching weitergeht, das dem Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit untersteht und in dem sich bereits kurz nach seiner Errichtung im Juli 2020 gut 42 Millionen OP-, zehn Millionen FFP-2- und zwei Millionen FFP-3-Masken sowie 3,6 Millionen Schutanzüge und 190 Millionen Infektionshandschuhe stapelten. Auch das neue Lager ist für die Aufnahme sehr großer Materialmengen gedacht. So soll seine Gesamtfläche bei rund 22.000 Quadratmetern liegen. Außerdem verlangt der Freistaat eine Alarmsicherung, hohe Außenzäune und überwachte Zugänge. *W.K.*

Land springt für Bund ein

Magdeburg – Die Landesregierung Sachsen-Anhalts hat entschieden, dass das Bundesland die Kosten bei einer freiwilligen Ausreise von Asylbewerbern selbst übernimmt. Hierbei soll es sich um eine vorerst bis Ende August befristete Übergangsmaßnahme handeln. Es geht vor allem um Rückreisen von Bürgern der Westbalkanstaaten, Georgiens, Moldaus und der Türkei. Nach Angaben des Innenministeriums in Magdeburg sind die freiwilligen Ausreisen im Interesse des Landes, weil erhebliche Kosten, etwa für Unterkunft, eingespарт werden können. Im vergangenen Jahr erfolgten aus Sachsen-Anhalt 473 freiwillige Ausreisen. Hintergrund der Entscheidung der Landesregierung ist ein Bearbeitungsstau beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Wie der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) meldet, sind beim BAMF mehr als 5000 Anträge zur Förderung freiwilliger Ausreisen noch nicht beschieden worden. *H.M.*

Drei Tote bei BioNTech-Flop

White Oak/Maryland – Die US-Lebensmittelüberwachungs- und -Arzneimittelbehörde FDA hat die erste klinische Testreihe zur Erprobung eines Chemotherapie-Wirkstoffes gegen Krebs, der von dem Mainzer Pharmaunternehmen BioNTech gemeinsam mit der chinesischen Firma MediLink Therapeutics aus Suzhou entwickelt wurde, nach drei ungeklärten Todesfällen gestoppt. Das Präparat BNT326/YL 202 sollte bei der Therapie von Lungen- und Brustkrebs eingesetzt werden und Tumorzellen gezielter angreifen als bisherige Medikamente. Die Verstorbenen gehörten einer Gruppe von 52 Probanden an. Ihr plötzliches Ableben nahm die Börsenaufsicht der USA zum Anlass für eine Information an die Anleger. Der Kurs der BioNTech-Aktie fiel daraufhin von rund 93 auf 80 Euro. Dennoch erwarten Investmentexperten, dass die Erprobung von BNT326/YL 202 demnächst fortgesetzt wird, wenngleich unter Verabreichung geringerer Dosen des Mittels. *W.K.*



Ihr werden wie der AfD große Erfolge bei den diesjährigen Landtagswahlen vorausgesagt, und sie wird wie die AfD heftig bekämpft, aber im Gegensatz zur AfD wird eine Zusammenarbeit mit ihr nicht zum Tabu erklärt: Sahra Wagenknecht *Foto: Ferran Cornella*

BÜNDNIS SAHRA WAGENKNECHT

Viel Feind, viel Ehr?

Das BSW wird vor den Landtagswahlen im Osten von vielen Seiten kritisiert

VON HAGEN RITTER

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) soll sein Wahlprogramm für die nächste Landtagswahl in Brandenburg am 22. September teilweise bei der Linkspartei abgeschrieben haben. Diesen Vorwurf erhebt zumindest der Vorsitzende von Brandenburgs Linkspartei, Sebastian Walter. Konkret wirft der Politiker dem BSW vor, sein Programm „zu den Herausforderungen in den Bereichen Wohnen und Mieten, Bildung, Gesundheitsversorgung“ fast vollständig übernommen zu haben. Laut Walter hat das BSW in Brandenburg sogar eine Volksinitiative der Linkspartei abgekupfert.

Ende vergangenen Monats hat das BSW in Potsdam neben der Vorstellung seines Wahlprogramms auch eine Landesliste für die Wahl beschlossen. An der Spitze der Liste steht Landeschef Robert Crumbach. Erst im Mai war der 61-jährige

Arbeitsrichter zum Landesvorsitzenden der neuen Partei gewählt worden. Zum Vorwurf, bei der Linkspartei abgeschrieben zu haben, sagte das frühere SPD-Mitglied: „Da wir das Programm der Linken, einer Kleinstpartei, die es nicht mehr in den Landtag schafft, nicht gelesen haben, kann auch nichts abgeschrieben sein.“

Plagiatsvorwurf von der Linken

Der BSW-Landesverband hat in Brandenburg etwa 40 Mitglieder, davon stehen nun 30 auf der Landesliste zur Wahl. Vorgesehen hat die Partei mit dieser Liste für einen Stimmanteil von rund 30 Prozent. Bei der Europawahl hatte das BSW in Brandenburg 13,8 Prozent der Stimmen geholt und damit sogar die SPD überholt. Brandenburgs Linkspartei erzielte nur noch 4,4 Prozent. Die Partei, die in Brandenburg einst zusammen mit der SPD regierte, wäre damit gar nicht mehr im Landtag vertreten. Zu den düsteren Aussichten kommen auch noch die

Austritte prominenter Mitglieder: Im Juni erklärte die Landtagsabgeordnete Marlen Block ihren Austritt aus der Linkspartei, wenige Tage später folgte ihr René Wilke, der Oberbürgermeister von Frankfurt an der Oder. Wilke hatte der Partei 24 Jahre angehört.

Scharfe Kritik am BSW kommt unterdessen nicht nur von der Linkspartei, sondern auch von der AfD. Deren Fraktionschef im Brandenburger Landtag, Christoph Berndt, wies darauf hin, dass das BSW für die Brandenburgwahl keine Direktkandidaten für die Wahlkreise aufgestellt hat. Berndt bewertete das Wagenknecht-Bündnis vor diesem Hintergrund als „ein Konstrukt, um der AfD Zweitstimmen wegzunehmen“. Beim Verzicht des BSW auf Wahlkreiskandidaten dürften allerdings auch die geringe Mitgliederbasis und mangelnde Erfolgsaussichten eine Rolle spielen.

In Thüringen hatte das BSW bereits Anfang Juni ein Parteiprogramm und ei-

ne Liste für die Landtagswahl beschlossen. Hier waren die Zahlenverhältnisse ähnlich wie einige Wochen später beim BSW-Parteitag in Potsdam. Für die Thüringer Landtagswahl stellten 41 stimmberechtigte BSW-Mitglieder eine Liste mit 32 Kandidaten auf.

Vorwurf der Kaderpartei

Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) mutmaßte vor Kurzem, das BSW habe aktuell gar nicht den „Ehrgeiz, eine Massenpartei werden zu wollen“. „Es gibt nach Angaben des BSW 1000 Aufnahme-Anträge in Thüringen. 40 hat man aufgenommen und diese 40 entscheiden ganz alleine“, so Ramelow bei Markus Lanz. Tatsächlich bietet die offizielle Webpräsenz des BSW zwar die Möglichkeiten an, „Förderer“ oder „Unterstützer“ zu werden, es fehlt aber ein expliziter Hinweis, wie Interessenten Mitglied der neuen Partei werden können. Nach der Kommunalwahl, die parallel zur Europawahl am 9. Juni stattgefunden hat, musste das BSW in Thüringen sogar den Verlust von Mitgliedern verkraften. Kurz nach Beginn der neuen Legislaturperiode im Gothaer Kreistag erklärten die beiden Mandatsträger Mike Creutzburg und Jörg Schwerin ihren Austritt aus dem BSW. Zur Begründung erklärte Creutzburg, das BSW sei nicht das, was er gedacht habe. Beide Kommunalpolitiker kündigten an, sich bei der Werteunion engagieren zu wollen.

Austritte und Kritik aus dem BSW

Anfang Juni war in Thüringen bereits das BSW-Vorstandsmitglied Mario Forchhammer zurückgetreten. Er hatte dem Landesvorsitz Intransparenz und „Geklügel“ vorgeworfen. Die Listenplätze für die Landtagswahl seien vor allem durch Freunde des Vorstandes besetzt worden, so Forchhammer.

Trotz der extrem schmalen Parteibasis prophezeien viele Beobachter dem BSW eine entscheidende Rolle bei den bevorstehenden Regierungsbildungen in Erfurt, Dresden und Potsdam. In allen drei Ländern sagen Prognosen den Ampel-Parteien SPD, Grüne und FDP herbe Verluste bis hin zum Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde voraus. Die AfD hat Chancen, Wahlsieger zu werden. Das Fehlen von Koalitionspartnern durch die sogenannte Brandmauer schließt eine Übernahme von Regierungsverantwortung durch diese Protestpartei jedoch aus. Will die CDU regieren, wird sie möglicherweise an Koalitionen mit der Wagenknecht-Partei nicht vorbeikommen. Auch Ramelow schloss unlängst eine Dreierkoalition mit der CDU und dem Bündnis Sahra Wagenknecht nach der Landtagswahl nicht aus.

KRIMINALITÄT

Dramatische Zunahme der Ladendiebstähle

Preissteigerungen durch Inflation lassen so manchen zum Langfinger werden

Geschieht es aus krimineller Energie oder aus wirtschaftlicher Not? Das ist die Frage, die sich oft bei Ladendiebstählen stellt. Deren Zahl ist im vergangenen Jahr rasant angestiegen, wie eine aktuelle Studie des Handelsverbandes EHI verrät. Im vergangenen Jahr sei das ohnehin hohe Niveau in Deutschland noch einmal um 15 Prozent gestiegen.

„Die Zunahme der Diebstähle im Jahr 2022 stellte noch eine Rückkehr zur ‚Normalität‘ der Vor-Corona-Zeit dar. Nun ist aber ein Wendepunkt erreicht, an dem die Zunahme der Ladendiebstähle eine besondere Dimension annimmt und besondere Aufmerksamkeit erfordert“, erklärt Frank Horst, EHI-Studienautor. Die Verluste durch die Ladendiebstähle belaufen sich auf insgesamt 4,1 Milliarden Euro. Von dieser hohen Summe sind rund

2,82 Milliarden Euro der Kundschaft anzulasten, 910 Millionen Euro den eigenen Angestellten sowie 370 Millionen Euro dem Personal von Lieferanten und Servicefirmen. Statistisch gesehen entfällt damit auf jeden Einwohner Deutschlands jährlich ein Warenwert von rund 34 Euro, der nicht bezahlt wird. Anders ausgedrückt passiert jeder 200. Einkaufswagen unbezahlt die Kasse.

„Durch die Preissteigerungen bei vielen Produkten sind einige Menschen in finanzielle Nöte geraten und haben häufiger geklaut“, sagt Horst. Einen Anstieg gab es demnach im Lebensmittel- und Bekleidungshandel sowie bei Drogeriemärkten. Ein weiteres Problem sei der Fachkräftemangel im Einzelhandel: „In vielen Geschäften ist heute weniger Personal im Einsatz. Dadurch haben Diebe leichteres

Spiel. Personal verhindert durch Präsenz indirekt Diebstähle“, so Horst. Laut Polizeilicher Kriminalstatistik ist die Zahl der Ladendiebstähle um 23,6 Prozent auf insgesamt 426.096 Fälle (Vorjahr 344.669) gestiegen. Sowohl der einfache als auch der schwere Ladendiebstahl haben zugenommen. Letzterer hat mit 27.452 angezeigten Fällen einen Höchststand erreicht.

Allerdings wird längst nicht jeder Ladendiebstahl angezeigt. Statistisch gesehen macht dies 100.000 Ladendiebstähle pro Verkaufstag aus. „Eine Anzeige ist für Handelsunternehmen mit einem hohen und letztlich oft vergeblichen Aufwand verbunden. Dadurch kommen viele Ladendiebe davon und werden nicht konsequent genug bestraft. Auch werden Verfahren häufig eingestellt“, sagte ein Sprecher des „Handelsverbandes

Deutschland“ gegenüber den Zeitungen der WAZ-Gruppe. Meist handelt es sich um Gelegenheitstäter; bei gut einem Viertel sind professionelle Täter verantwortlich, die bandenmäßig agieren. Zu den bei Dieben besonders beliebten Warengruppen in Supermärkten und Discounter zählen Spirituosen, Tabakwaren, Kosmetikprodukte, Rasierklingen, Energydrinks sowie Babynahrung und Kaffee. Fleisch, Wurst und Käse werden ebenfalls häufiger genannt.

Als großes Risiko seien sogenannte Selbstbedienungskassen zu sehen. Das EHI verstehe Scan-Stationen grundsätzlich als „zusätzlichen Kundenservice“, durch den Wartezeiten verkürzt und „lästiges Umpacken“ vermieden werden sollen. Allerdings steige dadurch das Diebstahlsrisiko erheblich. *Peter Entinger*

FUSSBALL-EM

Berlin werden die Augen geöffnet

Debatte um Wolfsgruß: Der radikale Auftritt türkischer Fans wirft eine Reihe peinlicher Fragen auf

VON HERMANN MÜLLER

In Berlin fiel der sogenannte Wolfsgruß des türkischen Fußballnationalspielers Merih Demiral beim EM-Spiel gegen Österreich in eine bereits brodelnde Diskussion um das Verhalten türkischer Fußballfans. Bereits nach dem Einzug der türkischen Nationalmannschaft ins EM-Achtelfinale hatten Fans mit rücksichtslosen Autokorsos die Hermannstraße und die Sonnenallee in Neukölln und den Kurfürstendamm und die Tauentzienstraße in der City-West über Stunden lahmgelegt. Bis spät in die Nacht hielten mehrere Tausend türkische Fans zudem Anwohner mit Hupkonzerten, „Türkiye“-Rufen, Pyrotechnik und lauter Musik wach. Auf der Hermannstraße erlag ein türkischer Rentner schweren Verletzungen, nachdem er von einem Jubel-Raser bei einem Autokorso mit hohem Tempo überfahren worden war. Der Fahrer des 500-PS-Wagens beging oben-drein Fahrerflucht, indem er den Senioren auf der Straße liegen ließ.

Berlins FDP-Landeschef Christoph Meyer forderte nach den Ausschreitungen ein härteres Durchgreifen der Polizei. Bei Spielen der Türkei herrsche in der Hauptstadt Ausnahmezustand, so die Begründung des Politikers. Benjamin Jendro, Sprecher der Gewerkschaft der Polizei (GdP), sprach im Vorfeld der Partie Türkei-Niederlande sogar von einem „Non-plus-ultra-Hochrisikospiele“. Der Besuch des türkischen Präsidenten Erdoğan beim Spiel gegen die Niederlande hatte interessanterweise keine großen Auswirkungen auf die Kräfteplanung der Polizei: Diese „hole ohnehin alles in den Dienst, was laufen kann“, so der GdP-Landeschef.

Verbot seit 2020 gefordert

Zur Bewährungsprobe wurde dann bereits der Fanmarsch von 8000 Anhängern der türkischen Mannschaft vor dem Spiel. Nach Polizeiangaben zeigten Fans während des Anmarsches durch den Berliner Westen in Richtung Olympiastadion massenhaft den sogenannten Wolfsgruß, das Erkennungszeichen der Grauen Wölfe. Mit der Begründung, der Fanmarsch sei keine politische Versammlung, löste die Polizei den Umzug der türkischen Fans schließlich auf. Auch nach dem EM-Ausscheiden der türkischen Mannschaft läuft



Der Wolfsgruß war allgegenwärtig: Türkische Fans in Berlin während der EM

Foto: Ullstein

nun die Diskussion um die Grauen Wölfe und ihren Wolfsgruß weiter.

Aufgekommen ist dabei die Frage, warum die Grauen Wölfe und ihre Symbole in Deutschland nicht schon längst verboten sind. Die Gefährlichkeit von Anhängern dieser extremistischen Organisation ist den deutschen Sicherheitsbehörden durch Morde und diverse andere Straftaten seit Jahrzehnten bekannt. Dem Bundesinnenministerium liegt seit November 2020 ein Prüfauftrag des Deutschen Bundestages für ein Verbot der Grauen Wölfe vor.

Ali Ertan Toprak, der Bundesvorsitzende der Kurdischen Gemeinde, erhob im Deutschlandfunk den Vorwurf, die Bundesregierung scheue ein Verbot der Grauen Wölfe und ihrer Symbole, weil sie offenbar „keinen Ärger mit der Türkei“ wolle. Kamal Sido von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ wies darauf hin, dass die Türkei ein Teil der NATO sei. „Deshalb passiert auch so wenig gegen die Grauen Wölfe“, so Sido Schlussfolgerung

An die Adresse des von Nancy Faeser (SPD) geführten Bundesinnenministeriums sagte der Nahost-Experte: „Es wäre viel getan, wenn das Innenministerium Vereine mit Verbindungen zu den Grauen Wölfen nicht finanziert und sich kritisch äußert und aufklärt.“

Integration ist gescheitert

Rücksicht auf das NATO-Mitglied Türkei ist allerdings nur ein möglicher Grund für die auffallend lange Zurückhaltung gegenüber den Grauen Wölfen. Ein Verbot, gar eine Einstufung als terroristische Vereinigung, hätte nämlich auch innenpolitische Auswirkungen. Die Bundeszentrale für politische Bildung geht davon aus, dass sich hierzulande bereits mehr als 18.000 Türken den Grauen Wölfen angeschlossen haben. Damit ist die Gruppe die mitgliederstärkste rechtsextreme Organisation in Deutschland.

Bei einem Verbot könnte schnell eine Diskussion aufkommen, ob die Ampel-Regierung mit ihrem bisherigen „Kampf ge-

gen Rechts“ tatsächlich die richtigen Schwerpunkte gesetzt hat. Sollte die Ampel nur den Wolfsgruß verbieten, nicht aber auch die Organisation dahinter, könnte ein solch halbherziger Schritt die Glaubwürdigkeit der bisherigen Linie der Bundesregierung untergraben.

Indes: In einigen migrantischen Milieus gehört der Gruß der Grauen Wölfe längst zum Alltag. Sollte der Wolfsgruß ähnlich wie etwa Hakenkreuz-Schmiere rein unter Strafe gestellt werden, kann dies die Deliktzahlen in der Polizeistatistik zur politisch motivierten Kriminalität durch die Decke schießen lassen. Zuordnen müssten die Strafverfolgungsbehörden dies dann dem Bereich des Auslandsbezogenen Extremismus. Jahrzehnte nach der Ankunft der ersten Gastarbeitergeneration aus der Türkei wurde dies als unübersehbares Zeichen dafür gewertet werden, dass jahrzehntelange Integrationsbemühungen bei einem beträchtlichen Teil der Immigranten offensichtlich erfolglos waren.

IDEOLOGIE UND PRAXIS

Umbenennungsposse sorgt für Verdruss

Grüne Bezirksführung schafft es nicht, das Umtaufen der Manteuffelstraße ohne Chaos umzusetzen

Der von den Grünen regierte Bezirk Berlin-Mitte hat mit dem Vorhaben, im Stadtzentrum die Mohrenstraße umzubenennen oder im Wedding Straßennamen mit Kolonialbezug aus dem Stadtbild zu tilgen, bei Anwohnern und Gewerbetreibenden bereits Proteste ausgelöst. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg unter Bürgermeisterin Clara Herrmann (Grüne) liefert nun eine neue Variante, sich mit einer Straßenumbenennung bei Bürgern unbeliebt zu machen.

Wie Herrmann selbst einräumte, hat es im Fall der neuen Audre-Lorde-Straße, „länger gedauert“, es sei „so ziemlich alles schiefgelaufen, was schiefgehen kann“. Auf Initiative der Grünen hatte die Bezirksverordnetenversammlung bereits im Februar 2019 beschlossen, dass ein Teil der Kreuzberger Manteuffelstraße nach der afrikanischen Feministin Audre Lorde

benannt werden solle. Zur Begründung ist auf der Webseite der Grünen Friedrichshain-Kreuzberg zu lesen: Lordes „leidenschaftliche und brillante Texte und Vorträge inspirieren bis heute feministische, queere, lesbische, Schwarze und Women of Color-Bewegungen weltweit“.

Immerhin noch ein Teil der Straße sollte laut dem Beschluss der Bezirksverordneten weiterhin nach dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Theodor Freiherr von Manteuffel benannt bleiben. Dass diese Teilumbenennung der Manteuffelstraße neue Hausnummern nötig macht, ist nur eine Teil des Problems. Als wesentlich folgenreicher entpuppte sich der Zeitpunkt, zu dem die Verwaltung des Bezirkes die Umbenennung tatsächlich vollziehen wollte.

Offiziell gilt der neue Straßennamen bereits seit der entsprechenden Veröf-

fentlichung im Amtsblatt vom September 2023. Feierlich eingeweiht hat die Grünen-Bezirksbürgermeisterin die neuen Straßenschilder allerdings erst am 28. Juni 2024, also gut zehn Monate nach der Bekanntmachung im Amtsblatt.

Lösung „Richtung August“?

Die Verzögerung hat einen einfachen Grund: Um Probleme mit den Wählerverzeichnissen und Wahlbenachrichtigungen zu vermeiden, werden Straßen im Vorfeld von Wahlen nicht umbenannt. Dieser Regelung folgend war die Umbenennung von der Bezirksverwaltung bis zur EU-Wahl im vergangenen Juni nicht umgesetzt worden.

Wesentlich schneller als die Bezirksverwaltung waren allerdings einige Krankenkassen und auch Versandunternehmen. Diese hatten nämlich den neuen

Straßennamen nach der Veröffentlichung im Amtsblatt bereits in ihre Datenbestände eingearbeitet. Vor Ort hingen allerdings noch immer die Schilder der Manteuffelstraße. In der Folge gingen Postsendungen für die Bewohner der neuen Audre-Lorde-Straße als unzustellbar wieder an die Absender zurück.

Zum Teil erfuhren Bewohner erst auf diesem Weg, dass ihre Straße umbenannt wurde. Inzwischen hängen zwar neben durchgestrichenen Schildern mit dem Namen des preußischen Politikers Manteuffel auch Straßenschilder, die den Namen der „schwarzen feministischen lesbischen“ Audre Lorde tragen, noch immer nicht geschafft hat das Bezirksamt aber die neue Durchnummerierung. Angesprochen, wann dies erledigt sein wird, antwortet Bezirksbürgermeisterin Hermann, „Richtung August“. H.M.

KOLUMNE

Bahn-Desaster

VON VERA LENGSFELD

Der Niedergang Deutschlands wird in seiner Hauptstadt unübersehbar. Über die antisemitischen und linksradikalen Gruppen, die inzwischen die Straßen beherrschen, habe ich an dieser Stelle mehrmals berichtet. Inzwischen fühlen sich diese Leute so sicher, dass sie jüngst JVA-Angestellte gejagt haben, um gegen die Auslieferung eines Hammer-Extremisten nach Ungarn zu protestieren.

Was den Berlinern noch mehr zu schaffen macht, ist, dass die öffentlichen Verkehrsmittel immer unsicherer werden. Damit meine ich nicht in erster Linie, dass man auf bestimmten Strecken nachts gar nicht und tagsüber nur unter Beachtung größter Vorsicht fahren kann, sondern dass nicht mehr sicher ist, wann und ob man von A nach B kommt. Dass Züge ausfallen, weil ein Polizeieinsatz nötig ist, regt schon kaum noch jemanden auf, so alltäglich ist das inzwischen. Auch dass zwei migrantische Schwarzfahrer zwar erwischt, aber laufengelassen werden, wie ich es kürzlich erlebte, ist Usus.

Die Bahnhöfe verdecken in dem Tempo, wie die Fahrpreise steigen und das Angebot sich verschlechtert. Wenn ich mit der S-Bahn zum Zug muss, kalkuliere ich inzwischen eine halbe Stunde Puffer ein, um ja rechtzeitig da zu sein. Dann kann ich nur beten, dass der Zug auch fährt. Verspätungen sind inzwischen häufiger als planmäßiges Fahren. Demnächst wird die ohnehin desolate Situation noch chaotischer werden. Die marode Infrastruktur ist am Zusammenbrechen.

Laut „Berliner Zeitung“ dürfte das zweite Halbjahr 2025 für Bahnfahrer in Berlin und Brandenburg wegen zahlreicher Baustellen sehr kompliziert werden. Die DB plant neben der Generalsanierung der Strecke Berlin-Hamburg auch Baustellen im Süden Berlins – mit heftigen Folgen für den Bahnhof Südkreuz. „Im Zeitraum 24. Oktober bis 13. Dezember 2025 sind Zugfahrten zwischen Berlin Hauptbahnhof (tief) und Südkreuz aufgrund der Arbeiten an der Stellwerkstechnik nicht möglich“, teilte die Bahn auf Anfrage mit. Nur die S-Bahn wird in diesem Zeitraum noch über den Bahnhof Südkreuz fahren können. Hoffentlich.

MELDUNG

Kipping hat neuen Posten

Berlin – Zum 1. September soll die 46-jährige Katja Kipping Geschäftsführerin des Paritätischen Gesamtverbands werden. Er ist ein Dachverband der „freien Wohlfahrtspflege“, der die Interessen zahlreicher Betreiber von Kitas oder Pflegeheimen sowie Trägern der sozialen Arbeit vertritt. Zusätzlich soll sie im Verband auch Leiterin der Abteilung Sozialpolitik werden. Der Paritätische Gesamtverband will und soll eigentlich überparteilich agieren. Inwieweit Kippings frühere Tätigkeit als Parteivorsitzende der Partei „Die Linke“ dem im Wege steht, ist umstritten. Kipping unterstützt die Haltung jener Genossen, die den russischen Krieg in der Ukraine scharf kritisieren. Vorwürfe, sie sei maßgeblich für die Entfremdung der Linken von der arbeitenden Klasse verantwortlich, empfindet sie als üble Nachrede. Kipping stand einst im scharfen Gegensatz zu Sahra Wagenknecht. F.B.

● MELDUNGEN

Tadschikistan: Kopftuch-Aus

Duschanbe – Der seit 1994 im Amt befindliche tadschikische Präsident und „Führer der Nation“ Emomalij Rahmon hat den Frauen seines Landes verboten, islamische Kopfbedeckungen wie den Hijab zu tragen. Bei Zuwiderhandlungen drohen Bußgelder von umgerechnet 700 bis 5000 Euro. Muslime stellen in Tadschikistan zwar rund 96 Prozent der Bevölkerung, allerdings ist Rahmon der Auffassung, dass die Frauen in der zentralasiatischen Republik lieber eine der traditionellen Nationaltrachten anlegen sollten. Das autokratisch regierende Staatsoberhaupt untersagte in der Vergangenheit auch schon religiöse Studien im Ausland und das Tragen langer Bärte. Das Ganze ist Teil seiner Bemühungen, den Einfluss islamischer Extremisten zurückzudrängen und das Image Tadschikistans im Ausland zu verbessern, denn Tadschiken sind in der jüngsten Vergangenheit an diversen blutigen Terroranschlägen unter anderem in Russland beteiligt gewesen. **W.K.**

Stromausfall auf dem Balkan

Zagreb – Am 21. Juni ist es in mehreren Staaten des Balkans zu einem flächendeckenden Stromausfall gekommen, der sich kaskadenartig ausbreitete. Betroffen waren Teile Albaniens, Bosnien-Herzegowinas, Montenegros und Küstenregionen Kroatiens. Ursache für den Stromausfall sollen Störungen infolge von Überlastungen bei den Netzbetreibern gewesen sein. Angesichts hoher Temperaturen in den Balkanstaaten war das Stromnetz vor dem Stromausfall durch die Nutzung von Klimaanlage über Tage stark beansprucht gewesen. Als unmittelbarer Auslöser der Ausfälle wird ein Brand in einem montenegrinischen Umspannwerk an der Grenze zu Bosnien-Herzegowina vermutet. Auch wurde aus Albanien ein Defekt bei Hochspannungsleitungen im Grenzgebiet zu Griechenland gemeldet. Auch Jahrzehnte nach dem Zerfall Jugoslawiens sind die Stromnetze in der Region noch immer eng miteinander verbunden. **H.M.**

„Klimaschutz“ schadet Klima

Greenbelt/Maryland – Laut einer Studie von elf Wissenschaftlern vom Goddard Space Flight Center (GSFC) der US-amerikanischen Weltraumbehörde NASA um Tianle Yuan, die in der Wissenschaftszeitschrift „Nature Communications Earth & Environment“ erschienen ist, geht ein Großteil der globalen Erwärmung seit dem Jahre 2000 auf eine Klimaschutzmaßnahme zurück, nämlich auf die Reduzierung des Schwefelgehaltes in Schiffstreibstoffen von 3,5 auf 0,55 Prozent. Nach den Messungen von Yuan und seinen Kollegen hat diese dazu geführt, dass deutlich weniger schwefelhaltige Aerosole in die Atmosphäre gelangten und sich damit die Dichte der Wolkentröpfchen änderte. Das wiederum ist der Grund, dass die Wolken über dem Meer die Sonnenstrahlung nicht mehr so stark wie bisher reflektieren können. Die NASA-Forscher beziffern den Anteil der Treibstoffumstellung an der globalen Erwärmung innerhalb der letzten 24 Jahre auf 80 Prozent. **W.K.**

NEUE BLUTTATEN DES IS

Islamischer Terror in Russland zurück

Brisant: Die Täter sollen aus dem Umfeld von Putins Partei „Einiges Russland“ stammen

VON BODO BOST

An drei Stellen in der russischen Teilrepublik Dagestan eröffneten schwebewaffnete Dschihadisten am 24. Juni das Maschinengewehrfeuer auf den Straßen, eine Synagoge ging in Flammen auf, zwei Kirchen wurden angegriffen, eine Polizeisperre gestürmt. An mehreren Orten in Derbent, Sergokala und der Provinzhauptstadt Machatschkala führten bewaffnete Dschihadistengruppen am orthodoxen Pfingstsonntag koordinierte Operationen gegen orthodoxe und jüdische Gläubige und religiöse Symbole sowie gegen Vertreter der Sicherheitskräfte durch.

Brutale Blutdaten wie schon zehn Jahre zuvor

Für einige Stunden schien es, als würde die russische Republik Dagestan im Nordkaukasus an ihre dschihadistische Vergangenheit anknüpfen, denn schon zwischen 2010 und 2014 hatte der Bürgerkrieg im benachbarten Tschetschenien auch auf das Nachbarland Dagestan übergegriffen. Nach einer noch vorläufigen

Bilanz wurden diesmal mindestens 17 Polizisten und fünf Zivilisten getötet, darunter ein orthodoxer Priester, der seit vierzig Jahren in einer Kirche in Derbent Dienst tat. Die Zahl der Verletzten geht in die Dutzende. Mindestens sechs Terroristen kamen bei den Schießereien ums Leben.

Der Kaukasische Arm des IS rekrutiert aktiv seit Monaten

Die russischen Behörden blieben vage, was die Hintermänner der Anschläge und die Anzahl der noch flüchtigen Angreifer betraf. Mehrere Quellen sehen jedoch hinter den Anschlägen die Handschrift von Wilajat Kawkas, dem 2015 gegründeten lokalen Zweig des Islamischen Staates (IS) für den Nordkaukasus. Ohne sich zu den Anschlägen zu bekennen, veröffentlichten Pro-IS-Quellen in Russland eine Erklärung, in der sie ihren „Brüdern im Kaukasus“ zu deren blutigen Angriffen gratulierten. Wilajat Kaukasus betreibt seit Monaten Rekrutierungsaktionen.

Die wenigen Informationen, die über die Identität der Täter durchgesickert sind, besagen, dass es sich bei den Tätern um die beiden Söhne und den Neffen des

Provinzgouverneurs von Sergokala Mago-med Omarow handelt, der ein bekanntes Mitglied der Partei „Einiges Russland“ von Wladimir Putin ist. Omarow wurde noch am selben Abend abgesetzt und verhaftet. Er gab zu, dass zwei seiner acht Söhne Islamisten seien, aber zu ihnen habe er seit Jahren keinen Kontakt mehr. Ein brutaler Vollkontakt-Kämpfer, der im Club des Weltstars Khabib Nurmagomedov trainierte, soll Chef der muslimischen Killerbande gewesen sein. Die Angreifer stammten aus der Oberschicht Dagestans und sollen allesamt zu der Volksgruppe der Awaren gehören.

Zu Beginn der 2010er Jahre führten dschihadistische Gruppen fast jede Woche Operationen gegen die Ordnungskräfte dieser Republik durch, die über drei Millionen Einwohnern hat, von denen 85 Prozent hauptsächlich sufistisch inspirierte Muslime sind. Das harte Durchgreifen der russischen Polizei konnte nach der Ausreise Tausender Dschihadisten in das kurzlebige IS-Kalifat in Syrien und im Irak für Ruhe sorgen, auch wenn immer noch gelegentlich Gewalttaten gemeldet wurden. Im Oktober 2023 war ein islamfanatischer Männermob auf den Flugha-

fen von Dagestan gestürmt, als ein Flugzeug aus Israel dort landen sollte. Sie wollten ein Pogrom durchführen. Nirgendwo sonst in Russland waren die Proteste gegen die Mobilisierung 2022 so groß wie in Dagestan.

Der Kreml weist bislang jede Vorstellung von einer möglichen Rückkehr eines radikalen Aufstands im Land zurück, sogar den Anschlag auf die Konzerthalle Crocus City Hall in einem Vorort von Moskau, zu dem sich der IS bekannte, bei dem mehr als 140 Menschen getötet wurden, wollte man zunächst den Ukrainern in die Schuhe schieben.

Der radikale Islam ist größte Bedrohung Russlands

Die islam-extremistischen Schläferzellen in der Sowjetunion waren 1991 ein wesentliches Element des Zerfalls der „gottlosen“ Sowjetunion. Die islamischen Sowjetvölker hatten nach den Balten als erste die Schwäche des Kommunismus erkannt und ausgenutzt. Zwei Bürgerkriege brennötigte Russland, um den islamfanatischen Aufstand der Tschetschenen im eigenen Land einzudämmen. Putin schaffte es nur, indem er dort den stärksten Mafiaclan zu seinem Vertreter ernannte.

Die längste historische Tradition hat der Islamismus in Russland jedoch in Dagestan, wo zwischen 1827 und 1859 der legendäre Imam Schamil sich russischen Eroberungsplänen widersetzte. Auf ihn besinnen sich heute alle muslimischen Völker Russlands, weil sie auch im blutigen Angriff Putins auf die Ukraine ein Zeichen der Schwäche erkannt haben. In Dagestan hat die radikal-muslimische „Zeitbombe“ Russlands angefangen laut und spürbar zu ticken. Denn fast alle zentralasiatischen einstigen Brudervölker der untergegangenen Sowjetunion haben mittlerweile ihren Männern verboten, in der russischen Armee zu kämpfen. Sie sollen für den Kreml-Herrscher kein Kanonenfutter sein. Das dürfte vielleicht auch bei Putin langsam die Erkenntnis durchsickern lassen, dass nicht etwa die Ukrainer die größte Gefahr für Russland darstellen, sondern die muslimischen Fanatiker im eigenen Land und in seiner eigenen Partei. Genau hier lauert entschlossener Terrorwille vermischt mit religiösen Fanatismus. Eine Mixtur, die eine explosive Sprengkraft in einem Land besitzt, dass sich in einem Krieg befindet.



Der blutige Terror von Wilajat Kawkas, dem russischen Zweig des IS, ruft Trauer und Bestürzung bei den Russen hervor

STIMMUNG GEGEN DEN WESTEN

China greift verstärkt nach afrikanischen Medien

In 40 der 54 Staaten Afrikas betreibt das Reich der Mitte intensiv kommunistische Propaganda

Nach der Finanzkrise von 2007/08 waren viele westliche Medienhäuser gezwungen, ihre Auslandsberichterstattung einzuschränken. Im Gegensatz dazu startete die Volksrepublik China eine weltweite Kampagne namens „Große Auslandspropaganda“, deren Budget bei umgerechnet 7,25 Milliarden US-Dollar lag. Und das hatte gravierende Folgen, wie aus zwei Studien von Paul Nantulya vom Africa Center for Strategic Studies und Joshua Eisenman vom American Foreign Policy Council hervorgeht.

Während der offizielle staatliche Auslandssender der USA „Voice of America“ nur noch ein einziges Redaktionsbüro auf dem afrikanischen Kontinent in Nairobi unterhält, richteten die vier großen chinesischen Staatsmedien „Xinhua“, „China Global Television Network“ (CGTN),

„China Daily“ und „Voice of China“ Außenstellen in mindestens 40 der 54 afrikanischen Staaten ein. Darin arbeiten unzählige afrikanische Medienmitarbeiter, welche mit vergleichsweise hohen Gehältern geködert wurden. Der finanzielle Spielraum der Chinesen ist derart groß, dass allein der Sender „Voice of China“ insgesamt rund 14.000 Menschen auf dem Schwarzen Kontinent beschäftigt und in neun afrikanischen Sprachen sowie auf Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch senden kann. Dadurch erreichen die Sprachrohre Pekings beziehungsweise der Kommunistischen Partei Chinas ein Viertel der rund 1,4 Milliarden Einwohner Afrikas. Das sind über viermal mehr, als es potentielle Empfänger des Afrika-Programms von „Voice of America“ gibt.

Außerdem kooperieren die Chinesen mit etlichen finanziell angeschlagenen afrikanischen Medienhäusern und machen diesen lukrative Angebote im Gegenzug für eine „freundliche Berichterstattung“. So schloss „Xinhua“ ein Abkommen mit der kenianischen Nation Media Group, wodurch das Partei- und Staatsmedium Zugang zu acht Radio- und Fernsehsendern in vier ost-beziehungsweise zentralafrikanischen Ländern erhielt. Diese strahlen nun oftmals Inhalte aus, die von der Propagandaabteilung der Kommunistischen Partei Chinas produziert und kostenlos zur Verfügung gestellt wurden.

Darüber hinaus sichern sich die Chinesen Einfluss in Afrika, indem sie großzügige Zahlungen für die Mitnutzung der Social-Media-Konten der einheimischen Sender leisten, moderne Ausrüstungen

verschenken und afrikanische Journalisten zu luxuriösen kostenlosen Bildungsreisen in das Reich der Mitte einladen.

Die Konsequenzen aus all dem schildern Nantulya und Eisenman in ihren Studien: Die von Peking finanzierte Berichterstattung verzerrte die Wahrheit und sorgte dafür, dass die Afrikaner ein unangemessen negatives Bild vom Westen bekämen, was mittlerweile auch handfeste politische Konsequenzen zeitigte. Zum Beispiel erscheine den Afrikanern das BRICS-Bündnis jetzt als ernsthafter Konkurrent für die G7 und der russische Einmarsch in der Ukraine als legitimes Mittel zur Eindämmung des „westlichen Expansionismus“. Daraus resultiere ein zunehmendes Umkippen der Stimmung in Afrika, das stark zugunsten der USA und Frankreichs gehe. **Wolfgang Kaufmann**

VON PETER ENTINGER

Vor zehn Jahren galt Griechenland als das große Sorgenkind der Europäischen Union. Eine sogenannte Troika aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission wirkte als Kontrollinstanz des Europäischen Stabilitätsmechanismus und machte dem Land strikte Sparvorgaben. Ein Staatsbankrott des Landes stand über Monate im Raum, ein Ausscheiden aus der Euro-Zone ebenfalls. Die Krise eskalierte im Laufe des Jahres 2010 und galt erst sechs Jahre später als halbwegs beendet. Vollständig erholt hat sich Griechenland bis heute noch nicht.

Damals ging rund ein Viertel seiner Wirtschaftskraft verloren. Mit 208 Milliarden Euro lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2022 nach wie vor deutlich unter dem Niveau von 242 Milliarden Euro im Jahr 2008. Das geht auch an den Unternehmen und privaten Haushalten im Land nicht spurlos vorbei. Laut Schätzungen der griechischen Statistikbehörde ELSTAT erreichten die Reallöhne im Jahr 2022 gerade einmal 71 Prozent des Vorkrisenniveaus. Dennoch sind die Experten voll des Lobes. Der „Economist“ kürte Griechenland zweimal hintereinander zur Volkswirtschaft des Jahres. Weltweit seien derzeit nur Indien und Argentinien vergleichbar dabei, ihre Wettbewerbsbedingungen zu verbessern. Ende des vergangenen Jahres ging die Arbeitslosenquote erstmals auf zehn Prozent zurück. Das war der niedrigste Stand seit September 2009, als die Quote 10,1 Prozent betrug. Auf ihrem Höhepunkt erreichte die Arbeitslosigkeit im Juni 2013 einen historischen Rekordwert von 28,1 Prozent. In der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen waren damals sogar 57,5 Prozent der Arbeitssuchenden ohne Beschäftigung.

Der Wirtschaft bekommt der Kurs der harten Hand

Für das Jahr 2024 rechnet Wirtschafts- und Finanzminister Kostis Hatzidakis mit drei Prozent Wachstum – in Deutschland träumt die Regierung gerade von solchen Zahlen. Als Macher des „griechischen Wunders“ gilt Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis. Bei seinem Amtsantritt vor gut fünf Jahren kündigte er größere Reformen an. Er wolle sich etwa für Lohnsteigerungen und eine effizientere Verwaltung einsetzen. Zudem soll das unterfinanzierte Gesundheitssystem gestärkt sowie massiv Pflegepersonal und Ärzte eingestellt werden. Nicht alles von dem konnte der 56-jährige ehemalige Investmentbanker durchsetzen. Aber das Land scheint auf einem guten Weg. Dabei haben einige Krisen und Ungereimtheiten



EU-Anforderungen erfüllt: Drei Prozent Wirtschaftswachstum sorgen für zunehmendes Vertrauen ausländischer Kreditgeber

REVITALISIERT

Griechenland als neuer Musterknabe Europas

Ministerpräsident Mitsotakis setzt auf Leistung, hat die Sechs-Tage-Woche wieder eingeführt, und mit 39 Wochenstunden Arbeit führt sein Land EU-weit

seine Amtszeit seit 2019 geprägt: Ein großer Abhörskandal, das schwerste Zugunglück in der Geschichte Griechenlands und eine hitzige Debatte um die Flüchtlingspolitik belasteten das innenpolitische Klima. Im vergangenen Jahr war Mitsotakis für einen Monat nicht im Amt, vor Kurzem überstand er abermals ein Misstrauensvotum. Kritiker sagen, der Konservative habe autoritäre Züge.

Der Wirtschaft scheint sein Kurs der harten Hand aber gutzutun. Sein Vorbild für die Reformpolitik sei Ludwig Erhard, sagte er wiederholt, und trat konsequenterweise schon mal auf dem deutschen Ludwig-Erhard-Gipfel auf. Während Deutschland über eine Vier-Tage-Woche diskutiert, hat Mitsotakis die Sechs-Tage-Woche eingeführt. Mit einer Arbeitszeit von mehr als 39 Wochenstunden liegt

Griechenland mittlerweile an der Spitze der EU-Länder. Für die Mehrarbeit gibt es bis zu 115 Prozent Aufschlag. „Leistung muss sich wieder lohnen“, sagt der Ministerpräsident.

Das Rentenniveau ist auf 51 Prozent gesunken

Ausländische Kreditgeber haben wieder Vertrauen in das einstige Sorgenkind gefasst. Und der Ministerpräsident ist ein geschickter Verhandlungspartner. Für den Zeitraum von 2021 bis 2027 wird Griechenland von der europäischen Konjunktur- und Resilienzfazilität 31 Milliarden Euro an Unterstützungsmaßnahmen zugewiesen bekommen. Außerdem erhält das Land bis 2027 noch 39 Milliarden Euro aus dem europäischen Strukturfonds. Doch noch ist nicht alles Gold, was glänzt.

Denn in Griechenland sehen viele Menschen in diesen Förderungen auch eine Wiedergutmachung für die Zeit unter der Troika. Die zwang das Land damals zu einem radikalen Umbau des Rentensystems. Die Allgemeine Griechische Rentengewerkschaft klagt: „Es herrscht Armut unter einer großen Masse älterer Rentner, die nicht von irgendwelchen Zusatzfonds profitieren, sondern nur von einer Rente leben.“ Laut Zahlen der OECD ist in Griechenland durch die Kürzungen seit 2012 das Rentenniveau der Durchschnittsverdiener von rund 80 auf 51 Prozent gesunken. Gleichzeitig wurde das Renteneintrittsalter erhöht. Der Aufschwung sei nicht bei allen angekommen, räumte Mitsotakis im vergangenen Jahr ein. Doch zuletzt gab es erstmals seit 2010 eine leichte Rentenerhöhung.

WIRTSCHAFTSKLIMA

Ungelernte helfen nicht gegen Fachkräftemangel

Jeder zweite Zuwanderer zwischen 20 und 34 Jahren ist ohne Berufsausbildung oder Schulabschluss

Politikern wie Bundesarbeitsminister Heil (SPD) zufolge ist der Fachkräftemangel eine der größten Belastungen für die deutsche Wirtschaft und Einwanderung das probateste Mittel, um diesem Problem abzuwehren. Zumindest die letztere Aussage stimmt nicht. Das zeigt die Antwort des Bundesministeriums für Bildung und Forschung auf eine Kleine Anfrage des Sprechers für Arbeit und Soziales der AfD-Bundestagsfraktion, René Springer, über die Qualifikation von Einwanderern in der Altersgruppe von 20 bis 34 Jahren. Die hierin genannten Zahlen basieren dabei allesamt auf offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden.

82,3 Prozent der jungen irakischen Immigranten verfügen über keinerlei Berufsabschluss, während diese Quote 2010 noch bei 76,8 Prozent lag. Ähnlich sieht es

bei den Afghanen aus: 78,3 Prozent der „Schutzsuchenden“ aus Afghanistan haben keinen Beruf erlernt. Bei den Syrern betrug der Anteil der Ungelernten unter den 20- bis 34-Jährigen 81,5 Prozent. Zu den vier wichtigsten Asylherkunftsländern gehört zudem die Türkei. 2023 lag die Quote der jüngeren Einwanderer aus dem Reich Erdoğan mit fehlender beruflicher Qualifikation bei 49 Prozent. Ein leichter Fortschritt.

Dahingegen verschlechterten sich die Verhältnisse bei den in der Bundesrepublik lebenden Ausländern aus Staaten der EU. 2010 konnten hier 38,9 Prozent der Immigranten keinen Berufsabschluss vorweisen. Dreizehn Jahre später lag der Anteil der Ungelernten dann bei 51,3 Prozent. Maßgeblich mitverantwortlich dafür ist der EU-Beitritt von Bulgarien, Rumä-

nien und Kroatien. Alles in allem fehlte 2010 mehr als jedem zweiten der hier lebenden Ausländer in der fraglichen Altersgruppe jegliche Berufsausbildung. An diesem Zustand hat sich bis heute kaum etwas geändert, vielmehr stieg die Quote der Unqualifizierten von 52,1 auf 53,5 Prozent.

Genauso prekär ist die Lage bei den Schulabschlüssen. 2023 standen den 2,3 Prozent der jungen Deutschen ohne formellen Schulabschluss 16,2 Prozent ausländische Schulabbrecher gegenüber. Ebenso liegen die Deutschen bei der Berufsausbildung klar vorn. Besaßen 2010 noch 30,4 Prozent der 20- bis 34-Jährigen keinen berufsqualifizierenden Abschluss, so fiel diese Quote bis zum Jahre 2020 immerhin auf 27,8 Prozent. 2023 meldete das Statistische Bundesamt dann, dass

29,9 Prozent der jungen Bundesbürger Ungelernte seien.

Springer erklärt: „Über die Hälfte aller jungen Ausländer in Deutschland steht ohne Berufsabschluss da. Das ist das Ergebnis einer Politik, die die Grenzen ungeschützt lässt und die Masseneinwanderung eines Bildungsprekariats tatenlos hinnimmt. Mit dieser Politik wird kein Fachkräftemangel bekämpft. Damit werden allenfalls unsere Sozialsysteme ruiniert.“ Letzteres ist insofern richtig, als Immigranten ohne Berufs- oder Schulabschluss oft nur Tätigkeiten im Niedriglohnssektor ausüben können – sofern die Motivation und die vorhandenen Sprachkenntnisse dafür ausreichen. Damit besteht die reale Gefahr, dass das Bürgergeld eine attraktive Alternative zur Erwerbsarbeit darstellt. *Wolfgang Kaufmann*

● MELDUNGEN

Bund untersagt Verkauf

Berlin – Die Bundesregierung verbietet den geplanten Verkauf des Gasturbinengeschäfts von MAN Energy Solutions an die chinesische Firma CSIC Longjiang. Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) begründete das Verbot mit Verweis auf Techniken, die in sicherheitskritischen Bereichen eingesetzt werden können. Laut einem „Handelsblatt“-Bericht soll der designierte Käufer zudem enge Verbindungen zur chinesischen Rüstungsindustrie haben und selbst Antriebe für die chinesische Marine herstellen. Die Volkswagen-Tochter MAN kündigte an, die Entscheidung der Regierung zu akzeptieren. Nach dem Scheitern des Verkaufs plant das Unternehmen laut Medienberichten, die Neuentwicklung von Gasturbinen einzustellen und lediglich die profitable Wartung von Turbinen weiter anzubieten. Bislang produzieren und warten etwa 100 Mitarbeiter in Oberhausen und Zürich für die MAN-Energysparte Gasturbinen. *H.M.*

Berlin und Brüssel besorgt

Berlin/Brüssel – Bundesregierung und EU-Kommission zeigen sich besorgt, dass beim Bau eines Windparks in der Nordsee erstmals chinesische Turbinen zum Einsatz kommen sollen. Beide Institutionen befürchten eine Abhängigkeit von chinesischen Unternehmen und haben Sicherheitsbedenken. Der deutsche Investmentfonds Luxcara hat für einen Windpark vor Borkum die Lieferung von 16 der aktuell leistungsstärksten Offshore-Windturbinen vereinbart. Lieferant ist die Firma Ming Yang Smart Energy. Europäische Hersteller sehen mit Sorge, dass chinesische Windturbinenhersteller auch mit Hilfe staatlicher Subventionen bereits den globalen Markt dominieren und nun auch auf den europäischen Markt drängen. Angesichts dieser Entwicklung warnt der Bundesverband Windenergie vor einer Entwicklung wie in der Solarbranche, in der chinesische Firmen europäische Anbieter „quasi erstickt“ hätten. *H.M.*

Russland meldet Erfolge

St. Petersburg – Beim diesjährigen Wirtschaftsforum in St. Petersburg (SPIEF), das von der EU boykottiert wird, wurden laut „Kommersant“ 982 Verträge im Gesamtwert von umgerechnet 67 Milliarden Euro abgeschlossen. Laut Anton Kobjakow vom SPIEF-Organisationskomitee hatten insgesamt 21.300 Teilnehmer aus 139 Ländern das Forum besucht. Im Vorjahr waren es 17.000 aus 130 Ländern gewesen. Trotz Sanktionen war im April laut ausgewerteten US-Zolldaten auch der Handel zwischen den USA und Russland um 20 Prozent umfangreicher als im Vorjahresmonat. Russische Exporte in die USA legten im Jahresvergleich gar um 37 Prozent auf 298 Millionen US-Dollar zu. Russland liefert vor allem Düngemittel, Platin, Phosphate und Sojaschrot. Außerdem wurden Bauteile für Turbostrahltriebwerke ausgeführt. Die USA exportierten dagegen 48 Prozent weniger Waren nach Russland als noch im April 2023. *MRK*

ANALYSE

Totgesagte leben länger

JENS EICHLER

Wer hätte das gedacht? Mit Furore gestartet und dann im Nichts versunken. Doch plötzlich scheint Kamala Harris (59), die im Januar 2021 zur Vizepräsidentin der USA vereidigt wurde, wieder da zu sein. Und wie! Steht ihr plötzlich ein bemerkenswertes Comeback in Aussicht? Es scheint fast so.

Vor wenigen Wochen noch wies die eigentlich taffe Demokratin, die sich einst als Generalstaatsanwältin von Kalifornien, Justizministerin und später ebenso als Senatorin des Bundesstaates für härtere sowie strengere Urteile und Gesetzesauslegungen einen Namen gemacht hatte, miserable Umfragewerte auf. Den ohnehin mit schwachen Beliebtheitswerten kämpfenden US-Präsidenten Joe Biden unterbot sie in dieser Kategorie sogar noch um Längen.

Den Grund dafür sahen Demoskopen vor allem in ihrer Nicht-Sichtbarkeit. Denn in den bisherigen dreieinhalb Jahren ihrer Amtszeit tauchte die Tochter einer indischen Krebsforscherin und eines Wirtschaftswissenschaftlers aus Jamaika neben ihrem Chef Joe Biden so gut wie nie auf. Sie blieb in der Versenkung verschwunden. Und das, obwohl sich gerade die weiblichen und schwarzen Wähler neue Akzente von ihrer Vizepräsidentschaft erhofft hatten. Kein Wunder, dass immer mehr – auch aus ihrem direkten Umfeld – sich fragten: „Where’s Kamala?“ (Wo ist Kamala?). Schon bald machte ein neuer Spitzname von „Lady Invisible“ die Runde.

Wir müssen das Pflaster abreißen, es steht zu viel auf dem Spiel

Aber wer nichts sagt, kann auch nichts Falsches von sich geben. Und wer unsichtbar bleibt, kann nicht gleichzeitig sichtbare Fehler machen. Eine Tatsache, die Harris nun zum Vorteil gereichen könnte. Denn mit dem Schwächeln des US-Präsidenten, der nach dem de-saströsen TV-Duell gegen Wieder-Herausforderer Donald Trump, bei dem Biden deutliche Defizite in Bezug auf sein hohes Alter und seine immer offensichtlicher zutage tretenden mentalen Aussetzer aufwies, wird der Chor derjenigen stetig lauter, die Biden auffordern, nicht wieder anzutreten.

Wie soll ein alter Mann, der schwankt und schwächelt, die nächsten 4,5 Jahre überstehen? Genau das fragen sich auch

immer mehr Anhänger der Demokratischen Partei. Tim Ryan, demokratischer Kongressabgeordneter aus Ohio, lässt keine Zweifel mehr zu: „Wir müssen das Pflaster abreißen. Es steht zu viel auf dem Spiel.“ Und sein besagtes Pflaster hat auch einen Namen: Joe Biden.

Harris punktet bei Nicht-Weißen, Frauen und Unentschlossenen

Egal, ob der tatterige Biden auf den letzten Metern seiner Präsidentschaft tatsächlich zurücktreten muss oder aus dem Rennen um die nächste Präsidentschaft aussteigt – eine Frage ploppt umgehend auf: Wer soll es machen? Schon dreht sich das Namenskarussell. Kaliforniens derzeitiger Gouverneur Gavin Newsom wird genannt, Gretchen Whitmer, Gouverneurin von Michigan, Josh Shapiro, Gouverneur von Pennsylvania oder auch J.B. Pritzker, der Gouverneur von Illinois. Und, nicht zu vergessen, Ex-First-Lady Michelle Obama, die laut Umfragen Trump um Längen schlagen würde, aber eine Kandidatur kategorisch ablehnt. Natürlich, wenn nicht sie, wer dann, weiß es besser, wie hart der Job als POTUS (President of the United States) ist. Ergraute ihr Ehemann Barack doch schon nach nur wenigen Jahren seiner achtjährigen Präsidentschaft.

Bleibt die bisher unsichtbare Kamala, die gemäß aktuellen Umfragen wie Phönix aus der Asche aufsteigt. Tim Ryan ist überzeugt: „Sie könnte Trump in einem TV-Duell zerstören.“ Und der US-Nachrichtensender CNN heizt die brisante Diskussion noch weiter an. Laut einer aktuellen Erhebung käme Biden bei der Wahl auf 43 Prozent, Harris hingegen auf 47 Prozent. Damit würde sie nur zwei Punkte hinter Trump liegen, der aktuell 49 Prozent Zustimmung bekäme. Sein Abstand zu Harris von zwei Punkten ist also gering und einholbar. Zudem liegt die Vize-Präsidentin in der Gunst von zwei Wählergruppen deutlich vorn: bei den Frauen und bei den nicht-weißen Wählern.

Und noch etwas spricht für sie: Bei den Unentschlossenen liegt Harris drei Prozentpunkte vor Trump, Biden satte zehn hinter dem Ex-Präsidenten. Harris könnte somit die Rettung in letzter Sekunde für die Demokraten sein. Auch, oder gerade weil Joe Biden sie bisher immer gewollt im Hintergrund hielt. Totgesagte Unsichtbare leben also doch länger. Inklusive neuer Strahlkraft.



Auf Dauereinsatz in Kiew, Moskau, Peking: Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Foto: Xyz

ANALYSE

Orbán's Mission

BENCE BAUER

Die ungarische EU-Ratspräsidentschaft begann fulminant. Das Zepter gerade vom belgischen Ministerpräsidenten Alexander De Croo übernommen, begab sich der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán sodann auf eine Friedensmission nach Kiew, Moskau und Peking. Mit dem ukrainischen Präsidenten Selenskyj sprach der Premier mehrere Stunden unter vier Augen. Dem Vernehmen nach arrangierten die beiden erst am Donnerstag zuvor die spontane Visite.

Nach seinem wöchentlichen Radiointerview am Freitagmorgen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk jettete Orbán dann in die russische Hauptstadt Moskau, wo er eine längere bilaterale Unterredung mit Präsident Wladimir Putin hatte. Dieser, mit NATO-Generalsekretär Stoltenberg vorab abgestimmte Besuch, wurde gerade einmal 48 Stunden vorher arrangiert – auf Ersuchen der ungarischen Seite.

Nach einem Abstecher zum Rat der Türkivölker mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan landete der ungarische Ministerpräsident dann am 8. Juli in Peking, wo er mit dem chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping zusammentraf. Danach ging es unmittelbar zum Spitzentreffen der NATO-Länder nach Washington.

Ungarns Standpunkt

Immer wieder unterstrich Orbán, dass der Krieg in der Ukraine mit einem Waffenstillstand und einem Verhandlungsfrieden zu beenden sei. Europa müsse dazu die Initiative ergreifen, um seine eigene globale Handlungsfähigkeit zurückzuerlangen. Der alte Kontinent dürfe nicht zum Spielball von anderen globalen Akteuren werden. Außerdem verlören die Europäer bei diesem Konflikt sehr viel und würden den Preis des Krieges in Form von neuen Waffenlieferungen, erhöhter Flüchtlingsaufnahme und einer grassierenden Inflation bezahlen. Leider würden europäische Politiker zu wenig für den Frieden tun und kaum die Initiative ergreifen. Der Frieden komme nicht von selbst, man müsse hierfür große Anstrengungen unternehmen.

Anstatt nach einem Frieden zu suchen, würden die Europäer, so der ungarische Standpunkt, durch ständige Waffenlieferungen an die Ukraine auf eine Verlängerung des Krieges hinarbeiten und gebetsmühlenartig das Wunschdenken verbreiten, die Ukraine könne gewinnen. In Wahrheit jedoch könne keine Seite den Krieg für sich entscheiden, daher seien Verhandlungen der einzige Weg für eine Beendigung des Kriegstreibens.

Die ungarische Einschätzung sei, dass Moskau noch mindestens vier bis fünf Jahre den Krieg werde weiterführen können, da es über größere Ressourcen verfüge und die eigene Wirtschaft schneller

in eine Kriegswirtschaft überführen habe können, sowie die chinesische, iranische und nordkoreanische Unterstützung den Russen helfen würde. Trotz eines kleineren nominalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sei die Rüstungsproduktion in Russland und den hinter dem Land stehenden Verbündeten viel größer als im Westen.

Zudem sei das Zeitfenster für ein souveränes Auftreten der Europäer im Sinne des Friedens gerade äußerst günstig. Wenn im November Donald Trump zum US-Präsidenten gewählt würde, hätten die Europäer nichts mehr zu sagen, da der Neugewählte dem Vernehmen nach direkt mit Putin über die Köpfe der Ukraine und Europas werde verhandeln wollen.

Anders als die meisten europäischen Staatslenker hat Orbán jedoch besonders gute Beziehungen zu Trump, sodass dessen Präsidentschaft aus ungarischer Sicht keine Nachteile brächte. Gleichwohl gelte es für die Europäer jetzt, Verhandlungen zu führen und das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen. Hierfür will Orbán die notwendigen Impulse geben.

Gespräche in Kiew, Moskau, Peking

In Kiew lotete der ungarische Ministerpräsident zunächst nach eigenem Bekunden aus, welche rote Linien es für die ukrainische Führung gebe. Er wollte, so Orbán, den Präsidenten nicht überreden, sondern ihn bitten, seinen Standpunkt zu überdenken. Vielleicht müsse man die Reihenfolge umtauschen, nämlich erst Feuerpause, dann Friedensverhandlungen.

Das Auftreten der EU nach außen hänge von den großen Ländern wie Deutschland, Frankreich und Italien ab, so Orbán. Deshalb habe er dort zuvor von den Regierungschefs deren Standpunkt eingeholt. Orbán gestand ein, dass der ukrainische Präsident etwas reserviert auf die vorgeschlagene Waffenruhe reagiert habe. Die bilateralen Unterredungen waren jedoch erfolgreich in der Hinsicht, dass sich die ukrainisch-ungarischen Beziehungen zum Besseren wenden. Unter anderem sagte Orbán auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz zu, ukrainische Schulen für Flüchtlingskinder in Ungarn zu finanzieren. Und auf ukrainischer Seite gab es Bewegung in den strittigen Minderheitenfragen.

Während seiner anschließenden Reise nach Moskau erklärte Orbán, dass derzeit nur noch wenige Staatsmänner in der Lage seien, sowohl mit Russland als auch mit der Ukraine zu sprechen. Zweifelsohne gehört er zu ebenjenen Führungspersönlichkeiten.

Noch unmittelbar vor dem Besuch in Moskau wurde von ungarischer Seite ein Kommuniqué herausgegeben, das den bilateralen Charakter der Visite unterstrich. Orbán vermittelte gegenüber Putin den Standpunkt der Europäer und der Ukrainer sowie deren Bedingungen für einen Frieden. Besonders wichtig war für den ungarischen Ministerpräsidenten, her-

auszufinden, wie rational der russische Präsident in diesem Konflikt denke und handele. Seiner Einschätzung zufolge agiert Putin höchst rational, auch nach europäischen Maßstäben.

Wie zuvor Selenskyj lehnte auch Putin eine Feuerpause vorerst ab, weil die Ukraine diese in seinen Augen für eine weitere Aufrüstung missbrauchen würde. Orbán's Reise wertete er nicht nur als bilateralen Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten, sondern auch als Engagement des Landes, das derzeit die EU-Ratspräsidentschaft innehat.

Der dritte Kurztrip führte Orbán nach China. Der Besuch in Peking war auch deshalb enorm wichtig, weil das Reich der Mitte einen großen Einfluss auf Russland ausüben kann und China ein relevanter globaler Akteur ist. In einer derart explosiven weltpolitischen Lage, so Orbán, müsse auch mit denjenigen, mit denen man nicht auf einer Plattform stünde, genauso viel, wenn nicht sogar mehr gesprochen werden als mit den Verbündeten.

Auch mit China sei es notwendig, den ständigen Dialog aufrechtzuerhalten und die Bindungen nicht zu kappen, wie es bei Russland geschah. Die Wirtschaftsbeziehungen mit China seien ungleich gewichtiger als die mit Russland. Viele globale Fragen wie Klimawandel, Mittlerer Osten, Afrika seien ohne China nicht zu lösen. Nicht zuletzt könne es ohne China in der Ukraine keinen Frieden geben.

Weiter nach Washington

Von Peking aus ging es weiter zum NATO-Gipfeltreffen in Washington. Dort gab es lediglich einen einzigen Staatsmann, der innerhalb einer Woche mit Selenskyj, Putin, Erdoğan und Xi Jinping hat Gespräche führen können – Viktor Orbán.

Er selbst sieht hingegen die großen europäischen Staaten in der Pflicht, die Rolle des Verhandlungsführers in einer Friedensmission einnehmen. Wiederholt bekundete der Ministerpräsident seinen Willen, sowohl die europäischen Partner als auch die NATO-Verbündeten von seiner Mission nach Kiew, Moskau und Peking unterrichten zu wollen.

Völlig unverstündlich wurden in Ungarn die Reaktionen einiger europäischer Politiker aufgenommen. So hatten EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, Orbán scharf kritisiert. Doch seien diese, so die Ungarn, lediglich politische Beamte der in der EU verbündeten Nationen, die Staats- und Regierungschefs die eigentlichen Entscheider. Schon aus diesem Grunde müsse sich Orbán keine Erlaubnis für seine Verhandlungen einholen.

● **Bence Bauer** ist Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit am Mathias-Corvinus-Collegium in Budapest.
www.mcc.hu

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,

Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Juli 2024: Inland 18 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 20,50 Euro, Luftpost 24,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 4,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de anzeigen@paz.de vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Der Millennium-Kaiser

Vor 1000 Jahren starb Heinrich II. – Die Stadt Bamberg ehrt den Herrscher mit dem Heinrichs-Fest und weiteren Veranstaltungen

VON HELGA SCHNEHAGEN

Nachdem Heinrich II. von der Geschichtsschreibung fast vergessen worden war, häuften sich in den letzten Jahren die Ausstellungen zu seinem 1000-jährigen Gedenken. Ein Grund für die Wiederentdeckung ist seine Politik, bei der er mehr noch als seine Vorgänger zur Festigung seiner Macht die Reichskirche benutzte (siehe auch Seite 11).

Durch großzügige Schenkungen und Neugründungen machte sich Heinrich II. besonders die Bistümer zu Stützen seiner Herrschaft. „Dabei hat die Zahl der von ihm unterstützten geistlichen Institutionen wohl noch nie jemand genau gezählt. Von den 509 erhaltenen Urkunden Heinrichs betrifft jedenfalls ein großer Teil die Kirche“, so die Historikerin Karin Dengler-Schreiber.

Spätestens seit der begleitend zur Bayerischen Landesausstellung 2002 in Bamberg konzipierten Wanderausstellung „Heinrich II.“ steht der Herrscher wieder ganz vorne auf der historischen Bühne. Insgesamt 30 großformatige Tafeln ergaben damals ein komplexes Bild seiner Herrschaft sowie verschiedener Facetten seiner Zeit.

Der Bayernherzog Heinrich II. aus dem Haus der Luidolfinger wurde am 6. Mai 973 oder 978 geboren. 1002 wurde er als Nachfolger Ottos III. als letzter Ottone in Mainz zum König gesalbt. Nur kurze Zeit später wurde seiner Gemahlin Kunigunde in Paderborn die Krone aufgesetzt. Zwölf Jahre danach machte Papst Benedikt VIII. beide zum Kaiserpaar. Am 13. Juli 1024 verstarb der Kaiser. Kunigunde folgte ihm 1033. Beide sind im Bamberger Dom unter dem von Tilman Riemschneider neu erschaffenen Doppelgrab beigesetzt.

Mit der Ausstellung „Dem Himmel entgegen – 1000 Jahre Kaiserdom Bamberg 1012–2012“ erinnerte die Regnitzstadt vor zwölf Jahren an die Weihe des von dem Kaiserpaar zu ihrer Memoria er-



Gründerpaar des Bamberger Doms: Heinrich mit Reichsinsignien (r.) und Kunigunde

richteten Gotteshauses. Heinrich II. hatte 1007 in Bamberg nicht nur ein neues Bistum errichtet, sondern auch einen wichtigen Bildungsstandort geschaffen. Zeugnis

ist die Kaiser-Heinrich-Bibliothek, die sich als weltweit einzige weitgehend geschlossene kaiserliche Bibliothek des Frühmittelalters erhalten hat. Die 165 Co-

dices und Handschriftenfragmente aus der Zeit vom 5. Jahrhundert bis zu Heinrich II. Tod stehen im Besitz der Staatsbibliothek Bamberg.

2015 zelebrierte Merseburg das 1000. Jubiläum der Grundsteinlegung seines Kaiserdoms durch Bischof Thietmar. Heinrichs II. hatte den Dombau großzügig gefördert. Die Merseburger Bischofs-Chronik spricht später sogar davon, dass der Dom „auf Befehl des Kaisers“ errichtet worden sei.

Unter Heinrich II. war Merseburg mit 29 Aufenthalten – davon elf Hofstage – die erste Pfalz im Reich. Nicht einmal in seinem geliebten Bamberg, das er seit seiner Kindheit kannte, war er so oft. Hier gelten nur 15 Aufenthalte als gesichert. Einer der Gründe könnte ganz einfach die gute Versorgung gewesen sein. So war und ist der Ackerboden um Merseburg besonders fruchtbar.

Heinrich II. hatte dem Domklerus bei der Wiederbegründung des Bistums reiche Schenkungen gemacht und konnte bei seinen Besuchen einen gut gedeckten Tisch erwarten. Noch im 12. Jahrhundert bezeichnete ein süddeutscher Chronist Sachsen als „Küche des Kaisers“.

Seidenfäden zum Heinrichs-Fest

Noch ein Superlativ: Nirgendwo sonst – auch nicht am Begräbnisort Bamberg – haben sich derart viele Darstellungen des 1146 heiliggesprochenen Kaisers und seiner 1200 zur Heiligen erhobenen Gemahlin aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit erhalten wie in Merseburg. Die Vielzahl ist einerseits Ausdruck von Verehrung und Dankbarkeit seitens des Klerus, andererseits aber auch eine Betonung der Reichsunmittelbarkeit und Unabhängigkeit gegenüber „gierigen“ benachbarten Landesfürsten.

2019 gedachte die Schweiz zur 1000-Jahr-Feier des Basler Münsters dem fränkisch-ottonischen Kaiser in der Ausstellung „Gold und Ruhm – Geschenke für die Ewigkeit“. Die Weihe hatte im Herbst 1019 in Gegenwart von Heinrich II. statt-

gefunden, der dem Münster dazu das berühmte Basler Antependium, eine 1,20 Meter hohe und 1,75 Meter breite goldene Altarverkleidung, schenkte. Aus Geldnot wurde es im 19. Jahrhundert verkauft und Besitz des Musée de Cluny in Paris. Zur Ausstellung war es vorübergehend nach Basel zurückgekehrt. Die Herrschaft Heinrichs II. reichte damals in etwa von der dänischen Grenze bis Oberitalien und von Lothringen bis Polen.

Zu Ehren des 1000. Todestages des Kaisers begeht Bamberg erneut ein Jubiläumsjahr. So wird zum traditionellen Heinrichsfest vom 12. bis 14. Juli eine moderne Großinstallation mit tausenden weißen Seidenfäden das Kaisergrab überspannen und in einen Ort der Kontemplation verwandeln.

Die Staatsbibliothek präsentiert vom 16. September bis 14. Dezember mittelalterliche Handschriften, zum Teil aus Heinrichs II. Hand. UNESCO-Weltdokumentenerbe sind darunter das „Lorscher Arzneibuch“, die „Bamberger Apokalypse“ und ein Kommentar zum „Hohelied“ und zum „Buch Daniel“.

Den Abschluss des Jubiläumsprogramms bildet die Sonderausstellung „Vor 1000 Jahren: Menschen(leben) am Hof von Kunigunde und Heinrich II.“. Nach den vielen Heinrich-Jubiläen verschiebt sich dabei der Fokus von der reinen historischen Betrachtung des Kaiserpaares auf dessen Alltagsleben und die Menschen in ihrem Umfeld. Wer lebte vor 1000 Jahren in Bamberg und wie lebte man damals überhaupt? Was wurde gegessen, welche Kleidung getragen und wie verbrachten die Menschen ihren Tag? Wer zog mit dem Kaiser in den Krieg und was bedeutete es eigentlich damals, auf einen Feldzug zu gehen? Antworten auf diese und ähnliche Fragen gibt die Ausstellung im Historischen Museum Bamberg in der Alten Hofhaltung vom 25. Oktober bis 27. April kommenden Jahres.

● Alle Veranstaltungen im Internet unter: www.kultur.bamberg.de

AUSSTELLUNG

Die Entdeckung des Lachens in der Kunst

Berliner Gemäldegalerie zeigt hochkarätige Werke des niederländischen Barockmalers Frans Hals

Diesen Sommer feiert Berlin einen der größten Porträtmaler aller Zeiten: Frans Hals zählt wie Rembrandt und Vermeer zu den herausragenden niederländischen Malern des 17. Jahrhunderts. Neben unkonventionellen, ausdrucksstarken Bildnissen malte er als erster Künstler Hollands Außenseiter der Gesellschaft als Individuen in Lebensgröße. Wie bei keinem anderen Künstler der Frühen Neuzeit prägte die Wiederentdeckung des Haarlemers Malers im 19. Jahrhundert die Entwicklung der modernen Malerei. In Kooperation mit der Londoner National Gallery und dem Amsterdamer Rijksmuseum organisiert die Gemäldegalerie vom 12. Juli bis 3. November mit der Ausstellung „Meister des Augenblicks“ Werke von Hals und seinen Zeitgenossen.

Hals' Werke zeichnen sich durch ungewöhnliche Lebendigkeit und treffende Charakterisierung aus. Seine mit kühnem Pinselstrich ausgeführten, skizzenhaft wirkenden Gemälde beeinflussen die

Malerei des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Viele Maler der Avantgarde sahen in Hals einen ihrer Vorläufer.

Die Gemäldegalerie bewahrt mit zehn Werken eine der umfangreichsten und hochkarätigsten Sammlungen an Bildern von Frans Hals weltweit, darunter hochkarätige Werke wie die „Malle Babbe“, das „Porträt der Catharina Hooft mit ihrer Amme“ oder den „Knaben mit Flöte“.

Unter den insgesamt 85 Werken befinden sich solche, die in keinem Lexikon zur Kunstgeschichte fehlen: „Isaac Abrahamsz Massa und Beatrix van der Laen“ aus dem Rijksmuseum, „Junger Mann mit Totenkopf“ aus der Londoner National Gallery und „Der Lautenspieler“ aus dem Pariser Louvre. Gezeigt werden auch Werke, die niemals zuvor in Deutschland ausgestellt waren. Dazu zählt das monumentale, über vier Meter breite Schützenstück „De magere compagnie“ ebenso wie zwei außergewöhnliche Gemälde aus den Beständen des Museums für westliche

und östliche Kunst in Odessa. Bei Letzteren handelt es sich um Hals' Darstellungen der Evangelisten Matthäus und Lukas, die erst Ende der 50er Jahre wiederentdeckt worden sind.



Frans Hals: „Der Lautenspieler“ (1623/24)

Wegen seiner Hinwendung zu Porträts lachender Außenseiter, aufgrund seines virtuosens Farbauftrags sowie der Spontaneität und Unmittelbarkeit seiner Darstellungen kann Hals als Vorreiter der Moderne gelten. Ende des 19. Jahrhunderts finden sich Realisten und Impressionisten wie Max Liebermann, Wilhelm Leibl und Lovis Corinth in seiner Malerei wieder und nutzen sie als Inspirationsquelle. In Berlin werden daher Werke dieser Künstler im Kontext ihres großen Vorbilds gezeigt. Dadurch wird nicht nur die spezifische Qualität von Hals' Werken besonders deutlich, sondern auch ihre weitreichende Wirkung auf die Entwicklung der europäischen Malerei. SPK/tws

● „Frans Hals. Meister des Augenblicks“, 12. Juli bis 3. November, Gemäldegalerie am Kulturforum, Matthäikirchplatz, 10785 Berlin, geöffnet täglich außer montags von 10 bis 18 Uhr. Eintritt: 16 Euro www.smb.museum

● MELDUNG

Beethovens 9. auf Ukrainisch

Danzig – Auf dem diesjährigen Programm des Baltic Opera Festival, das vom 20. bis 25. Juli auf der Zoppoter Waldbühne und in der Baltischen Oper in Danzig aufgetragen wird, befinden sich drei Opern und ein Konzert. Neben einer Inszenierung von Puccinis „Turandot“ kehrt ein Titel zurück, der dort noch vor dem Zweiten Weltkrieg häufig gastierte: „Hänsel und Gretel“ von Engelbert Humperdinck. Wiederholt wird ebenso der „Fliegende Holländer“ von Richard Wagner, jedoch in anderer Besetzung. Das Festivalorchester der Baltic Opera setzt sich aus Musikern des Ukrainian Freedom Orchestra zusammen. Es entstand auf Initiative der kanadischen Dirigentin Keri-Lynn Wilson, die ebenfalls ukrainische Wurzeln hat. Das Orchester spielt auf der Crist-Werft in Gdingen Beethovens 9. Sinfonie. Die Solopartien erklingen dabei in ukrainischer Sprache. Internet: www.balticoperafestival.pl tws

FOCKE-WULF TA 152

Von Kurt Tank entwickeltes Rekordflugzeug

Als das schnellste deutsche einmotorige Propellerflugzeug, das zum Kampfeinsatz kam, gilt die Ta 152. Die Bezeichnung irritiert. Schwerlich fällt einem ein deutscher Flugzeughersteller ein, zu dem dieses Kürzel passen würde.

Schaut man sich die Ta 152 an, so ähnelt sie einer gestreckten Fw 190, dem deutschen Standardjäger im Zweiten Weltkrieg neben der Me 109. Und tatsächlich wurde die Ta 152 wie die Fw 190 von Focke-Wulf hergestellt. Bei ersterer handelt es sich um eine Weiterentwicklung der letzteren. Das Ursprungsmuster wie die Weiterentwicklung stammten von Focke-Wulfs Chefkonstrukteur Kurt Tank (siehe auch PAZ Nr. 8. vom 24. Februar 2023). Diesem talentierten, erfolgreichen, selbstbewussten, durchsetzungsstarken und gut vernetzten NSDAP-Mitglied und Wehrwirtschaftsführer wurde die seltene Ehre zuteil, dass für die Typenbezeichnung eines von ihm entwickelten Flugzeugs auf seinen Namen und nicht den seines Arbeitgebers zurückgegriffen wurde.

Es gab verschiedene Varianten der Ta 152, darunter auch einen Zerstörer. In Serie gefertigt wurde indes nur der Höhenjäger mit Druckkabine, die sogenannte H-Baureihe.

Der angesprochene Eindruck, es bei der Ta 152 mit einer gestreckten Fw 190 zu tun zu haben, ist darauf zurückzuführen, dass nicht nur die Spannweite der Tragflächen auf 14,44 Meter sowie die Seitenflosse vergrößert wurden, sondern auch der Rumpf auf rund 10,7 Meter verlängert. Zur Bewaffnung gehörte neben zwei



Eine Focke-Wulf Ta 152 H

MG 151 mit jeweils 175 Schuss in den Flächenwurzeln eine 30-mm-MK-108 mit 90 Schuss. Zum Einbau der Maschinenkanone in den Rumpf musste der Teil vor der Kabine um 772 Millimeter verlängert werden, und das zog aus Gründen der Stabilität eine zusätzliche Rumpfverlängerung hinter der Kabine nach sich.

Auf einem Foto weniger leicht zu erkennen sind die Veränderungen unter der Motorhaube, aber dafür umso eindrucksvoller. Zu ihrer Geschwindigkeit von 755 Kilometern in der Stunde in 12.500 Metern Höhe, einer Steigleistung von 17,5 Metern in der Sekunde und einer Dienstgipfelhöhe von 14.800 Metern kamen als weitere Stärken die der Maschine von ihren Piloten bescheinigte Wendigkeit und gute Beherrschbarkeit.

Wie so viele innovative deutsche Waffen kam auch die Ta 152 zu spät und in zu geringer Stückzahl an die Front, um noch kriegsentscheidende Bedeutung zu gewinnen. Von Dezember 1944 bis Februar 1945 erhielt die Luftwaffe 39 Exemplare, von denen 32 in die Erprobung gingen. In der Schlacht um Berlin sollen Ta 152 mindestens fünf sowjetische Jagdflugzeuge vom Typ Jakowlew Jak-9 abgeschossen haben. Die Gesamtzahl der Abschlüsse liegt kaum darüber.

Manuel Ruoff



Mit Angehörigen der Zypri-schen Nationalgarde, die wenige Monate später versuchen sollte, ihn zu stürzen und zu beseitigen: Zyperns Staatspräsident Erzbischof Makarios III. Anfang des Jahres 1974

Foto: Ullstein/Nicholas Tsikourias

SÜDOSTEUROPA

Als Griechenlands Militärdiktatur endete und Zyperns Teilung begann

Vor einem halben Jahrhundert putschte die Zypri-sche Nationalgarde mit griechischer Unterstützung letztlich erfolglos gegen ihren Präsidenten Erzbischof Makarios III.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Morgen des 15. Juli 1974 attackierten Angehörige der Zypri-schen Nationalgarde den Palast des Präsidenten der Republik Zypern, Erzbischof Makarios III., eigentlich Michail Christodoulos Mouskos. Daraus folgten zwei historische Ereignisse: die bis heute bestehende politische Teilung der Insel Zypern und der Sturz der Militärdiktatur in Athen, durch den Griechenlands seinen Weg in die Europäische Union fand.

Ziel des Putsches gegen Makarios war der Anschluss Zyperns an Griechenland unter Verletzung der Züricher und Londoner Abkommen vom Februar 1959, die der ehemaligen britischen Kronkolonie Zypern mit ihrer gemischten griechisch-türkischen Bevölkerung die Unabhängigkeit garantierten. Der Entschluss, Makarios zu beseitigen, resultierte nicht zuletzt aus einem Schreiben des Präsidenten an die Junta in Athen vom 2. Juli 1974, in dem er den Abzug aller griechischen Militär-angehörigen aus Zypern forderte und das sogenannte Regime der Obristen in Athen kritisierte.

Griechenlands Militär hatte am 21. April 1967 unter der Führung von Oberst Georgios Papadopoulos, Brigadegeneral Stylianos Pattakos und Oberst Nikolaos Makarezos in einem Militärputsch die Macht an sich gerissen. Obwohl die Militär-junta wenig Ansehen im In- und Ausland genoss, konnte sie sich jahrelang an der Macht halten, weil die USA wie auch die von diesen geführte NATO aufgrund der Entwicklungen im Nahen Osten auf die militärische Kooperation mit ihr angewiesen zu sein glaubten. So stellte die Junta beispielsweise Stützpunkte für die 6. US-Flotte im Mittelmeer zur Verfügung, wofür Washing-

ton im Gegenzug Waffen an die griechische Armee lieferte.

Kontraproduktive Zypernpolitik des Regimes der Obristen

Allerdings gelang es der von Athen aus gesteuerten Zypri-schen Nationalgarde unter dem Kommando von Brigadegeneral Michalis Georgits und Oberst Konstantinos Kombokis nicht, Makarios in seinem brennenden Palast in Nicosia zu ermorden. Der Präsident konnte nach Paphos im Südwesten der Insel fliehen. Dort rief er zum Widerstand gegen die Putschisten auf. Danach flog er mit einer britischen Militärmaschine via Malta nach London.

Die Türkei nahm die Aktion der Nationalgarde zum Anlass, auf Zypern militärisch zu intervenieren. Dazu war sie als Schutzmacht der zypri-schen Unabhängigkeit gemäß den Artikeln II und IV des Londoner Abkommens von 1959 berechtigt. Fünf Tage nach dem Putsch gegen Makarios und der Installation der Atherner Marionette Nikos Sampson, eigentlich Nikolaos Georgiades, als Nachfolger des Erzbischofs startete das türkische Militär die Operation Attila, die Invasion auf Zypern. Diese verlief zunächst fast ungestört, weil die Fahrt der türkischen Invasionsflotte Richtung Zypern in Athen als „Übung“ fehlinterpretiert wurde. Dann machte die Junta gegen die Türkei mobil, indem sie 200.000 Mann für eine Bodenoffensive in Thrakien bereitstellte und weitere Truppen mit Panzern auf die griechischen Inseln verlegen ließ.

Am 22. Juli 1974 begann die zweite türkische Angriffswelle in Nordzypern. Daraufhin ergriff die Opposition innerhalb der griechischen Armee die Initiative. Zunächst erklärten einige hohe Militärs, dass es keine Möglichkeit gebe, die Zypri-sche Nationalgarde in ihrem Abwehrkampf gegen die Türken zu unterstützen,

dann forderten 250 Offiziere in Makedonien die Demission der Regierung in Athen und die Rückkehr des Königs. Anschließend führten Generalleutnant Ioannis Davos, der Kommandeur des kampfstarken III. Armeekorps in Thessaloniki, und der Marinechef Vizeadmiral Petros Arapakis den finalen Schlag gegen die Junta, indem sie diese am Morgen des 23. Juli für abgesetzt erklärten.

Dem folgte die umgehende Ankündigung, die Macht im Lande wieder an eine zivile Regierung zu übergeben. Daraufhin trat bereits am Folgetag ein entsprechendes Kabinett unter Konstantinos Karamanlis zusammen, der bereits 1955 bis 1963 Griechenlands Ministerpräsident gewesen war. Karamanlis gelang es, den Übergang von der Diktatur zur Demokratie zu meistern. In diesem Zusammenhang fand auch eine strafrechtliche Verfolgung der Putschisten von 1967 und weiterer Junta-Mitglieder statt. Papadopoulos, Pattakos und Makarezos wurden im August 1975 wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, eine Strafe, die später in lebenslange Haft umgewandelt wurde. Ebenso kam der Brigadegeneral und Chef der Militärpolizei ESA, Dimitrios Ioannidis, für immer hinter Gitter. Er galt als die graue Eminenz der Junta und war der Drahtzieher des Putsches gegen Makarios gewesen. Ioannidis saß bis zu seinem Tod im August 2010 im Korydallos-Gefängnis bei Piräus ein.

Die Türkei erhält eine Rechtfertigung zur Invasion Zyperns

Karamanlis erklärte sofort nach der Regierungsübernahme, er werde „Zyperns Unabhängigkeit und territoriale Integrität mit aller Macht verteidigen“, während auf der Insel der erste Parlamentspräsident der Republik Zypern nach Erlangung der Unabhängigkeit vom Vereinigten König-

reich, Glafkos Klerides, an die Stelle von Sampson trat und verlautbarte, er betrachte Makarios „nach wie vor als rechtmäßigen Präsidenten“ und agiere daher nur als dessen Stellvertreter. Makarios selbst kehrte am 7. Dezember 1974 unter frenetischem Jubel der griechischstämmigen beziehungsweise griechischen Bevölkerung nach Zypern zurück und amtierte bis zu seinem Tode am 3. August 1977 weiter als Präsident der Republik Zypern.

Mit der beschriebenen Entwicklung Richtung Status quo ante begnügte sich Ankara jedoch nicht. Am 14. August 1974 überschritt es seine Kompetenzen als Garantmacht. Seine Landungstruppen auf Zypern starteten eine Großoffensive, in deren Verlauf diese mehr als ein Drittel der Insel besetzten. Die Streitmacht Ankaras rückte immer weiter nach Süden vor, um ein möglichst großes Gebiet zu erobern, in dem die türkischen Zyprioten dann Autonomierechte genießen sollten. Karamanlis wollte massiv zurückschlagen, wurde aber von seinen eigenen Generalen gebremst.

Damit war der Weg frei für eine schrittweise Teilung Zyperns. Am 1. Oktober 1974 wurde die bereits vor dem Putsch gegen Makarios bestehende Türkische Verwaltung Zyperns für die mehrheitlich von Türken beziehungsweise Türkischstämmigen bewohnten Gebiete der Insel zur Autonomen Türkischen Administration auf Zypern aufgewertet. Am 13. Februar des Folgejahres wurde mit dem Türkischen Föderativstaat von Zypern ein türkischer Teilstaat im zypri-schen Gesamtstaat ausgerufen. Und am 15. November 1983 schließlich erklärte sich der Teilstaat als Türkische Republik Nordzypern für unabhängig. So führte der Putsch auf Zypern vor einem halben Jahrhundert zum Ende der griechischen Militärdiktatur und zur Teilung Zyperns.

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 13. Juli des Jahres 1024 verschied Kaiser Heinrich II. in der Pfalz Grona bei Göttingen. Mit ihm starb das Herrschergeschlecht der Ottonen im Mannesstamm aus. Das Andenken des im Bamberger Dom bestatteten Herrschers ist widersprüchlich. Den einen gilt er als unbarmherziger König der Konflikte, die anderen sehen in ihm den friedliebenden und fürsorglichen Heiligen.

Der Sohn des bayerischen Herzogs Heinrich der Zänker kam am 6. Mai 973 zur Welt. Als Geburtsorte werden Abbach bei Regensburg und Hildesheim genannt. Zunächst kümmerte sich Bischof Abraham von Freising um den Knaben, bevor er Unterricht an der Hildesheimer Domschule bekam. Heinrichs Erziehung schlossen der später heiliggesprochene Bischof Wolfgang von Regensburg und Abt Ramwold von Sankt Emmeram ab. Offenbar war der im Lesen, Schreiben und der lateinischen Sprache bewanderte Zögling für eine geistliche Laufbahn bestimmt. Doch 995 trat der für einen Adligen ungewöhnlich gebildete Heinrich die Nachfolge seines Vaters im Herzogtum Bayern an.

Mit seinem Vetter Kaiser Otto III. verstand er sich prächtig. Als der 1002 in Italien mit 21 Jahren unerwartet und kinderlos starb, beschloss Heinrich, dessen Nachfolge anzutreten. Im bayerischen Polling erwartete er den kaiserlichen Leichenzug, den der Kölner Erzbischof Herbert anführte. Den zwang Heinrich zur Herausgabe der Herrscherinsignien – nur die Heilige Lanze fehlte. Als Heinrichs Gegenkandidaten gaben sich Herzog Hermann II. von Schwaben und Markgraf Ekkehard von Meißen zu erkennen, der jedoch bald ermordet wurde. Mit einem Täuschungsmanöver umging Heinrich die Streitmacht seines Kontrahenten Hermann und ließ sich in Mainz von den „Großen“ Bayerns und Frankens zum König der Ostfranken wählen, bevor ihn Erzbischof Willigis salbte und krönte. Als „Große“ werden herausragende weltliche und geistliche Herrschaftsträger bezeichnet. Bei Nachwahlen bestätigten die Großen Thüringens und anschließend die Sachsens in Merseburg Heinrichs Königtum und übergaben ihm die Heilige Lanze.

Ernennung von 64 Bischöfen

In Merseburg war auch der polnische Herzog Boleslaw Chrobry anwesend, um Heinrich II. zu huldigen und die Lausitz als Lehen zu erhalten. Auf die ebenfalls von ihm beanspruchte Mark Meißen musste er jedoch verzichten. Kurz vor der Abreise aus Merseburg geriet Boleslaw in einen Hinterhalt und entging nur mit knapper Not seiner Ermordung. Da ihn Heinrich entgegen dem Gastrecht nicht beschützt hatte, hegte der Herzog und spätere König von Polen fortan stetes Misstrauen gegen ihn. Sie fochten die drei Polenkriege aus, die schließlich 1018 mit dem Frieden von Bautzen endeten. In Italien führte Heinrich mehrfach Krieg, um die Königskrone Italiens erst zu erlangen und dann zu verteidigen. Den fast sein ganzes Leben lang in Kämpfen verwickelten Herrscher warnte Bischof Brun von Querfurt: „Sei auf der Hut, o König, wenn du immer alles mit Gewalt machen willst, niemals aber mit Barmherzigkeit.“

Ohne Rücksicht auf hergebrachte Wahlrechte setzte Heinrich Bischöfe ein. Dabei bewies er oft eine glückliche Hand. Zu den 64 von ihm ernannten Bischöfen gehören etliche, die ein Segen für ihr Bistum waren. Etwa Meinwerk von Paderborn, der heilige Godehard von Hildesheim oder die Erzbischöfe Aribio von Mainz, Poppo von Trier und Pilgrim von Köln. In Merseburg, das er so oft wie keinen anderen Ort seines Reiches besuchte, begründete er 1004 das 24 Jahre zuvor aufgelöste Bistum erneut. Bis heute ist Heinrich II. am und im Merseburger Dom mit gemalten, geschnitzten oder in Stein

HEILIGES RÖMISCHES REICH

Der letzte der Ottonen

Vor einem Jahrtausend starb der Kaiser und Heilige Heinrich II. kinderlos



Krönungsbild (oben) aus dem Perikopenbuch Heinrichs II.: Die Apostelfürsten und Bamberger Patrone Petrus zur Linken und Paulus rechts des Christus führen das Herrscherpaar Heinrich und Kunigunde vor den Herrn des Alls

gehauenen Darstellungen allgegenwärtig. Der von Heinrich eingesetzte Bischof Thietmar von Merseburg verfasste eine Chronik, die als wichtigste Quelle für die Zeit der Ottonen gilt.

Gründung des Bistums Bamberg

Seine wie er heiliggesprochene Ehefrau Kunigunde aus dem Hause Luxemburg ließ Heinrich 1002 in Paderborn von Erzbischof Willigis zur Königin krönen. Eine erstaunliche Ortswahl, denn Paderborn lag nach einer Feuersbrunst in Trümmern. Eine prächtigere Krönungskulisse bot hingegen Rom, wo Papst Bene-

dikt VIII. das Paar 1014 zum Kaiser und zur Kaiserin erhob. Heinrich betrachtete Kunigunde offenbar als Mitregentin von Gottes Gnaden. Das beweist das Krönungsbild des Perikopenbuchs, das Heinrich im Skriptorium des Klosters Reichenau anfertigen ließ: Christus setzt synchron dem ihm von Petrus und Paulus zugeführten Herrscherpaar die Kronen aufs Haupt. In seinen Urkunden nannte Heinrich seine Ehefrau „geliebteste Königin“, „allerliebste Gemahlin“ oder „meine liebe Bettgefährtin“. Allerdings blieb die Ehe des kränklichen, vermutlich hinkenden, wiederholt von Nierensteinen ge-

plagten und von den Zeitgenossen als „hüftlahm“ bezeichneten Heinrich mit seiner Gattin kinderlos. Ein Herrscherpaar ohne Nachkommen aber war eine Katastrophe.

Die Kinderlosigkeit nutzten Heinrich und Kunigunde jedoch unter gütiger Mithilfe der Bamberger Geistlichkeit zu glanzvollem Andenken. Gegen den zähen Widerstand des Würzburger Bischofs, der einen erheblichen Teil seines Bistumsgebietes abtreten musste, gründete Heinrich mit Zustimmung des Papstes 1007 das Bistum Bamberg. Er und Kunigunde statteten es mit Landbesitz, Privilegien, kostbaren Bilderhandschriften, liturgischen Gewändern und Messgerät reich aus. Im Gegenzug erwarteten sie ewiges Gebetsandenken der Bistumsgeistlichen. Die sorgten überdies für die Heiligsprechung des Kaiserpaares mit der Begründung, dass dieses wie Maria und Josef eine stets keusche Ehe geführt habe, wie ihre Kinderlosigkeit beweise. Die sterblichen Überreste von Heinrich und Kunigunde befinden sich im Bamberger Dom. Sie ruhen in dem von Tilman Riemenschneider und Werkstattgehilfen geschaffenen, prachtvollen Hochgrab aus Marmor, das an einem Ende des Mittelschiffs steht, während ihre Schädelreliquien in der Vitrine der Häupterkapelle untergebracht sind.

(Siehe auch Seite 9.)

HEDWIG VON ANJOU

Nach ihr nahm das Schicksal seinen Lauf

Sowohl die Ehe als auch der Tod der Hedwig von Anjou waren für den Deutschordensstaat von schwerwiegender Bedeutung. 625 Jahre ist es her, dass sie in Polens damaliger Hauptstadt Krakau starb. Ein weiteres Vierteljahrhundert vorher wurde sie im heute zu Budapest gehörenden Buda geboren. Ihre Geburt in der damaligen ungarischen Hauptstadt ist bezeichnend, denn ihr Vater, Ludwig I., war König von Ungarn und Kroatien. Ab 1370 war er zusätzlich auch noch König von Polen.

Bei Ludwig I. war es ähnlich wie bei Maria Theresias Vater, Kaiser Karl VI. Auch er zeugte keinen legitimen Sohn und wollte trotzdem einen Nachkommen zum Erben. 1374 erreichte er im Kaschauer Privileg, dass der polnische Adel gegen den Erhalt politischer Vorrechte die weibliche Thronfolge für seine Töchter akzeptierte. Kurz vor seinem Tod im Jahre 1382 ernannte der Monarch seine damals zwölfjährige älteste Tochter Maria zur Regentin.

Die Vorstellung, weiterhin von Buda aus regiert zu werden, missfiel indes vielen polnischen Adligen, und so leisteten diese Widerstand gegen eine Fortsetzung der Personalunion unter Maria. Dem wurde schließlich dadurch Rechnung getragen, dass Maria nur Ungarn und Kroatien erhielt, während Marias jüngerer Schwester, Hedwig, Polen angeboten wurde. Zur Bedingung machte der polnische Adel allerdings, dass Letztere den litauischen Großfürsten Jogaila heiratete. Hedwig stimmte zu, und so wurde die damals Elfjährige 1384 gekrönt.

Jogaila sollte Hedwigs Hand und die Mitregentschaft in Polen erhalten, wenn er zum Christentum übertrat und sein Großherzogtum Litauen in das Königreich Polen integrierte. Jogaila stimmte zu. 1386 wurde er getauft, Hedwigs Ehemann und zum gleichberechtigten König neben seiner Ehefrau gekrönt.

Für den Deutschen Orden bedeutete dies, dass er fürderhin nicht mehr Litauen oder Polen gegenüberstand,



Hedwig von Anjou

denen er einzeln gewachsen war, sondern einer polnisch-litauischen Union, für die das nicht zutraf. Zudem konnte der Orden bei Kämpfen gegen Litauen nicht mehr auf christliche Solidarität hoffen, da das Großfürstentum nicht mehr als heidnisch galt.

Vorerst hielt sich für den Ordensstaat der Schaden in Grenzen, denn Hedwig stand in der Tradition ihres Vaters für eine im Vergleich zu ihrem Ehemann Deutschordensstaat-freundliche Politik. Doch am 17. Juli 1399 starb Hedwig. Ihr Ehemann wurde Alleinherrscher. Und für den Deutschordensstaat nahm das Unglück seinen Lauf. M.R.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bereits im Jahre 1922 schrieb der US-amerikanische Publizist Walter Lippmann in seinem Buch „Public Opinion“, welches inzwischen als Klassiker der Medien- und Politikwissenschaften sowie der Sozialpsychologie gilt, „dass Nachrichten und Wahrheit nicht dasselbe sind“, weil die Nachrichten zumeist als manipulative Propagandabotschaften daherkämen. Heute ist dies besonders dann der Fall, wenn Regierungen die Kompetenz oder der Wille fehlt, Probleme zu lösen, und die Medien im Bunde mit den Herrschenden stehen.

Oft wird die Propaganda recht perfide getarnt. Daher sollte der mündige Bürger die wichtigsten Propagandamethoden und Manipulationstechniken kennen. Die sieben Grundformen der Propaganda tragen englische Bezeichnungen, weil sie erstmals 1937 von dem US-amerikanischen Institute for Propaganda Analysis (IPA) im Einzelnen beschrieben wurden.

Zum Ersten greifen Propagandisten gerne auf das „Name Calling“ zurück: Der Feind wird durch bestimmte Ausdrücke stigmatisiert oder gar dämonisiert. Aktuelle Beispiele für solche Etikettierungen sind „Nazi“, „Putinfreund“, „Querdenker“ und „Kriegstreiber“. Das Gegenteil hiervon ist die „Glittering Generality“, also der gezielte Einsatz von glorifizierenden Begriffen wie „Freiheit“, „Gerechtigkeit“, „Vielfalt“, „Toleranz“ und „Demokratie“. In beiden Fällen soll sich durch die Wortwahl jegliche substantielle Argumentation erübrigen.

Zum Dritten wäre da die Transfer-Methode. Hier findet eine Übertragung positiver oder negativer Eigenschaften beziehungsweise Aspekte von Personen, Gruppen, Organisationen, Sachen oder Ideen auf entsprechend andere Individuen statt, um diese entweder auf- oder abzuwerten. Das geschieht derzeit nicht zuletzt durch die Verknüpfung des hochpopulären Fußballsports mit Symbolen weniger beliebter Bewegungen.

Die sieben Wege der Lüge

Des Weiteren bringen Propagandisten gerne sogenannte Testimonials ins Spiel: Sie suchen sich bekannte Persönlichkeiten, welche das Vertrauen oder die Sympathie der Zielgruppe genießen und lassen diese für die angeblich gute Sache werben. Das konnte man unter anderem während der Corona-Impfkampagne beobachten, als Prominente nach dem „Pieks“ mit einem neckischen Pflasterchen auf dem Oberarm abgelichtet und der Öffentlichkeit präsentiert wurden.

Zum Fünften kommen vermeintlich „einfache Leute“ zum Einsatz, die haargenau so auftreten wie die Menschen, auf welche die Propaganda abzielt, was Vertrauen schaffen soll. So interviewen Reporter der öffentlich-rechtlichen Medien der Bundesrepublik oft „zufällig ausgewählte Bürger von der Straße“, die stets das sagen, was dem Regierungskurs entspricht. Da verbergen sich hinter solchen „einfachen Leuten“ nicht selten eifrige Lobbyisten oder Parteifunktionäre der unteren Ebenen.

Ebenso simpel, aber effektiv, ist die Rosinenpickerei: Informationen werden grundsätzlich nur selektiv weitergegeben, wie während der Corona-Pandemie, als die immer gleichen Experten zitiert wurden, oder bei der Kritik an politischen Parteien auf der Basis von aus dem Zusammenhang gerissenen Einzelzitaten.

Und zum Siebten gibt es noch die Methode des „Bandwagon“. Hier nutzt der Propagandist den Mitläufer-Effekt, also den Umstand, dass Menschen gern auf einen vermeintlich bereits fahrenden Zug aufspringen, um sich der gefühlten Mehrheit anzuschließen. Diesem Zweck dienen beispielsweise tendenziöse Wahlprognosen, welche den Bürgern suggerieren, doch lieber die vom Propagandisten erwünschte Partei



Alle Tricks sind erlaubt: Die Manipulation der Öffentlichkeit geschieht auf mannigfache Weise

Foto: imago/Zoonar

KOMMUNIKATION

Wie man die Massen geschickt hinters Licht führt

Massenmanipulation ist zu einer Wissenschaft für sich gereift: Nur wer die Techniken der Propagandisten kennt, kann sich ihren Fängen entziehen

zu wählen, als ihre Stimme an potentielle Verlierer zu „verschwenden“. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Formen der Propaganda kommen Dutzende von Einzeltechniken zur Anwendung, von denen hier nur die Wesentlichsten vorgestellt werden können, wie das Agenda-Setting, also die Schwerpunktsetzung durch die Meinungsmacher, bei der wichtige Dinge in den Hintergrund gedrängt und unwichtige hochgespielt werden. Beispielsweise, wenn die Berichterstattung über „LGBTQIA+“-Paraden die Aufarbeitung von politischen Skandalen und Fehlleistungen ersetzt.

Zur Manipulation mittels Propaganda gehört zudem das bewusste Aussenden von emotionalen oder gar moralischen Appellen. „Tragt eine Maske, sonst gefährdet ihr das Leben eurer Mitbürger!“, hieß es während der Corona-Pandemie immer wieder. Und heute wird getönt: „Hört auf, die Abschiebung krimineller Asylanten in deren Herkunftsländer zu fordern, denn dort sind sie nicht sicher!“ Propagandisten setzen sehr gern auf die Schürung von Emotionen bei ihrer Zielgruppe. Besonders beliebt ist in diesem Zusammenhang der Einsatz von Bildern, die tatsächlich oder vermeintlich leidende Kinder oder Tiere zeigen. Damit lässt sich perfekt für noch mehr illegale Einwanderung, Waffenexporte, Fleischverbote und Ähnliches werben.

Corona-Kampagne als Lehrbeispiel

Oft wird auch mit der anekdotischen Evidenz gearbeitet: Die Menschen sollen sorgsam gestreuten Berichten über Einzelfälle mehr glauben als Statistiken und empirischen Studien. Man denke da nur an die Meldungen über den Mann, der sich 217 Mal gegen Corona impfen ließ und angeblich „ein komplett normales Immunsystem“ besitzt.

Die Brunnenvergiftung wiederum dient der Diskreditierung von unbeque-

men Quellen. Wenn keine Argumente gegen deren Sachaussagen verfügbar sind, schwärzt der Propagandist die Quelle als „umstritten“, „reaktionär“, „menschenverachtend“ oder wie auch immer an.

Häufig kommt es zudem zur Fragmentierung beziehungsweise Montage. Dabei werden Dinge aus dem Zusammenhang gerissen oder fälschliche Zusammenhänge konstruiert. Ausgesprochen geeignet hierfür sind Videofragmente oder beschnittene Fotos, die wesentliche Details verbergen. Im Falle der von vielen Medien behaupteten „ausländerfeindlichen Hetzjagden“ in Chemnitz von 2018 entwickelte sich aus ein paar Filmschnipseln dubioser Herkunft eine politische Affäre ersten Ranges, die den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, den Posten kostete.

Komplett in die Irre

Mittlerweile relativ bekannt ist das Framing. Hier werden Sachverhalte von vornherein in bestimmte Interpretationsrahmen gerückt. Da fällt es der Zielgruppe sehr viel schwerer, dem Propagandisten nicht zu glauben. Wer einen Krieg als „gerecht“ charakterisiert, lenkt den Blick sogleich von den weniger ehrenwerten Motiven für die Kriegführung ab.

Erwähnung verdient zudem die Goldene-Mitte-Taktik. Es gibt keinen Kompromiss zwischen Wahrheit und Lüge. Daher sind auch Halbwahrheiten eine Lüge – selbst wenn diese als scheinbar vernünftige, weil nicht extreme Position hingestellt werden. Wenn eine bestimmte Immigrantengruppe im Schnitt besonders kriminell ist, dann führt das relativierende Gerede von „Einzelfällen“ oder „psychischen Problemen“ komplett in die Irre.

Zur Manipulation der Öffentlichkeit gehört des Weiteren das Einengen des Meinungskorridors, wodurch immer mehr politische Positionen als „unzuläs-

sig“ erscheinen. War es vor der Corona-Pandemie noch gang und gäbe, die kriminellen Machenschaften der Pharmakonzerne zu geißeln, gerieten Kritiker von Pfizer und Co. ab 2020 in den Verdacht, „Verschwörungstheoretiker“ zu sein. Gleichzeitig nutzen die Propagandisten selbstkonstruierte Verschwörungen, um politisch missliebige Kräfte zu diskreditieren. Besonders im Fokus stehen dabei heutzutage Vertreter der Rechten, welche wahlweise als Putschisten, Spione oder Hochverräter hingestellt werden.

Intellektuell höchst anspruchslos kommt die Manipulationstechnik der Infantilisierung daher. Der bereits eingangs erwähnte „Pieks“ als verbreitetes Synonym für die Corona-Impfung ist ein Musterbeispiel dafür, wie man Menschen mit kindischen Ausdrücken zu schutzbefohlenen Unmündigen degradieren kann, die dem „Vater Staat“ das Denken überlassen.

Eine Beleidigung des Verstandes sind auch die berüchtigten Kontaktschuldvorwürfe: Positionen werden nicht dadurch falsch, dass sie von Leuten geteilt werden, die auf der Liste der angeblichen Feinde der Demokratie stehen. Andernfalls kommt der Tag, wo man selbst bei der Nennung der Uhrzeit aufpassen muss, dass kein „Extremist“ diese „instrumentalisiert“.

Und dann wäre da noch die Political Correctness, welche ebenfalls der Manipulation der Mehrheit der Bevölkerung dient, weil sie aus normalen Wörtern und Sätzen plötzlich Diskriminierungen macht und das Dauerbeleidigtsein von ohnehin schon privilegierten Minderheiten zum Normalzustand erklärt.

Breites Spektrum der Niedertracht

Um unerwünschten Personen oder Gruppen zu schaden, starten Propagandisten auch gerne Schmutzkampagnen. Dabei reicht das Spektrum der Niedertracht von Gerüchten und übler Nachrede bis hin zu

Rufmord oder Boykott- und Gewaltaufrufen. Nach Wahlen in Sachsen, bei denen rechte Parteien gut abschnitten, wurde immer schnell darauf verwiesen, dass man ja nicht unbedingt in diesem „intoleranten“ Freistaat Urlaub machen müsse.

Die Sachsen zählen außerdem auch zu den bevorzugten Opfern der Stereotypisierung. Ihnen werden regelmäßig Eigenschaften zugeschrieben, die in der Summe negativ sind. Im Extremfall kann sich daraus die Rolle eines Sündenbockes ergeben. So heißt es bereits, dass die Talfahrt der deutschen Wirtschaft nicht der rot-grün-gelben Regierungsriege in Berlin zu verdanken sei, sondern den „Nazis“ im Osten, welche die ausländischen Fachkräfte vertreiben.

Am Ende steht die blanke Zensur

Dazu kommen schlussendlich die zwei brutalsten Formen der Meinungsmanipulation überhaupt, nämlich die Falschmeldungen und die Zensurmaßnahmen. Bewusste Falschmeldungen wie die Correctiv-Mär von den angeblichen Deportationsplänen, welche bei einem „Geheimtreffen von Rechtsextremisten“ im November 2023 geschmiedet worden seien, werden dabei oft vor wichtigen Wahlen platziert und sehr schnell verbreitet, um größtmöglichen Schaden zu verursachen, bevor die Betroffenen in der Lage sind, Richtigstellungen vorzunehmen. Und die Zensur durch den Staat ist dann die Ultima Ratio, wenn ein politisches System zur Diktatur mutiert. Dem geht zumeist eine freiwillige Selbstzensur seitens der Medienschaffenden voraus.

Alle diese Manipulationstechniken sind lang erprobt und oftmals äußerst wirkungsvoll. Sie prallen allerdings ab, wenn sie erkannt werden von kritischen Adressaten. Daher liegt es letztlich an jedem selbst, inwieweit er in die Fänge der Propagandisten gerät oder gegen ihre Umtriebe gefeit ist.



HEILSBERG

Einige Premieren und ein Abschied

Das Immanuel-Kant-Jahr wirkte sich auf das Sommerfest der Deutschen Minderheit aus

VON UWE HAHNKAMP

Das Ostpreußische Sommerfest der Deutschen Minderheit in der Woiwodschaft Ermland-Masuren am 22. Juni in Heilsberg war ein wenig geprägt vom Immanuel-Kant-Jahr. Es war nach dem bisherigen Muster ein Treffen der Mitglieder der Minderheit und eine Schau ihrer Chöre und Tanzgruppen sowie von Ensembles, die als Gäste dazustießen, jedoch ließ Kant es sich nicht nehmen, „persönlich“ dort vorbeizuschauen.

Bereits schon Tradition ist, dass mit der Europahymne in der Interpretation des Chores der Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit unter der Leitung von Marcin Bąkowski begonnen wurde. Diesen europäischen Anstoß nahm Jarosław Sloma, der Vorsitzende der Kommission für Minderheitenfragen des ermländisch-masurischen Sejmik auf, der aus Goldap stammt, einem der zwei Orte, an denen Immanuel Kant außerhalb Königsbergs weilte. „In Groß-Arnsdorf entstanden sein Traktat ‚Zum ewigen Frieden‘ und seine Gedanken zu einem geeinten Europa, dessen Umsetzung heute die Europäische Union ist“, erklärte er und ergänzte, „jeder kann etwas für den Frieden tun, nämlich gut mit dem Nachbarn zusammen leben, gleich welcher Nationalität er ist.“ Der von Kant erhoffte Frieden scheint momentan brüchiger denn je.

Geprägt vom Immanuel-Kant-Jahr

Auch Stefan Grigat, der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), sowie Heinrich Hoch, der Vorsitzende des gastgebenden Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), griffen in ihren Grußworten diese Frage auf. Einer, der diesen Frieden der Nachbarn seit 30 Jahren fördert und die Minderheiten in der Woiwodschaft unterstützt, ist Wiktor Marek Leyk. Der Beauftragte des Marschalls für Minderheitenfragen ist in den Ruhestand gegangen. Schon jetzt ist klar, dass er fehlen wird, und mit entsprechend starkem Bei-



Zum ersten Mal beim Sommerfest: Die Sänger der Folkloregruppe „Folkownia“

Foto: U.H.

fall und Lob von Hoch, vor allem aber den zwischen 600 und 700 Gästen des Sommerfestes wurde er verabschiedet.

Bei seinem letzten offiziellen Auftritt auf einem Ostpreußischen Sommerfest hatte er noch Gelegenheit, im Amphitheater beim Kulturhaus in Heilsberg einige Premieren mitzuerleben. Gleich die erste Musik- und Tanzgruppe, „Folkownia“ aus Allenstein, trat trotz langjähriger Erfahrung zum ersten Mal bei der Veranstaltung auf – und riss das Publikum so sehr mit, dass der Wunsch auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr laut wurde. Neue Gesichter gab es bei den Tänzern von „Perla Warmii“ aus Heilsberg und „Saga“ von der Deutschen Minderheit aus Bartenstein. Die jüngsten Perlen waren fünf Jahre alt. Bei ihrer „Warschauer Polka“ und beim ersten Tanz von „Saga“ wagte Filip, der Sohn von Dorota Cieklińska, der Trainerin der Gruppe, mit ebenfalls fünf Jahren den Sprung ins kalte Wasser.

Den schwungvollen Tänzen der jungen Menschen setzten die älteren Damen der Tanzgruppe „Czerwone korale“ (Rote Korallen) aus Heilsberg einen würdigen Schreittanz mit Stoffbändern entgegen. Sie haben sich über die Altersuniversität gefunden und bewiesen, dass nicht nur junge Menschen tanzen können. Die Gesangskünste der Deutschen Minderheit zeigten im Laufe des Tages die Chöre der deutschen Gesellschaften aus Neidenburg, aus Lötzen, „Stimme der Heimat“, und aus Heilsberg, „Warmia“, bei ihren Auftritten. Außerdem traten die Mitglieder der Reisegruppe der LO Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern auf, deren Organisator Manfred Schukat bereits zum 33. Mal auf einem Sommerfest dabei war.

Der zweite Organisator, Friedhelm Schülke, hatte sich als Immanuel Kant verkleidet und stellte ihn auf Polnisch dem Publikum vor. Er machte Kant mit dem früheren ermländischen Bischof Ig-

nacy Krasicki bekannt, der in Heilsberg residierte, als Denkmal neben dem Amphitheater sitzt und dem Treiben dort ruhig zusah. Der Kammerchor der Burg in Osterode unter der Leitung von Joanna Jaskółowska begeisterte mit vierstimmigem Gesang ohne musikalische Unterlage so sehr, dass ein weiterer Auftritt im nächsten Jahr wahrscheinlich ist.

Zufrieden waren Zuhörer und Gäste nicht nur mit den kulturellen Darbietungen. Das Amphitheater mit Überdachung für Bühne und Zuschauerraum liegt idyllisch im Grünen im Tal der Alle direkt unterhalb des Kulturhauses der Stadt Heilsberg, bei dem noch weiterer Platz für ergänzende Angebote vorhanden ist. Das Gefühl der Gemeinschaft sei in dem kompakten Theater deutlich zu spüren gewesen als bei größeren Objekten und die Menschen hätten auch mehr von den Auftritten mitbekommen, sagte ein Zuschauer. Das klingt nach dem guten Rat, das Sommerfest noch einmal dort zu feiern.

ALLENSTEIN

Mit Ideenreichtum und viel Talent

Deutschschüler überzeugten mit guten Sprachkenntnissen und Kreativität beim Wettbewerb „Deutsche Erfinder, Entdecker, Denker“

Mitte Juni fand im Gebäude des Alten Rathauses in Allenstein die Preisverleihung des Kunst- und Sprachwettbewerbs „Deutsche Erfinder, Entdecker, Denker“ statt. Der Wettbewerb, der anlässlich des Immanuel-Kant-Jahres im südlichen Ostpreußen durchgeführt wurde, zog die Aufmerksamkeit junger Künstler und Deutschlernender aus der gesamten Region auf sich.

Der Wettbewerb, organisiert von der Deutschen Bibliothek und Mediathek der Deutschen Sprache der Woiwodschaftsbibliothek in Allenstein in Partnerschaft mit dem Goethe-Institut in Warschau, hatte zum Ziel, herausragende deutsche Erfinder, Entdecker und Denker zu ehren. Die Teilnehmer sollten eine individuelle künstlerische Arbeit gestalten, die eine dieser herausragenden Persönlichkeiten sowie ihre Leistungen darstellt. Die Werke konnten in beliebiger künstlerischer Technik im Format A3 oder A4 ausgeführt

werden, wobei integraler Bestandteil Beschreibungen in deutscher Sprache sein mussten. Über 100 Schüler aus 18 Grund-

und weiterführenden Schulen der gesamten Woiwodschaft nahmen am Wettbewerb teil. Die Jury, bestehend aus Katar-

zyna Sowa (Künstlerin), Edyta Gładkowska (Beraterin für Zweisprachigkeit, Programm „Bilingua – Einfach mit Deutsch“ vom Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit) und Martyna Chrzanowska (Deutschsprachige Abteilung der Woiwodschaftsbibliothek), bewertete die Werke hinsichtlich Kreativität, Originalität, Ästhetik, selbstständiger Ausführung sowie sprachlicher Qualität.

Die Schüler überraschten die Jury mit ihrem Ideenreichtum und Talent. Die Jury hatte die schwierige Aufgabe, die besten Arbeiten auszuwählen, die im Alten Rathaus in einer Ausstellung bewundert werden können. Die ausgezeichneten Werke zeigen nicht nur die künstlerischen Fähigkeiten der Schüler, sondern auch ihre sprachlichen Fertigkeiten, was die bedeutende Rolle der Zweisprachigkeit in der Bildung unterstreicht. Die Gewinner des Wettbewerbs erhielten attraktive Preise.

Die Organisatoren, zufrieden mit dem hohen Niveau des Wettbewerbs, kündigten weitere Veranstaltungen an, um das Wissen über deutsche Kultur, Wissenschaft und Sprache weiter zu fördern. Die Stadtbewohner sind herzlich eingeladen, die Ausstellung zu besuchen und die Werke der jungen Künstler zu bewundern, die sowohl die Geschichte deutscher Innovationen als auch die zeitgenössischen künstlerischen und sprachlichen Fähigkeiten der Schüler widerspiegeln.

Dank Initiativen wie dem Wettbewerb „Deutsche Erfinder, Entdecker, Denker“ erhalten junge Menschen die Möglichkeit, historische Persönlichkeiten kennenzulernen und ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Veranstalter und Teilnehmer hoffen, dass dieser Wettbewerb fest im Bildungskalender der Woiwodschaft Ermland-Masuren verankert wird.

Dawid Kazański



Ein Schülerbeitrag: Die Beschäftigung mit Kant

Foto: D.K.

● MELDUNGEN

Jugendstilhaus in Flammen

Tilsit – In dem Jugendstilhaus in der Tilsiter Lindenstraße, in dem der deutsche Schauspieler und Ehrenbürger Tilsits [Sowjetsk], Armin Müller-Stahl, am 7. Dezember 1930 das Licht der Welt erblickte, ist vor Kurzem ein Feuer ausgebrochen. Die Flammen breiteten sich über etwa zehn Quadratmeter aus. Das Feuer hatte sich im Dachboden des Hauses aus bisher ungeklärten Gründen entzündet. Verletzte gab es nicht. Das vierstöckige denkmalgeschützte Gebäude wurde 1911 erbaut. In den Nachkriegsjahren befand sich dort ein Studentenwohnheim. Im Jahr 2007 erhielt das Gebäude den Status eines Kulturerbes von lokaler (kommunaler) Bedeutung. MRK

Schwestern werden Selige

Braunsberg – Der Vatikan hat das Datum der Seligsprechung einiger Katharinen-schwwestern bekanntgegeben, die als Märtyrerinnen des Zweiten Weltkriegs anerkannt wurden. Die Entscheidung von Papst Franziskus, der das Dekret zum Märtyrertum der Katharinen-schwwestern bestätigte, wurde im Frühjahr verkündet. Das Datum für die Feierlichkeiten zur Seligsprechung wurde auf den 31. Mai 2025 in Braunsberg festgelegt. Bei den zukünftigen Seligen handelt es sich um Schwester Marta Krzysztowa Klomfass und 15 andere Nonnen aus der Kongregation der Heiligen Jungfrau und Märtyrerin Katharina, die 1945 im Ermland von der Roten Armee getötet wurden. Schwester Krzysztowa war Krankenschwester im Marienkrankenhaus in Allenstein und wurde dort ermordet. Sie ist die erste von 102 getöteten Katharinen-schwwestern. Nach der gesegneten Regina Protmann, der Gründerin der Kongregation der Heiligen Katharina, wird es somit weitere Selige geben, die aus dem Ermland stammen. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Brosda, Klara, geb. **Zoels**, aus Froben, Kreis Neidenburg, am 16. Juli
Methfessel, Friedel, geb. **Alexey**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 15. Juli
Meyer, Herta, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 13. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Grolla, Edith, geb. **Kompa**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Hein, Liesbeth, geb. **Kowalzig**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Lullies, Meta, geb. **Beckert**, aus Langsee, Kreis Lyck, am 14. Juli
Perret, Christel, geb. **Bindzus**, aus Lenzenhof, Kreis Lyck, am 17. Juli
Preuss, Erich, aus Alt Bolitten, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Wydra, Karl-Heinz, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 12. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Escherich, Ruth, geb. **Kirschner**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Heinemann, Else, geb. **Gayko**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kuczinski, Heinz, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. Juli
Schröder, Christel, geb. **Schwendtner**, aus Szillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Juli
Utecht, Ilse, geb. **Keding**, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 16. Juli
Weber, Dietlind, geb. **Olschewski**, aus Otto-Reinke-Str. 20, Lyck, am 17. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Creuzer, Jutta, aus Königsberg, am 12. Juli
Jaros, Ruth, geb. **Litzbarski**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 15. Juli
Wesolowski, Erna, geb. **Bogumil**, aus Lötzen, am 18. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gunia, Harry, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Höckendorff, Erika, geb. **Szezenski**, aus Friedrichsthal, Kreis Ortelsburg, am 14. Juli
Kaiser, Anna, aus Prostken, Kreis Lyck, am 17. Juli
Klann, Ruth, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 15. Juli
Meyer, Hildegard, geb. **Marzian**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 18. Juli
Willuweit, Wilhelm, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Zachrau, Elfriede, Kreiskommune Preußisch Eylau, am 8. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Birkner, Brigitte, aus Struben, Kreis Neidenburg, am 14. Juli
Drews, Renate, geb. **Kreischatus**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 14. Juli
Gering, Ilse, geb. **Dziedo**, aus Schelasken, Kreis Lyck, am 13. Juli
Groß, Willi, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 13. Juli
Herzke, Irmgard, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli
Hilscher, Erika, geb. **Ohmke**, aus Budeweg, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Lange, Heinz, aus Borken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Lojewski, Ursula, geb. **Konetzka**, aus Deutschwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Steputat, Wolfgang, aus Sangniten, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becker, Gerhard, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 18. Juli
Bohn, Elfriede, geb. **Gross**, aus Kunzendorf, Kreis Mohrungen, am 18. Juli
Gritzka, Ruth, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 16. Juli
Kagelmacher, Hanna, aus Pillkopen, Kreis Fischhausen, am 13. Juli
Klimczuk, Christel, geb. **Prostka**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 16. Juli
Limberg, Adelheid, geb. **Gorny**, aus Waldfließ, Kreis Lötzen, am 17. Juli

Landsmannschaft Ostpreußen – Termine 2024

20. bis 22. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
7. bis 13. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
1. November: **Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden** in Wuppertal (gT)
2. November: **Mitgliederversammlung der LO-Bruderkhilfe e.V.** in Wuppertal (gT)

2. und 3. November: **Ostpreußische Landesvertretung** in Wuppertal (gT)

Auskünfte: Landsmannschaft Ostpreußen – Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Mateuszik, Günther, aus Lübeckfelde, Kreis Lyck, am 12. Juli
Path, Edith, geb. **Niedzwetzki**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 14. Juli
Pfannschmidt, Traute, geb. **Falk**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Powierski, Irmgard, geb. **Jestremski**, aus Eschenwalde, Kreis Ortelsburg, am 15. Juli
Schulz, Manfred, aus Köllmisch Linkunnen, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Zastrau, Herta, geb. **Meyer**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 17. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bartsch, Hanna, geb. **Aust**, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juli
Bille, Hildegard, geb. **Kurbjuweit**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 14. Juli
Birkenfeld, Ursula, geb. **Grunwald**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Cruanes-Taddey, geb. Taddey, aus Neidenburg, am 16. Juli
Gering, Edith, geb. **Chrzan**, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 15. Juli
Gottschling, Burkhard, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. Juli
Kröger, Günter, Kreiskommune Lötzen, am 12. Juli
Kuhrau, Ilse, geb. **Schmidtke**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. Juli
Lagenstein, Ursula, geb. **Vogel**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 15. Juli

Petraschewsky, Kurt, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 12. Juli
Purwin, Gertrud, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. Juli
Schneider, Ruth, geb. **Kronenberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 18. Juli
Skryppek, Lieselotte, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Böntgen, Renate, geb. **Dittmann**, aus Sentken, Kreis Lyck, am 15. Juli
Brzezimski, Walter, aus Kaspersguth, Kreis Ortelsburg, am 13. Juli
Wolf, Gisela, geb. **Graffenberger**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 12. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baust, Irmgard, geb. **Samlinski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 18. Juli
Elsner, Marlene, geb. **Pest**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 17. Juli
Guminski, Annegret, geb. **Hugo**, aus Neidenburg, am 13. Juli
Holfoth, Erika, geb. **Gawehn**, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 18. Juli
Jeglinski, Richard, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 17. Juli
Kuberski, Helmut, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, am 17. Juli
Lischewski, Reinhold, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 17. Juli

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de

Podubrin, Helmut, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 17. Juli
Reck, Dr. Günther, aus Martins- hagen, Kreis Lötzen, am 14. Juli
Schultze, Ruprecht, aus Malga, Kreis Neidenburg, am 13. Juli
Stephan, Brigitte, geb. **Palluck**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 15. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Sulimma, Margot, aus Allenbruch, Kreis Lötzen, am 17. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dempki, Hans-Jürgen, Kreiskommune Preußisch Eylau, am 12. Juli

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de



Kulturzentrum Ostpreußen

Seedienst Ostpreußen – Noch bis zum 28. Juli zeigt das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen eine Sonderausstellung über den „Seedienst Ostpreußen“, der 1920 mit der Abtrennung Ostpreußens durch den „Polnischen Korridor“ offiziell seinen Dienst als Schifffahrtsverbindung aufnahm. Für allen Interessenten, die die Ausstellung in den Räumen des Kulturzentrums in Ellingen nicht besuchen konnten, wurde nun ein Begleitheft aufgelegt, in dem alle 36 Bildtafeln – ergänzt durch weitere zahlreiche Informationen über die verwendeten Schiffe – enthalten sind.

Die politischen Hintergründe des Seedienstes, der seit der Gründung 1920 nie gewinnbringend arbeitete und im Februar 1925 vom Reichverkehrsministerium übernommen wurde, sind auf den im Begleitheft abgedruckten mehrfarbigen Schautafeln im Detail dargestellt. Dazu kommen umfangreiche Erläuterungen über die eingesetzten Schiffe auf der ersten Linie zwischen Swinemünde und Pillau, der „SS Hörnum“ und der „SS Helgoland“, die ursprünglich Minensuchboote der Kaiserlichen Marine im Ersten Weltkrieg waren.

Die Aufstellung der eingesetzten Schiffe endet mit den eigens für die späteren Linienenerweiterungen nach Memel und Liebau in Lettland im Osten sowie nach Kiel und Lübeck im Westen gebau- ten Schiffe „MS Preußen“ und „MS Hansestadt Danzig“ im Jahr 1926 und dem 1933 folgenden

Dampfturbinenschiff „TS Tan- nenberg“.

Ein weiterer Abschnitt ist der 1939 vom Stapel gelaufenen „MS Marienburg“ gewidmet, deren Bau wegen des Kriegsausbruches eingestellt und nicht vollendet wurde. Das während dieser Zeit auf dem Dammschen See bei Stettin liegende halbfertige Schiff wurde erst nach Kriegsende im Auftrag der UdSSR in Wismar fer- tiggestellt und danach im Schwarzen Meer eingesetzt. Nach einem Unfall 1977 wurde es 1980 in Barcelona verschrottet.

Mehrere Tafeln beschreiben die touristischen Ziele, für die der Seedienst warb zum Beispiel mit den „Tannenbergfahrten“ warb. Eingeschlossen waren der Be- such des Tannenbergdenkmals in Hohenstein, des Abstimmungs- denkmals in Allenstein, des Feld- herrnhügels in Frögenau und ver- schiedene im Süden von Ost- preußen angelegte Ehrenfriedhö- fe wie der in Waplit.

In den Texten werden die Beför- derungszahlen für die einzelnen Betriebsjahre aufgeführt, die zwi- schen 1935 und 1938 am höchs- ten lagen. In dieser Zeit mussten weitere Schiffe von verschiede- nen Reedereien angemietet wer- den, um die erforderliche Kapazi- tät für die Reisenden bereitstel- len zu können. Darunter waren ältere Schiffe wie die „Odin“ und die „Hertha“ der Reederei Bra- eunlich in Stettin und die Fäh- rschiffe „Preußen“ und „Schwe- rin“ der Deutschen Reichsbahn.

Abgerundet wird das Heft „See- dienst Ostpreußen“ durch einen umfangreichen Tabellenteil über die technischen Daten der einzel- nen eingesetzten Schiffe sowie einer Auflistung über deren Ein- satz nach dem Zweiten Weltkrieg und dem anschließenden Ver- bleib. Bemerkenswert ist, dass von der 1910 gebauten „Kron- prinz Wilhelm“ und späteren „Undine“ in Rostock noch der Rumpf vorhanden ist und teilwei- se erhalten werden soll.

Das 50-seitige, auf hochwer- tigem Kunstdruckpapier gefertigte Begleitheft „Seedienst Ostpreu- ßen“ zur gleichnamigen Ausstel- lung des Kulturzentrums Ost- preußen in Ellingen enthält die Bildtafeln der Ausstellung mit zahlreichen mehrfarbigen Land- kartenausschnitten, Fotos und Ansichtskarten der eingesetzten Schiffe, Prospekte und Werbe- plakate sowie eine Auswahl der touristischen Ziele. Die Broschü- re wurde mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales erstellt.

Das Druckwerk kann vom **Kulturzentrum Ostpreußen Ellingen**, Schloßstraße 9, 91792 Ellingen, Telefon (09141) 864411, E-Mail: service@ kulturzentrum-ostpreussen.de zum Preis von 6,50 Euro zuzü- glich Porto und Versandkosten bezogen werden. Weitere Informationen gibt es unter **www.kulturzentrum- ostpreussen.de**

Manfred E. Fritsche

Zusendungen für die Ausgabe 30/2024

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 30/2024 (Erstverkaufstag 26. Juli) **bis spätestens Dienstag, den 16. Juli**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **star- ke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Dele- gierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmann- schaft Ostpreußen e.V. **infor- miert** und erhalten **Einladun- gen** zu Veranstaltungen und Se- minaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundes- geschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zur- zeit 60,- Euro. Den Aufnahme- antrag können Sie bequem auf

Glückwünsche an:

Ulrike Groddeck
Telefon (040) 4140080
E-Mail: groddeck@paz.de

der Internetseite der Lands- mannschaft – www.ostpreus- sen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sommer in Ostpreußen
Hof – Sonnabend, 13. Juli, 15 Uhr, Jahnheim, Jahnstraße 5: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Hof zum Thema „Sommer in Ostpreußen“. Das nächste Treffen wird erst nach der Sommerpause am 14. September stattfinden, dann zum Thema „Erntedank“.

Treffen
Nürnberg – Dienstag, 30. Juli, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1, Langwasser, Ende der U: Treffen.

Dank für Lebenswerk:
München – BdV-Landesvorsitzender erhielt Ehrendoktorwürde. Für seine „kulturpolitischen Leistungen im Hinblick auf die Menschen, welche nach Flucht und Vertreibung eine neue Heimat suchen mussten, für die Brückenbauarbeit zu den osteuropäischen Staaten einschließlich der Ukraine, für ein Zusammenleben in Europa sowie für seinen unermüdlichen Einsatz für die Ukrainische Universität (UFU)“ wurde BdV-Landesvorsitzender Christian Knauer am 2. Juli in einem Festakt in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften mit der Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Ukrainischen Freien Universität ausgezeichnet. In seiner Laudatio würdigte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Volkmar Halbleib, Knauer als „mit hoher Wahrscheinlichkeit einen der konsequentesten, längsten und aktivsten Unterstützer der UFU“. Knauer sei „ein unermüdlicher und hartnäckiger Mahner, wenn es um die richti-

gen Lehren aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts geht, ein Mahner gegen Totalitarismus, gegen Vertreibungen und ethnische Säuberungen, für die Wahrung und den Respekt vor kultureller Identität“. Den SPD-Politiker hatte Universitätsrektorin Professor Maria O. Pryshlak als Laudator gewonnen, weil er mit dem BdV-Landesvorsitzenden ein langjähriges und vertrauensvolles Verhältnis pflegt. Als Vertriebenenpolitischer Sprecher seiner Partei habe er den Geehrten als „Brückenbauer und Botschafter für die Aussöhnung mit den Regionen und der Bevölkerung in der alten Heimat“ erlebt. Aus der schmerzhaften Geschichte von deutscher Okkupation, Flucht und Vertreibung und dem Verlust der Heimat sei bei ihm eine besondere Verbindung und Zuneigung entstanden, die einen politisch unverzichtbaren und wichtigen Beitrag für die Aussöhnung mit unseren Nachbarn Mittel- und Osteuropas leiste. Deswegen wurde die Ehrendoktorwürde zu Recht verliehen. Die Ukrainische Freie Universität zählt zur Familie der Münchener

Universitäten. Im Gegensatz zur staatlichen Ludwig-Maximilians-Universität und der Technischen Universität ist sie eine private staatlich genehmigte Universität mit Promotions- und Habilitationsrecht. Als frühere weltweit einzige Exiluniversität fördert sie den binationalen Dialog der wissenschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine mit dem Ziel, Fremdes und Trennendes zu überwinden, Menschen zusammenzuführen und Vorurteile abzubauen. Sie will als geistiges und kulturelles Band zwischen der Ukraine und dem Freistaat Bayern sowie Deutschland in einem geeinten Europa dienen und bietet ukrainischen Flüchtlingen in ihrer Muttersprache Master- und Promotionsstudiengänge in BWL, Politikwissenschaften, Rechtswissenschaften, internationalen Beziehungen, Psychologie, Pädagogik, Philosophie, Geschichtswissenschaften, Kunstwissenschaften, komparativen Kulturwissenschaften, komparativen Literaturwissenschaften und Ukrainistik an.

BdV-Bayern



Gruppenbild nach Auszeichnung, von links: Dr. Lada Kyj, Ukrainian Free University Foundation New York, Stadtrat Fritz Roth (FDP/BP), Josef Zellmeier (CSU), MdL, Christian Knauer, Rektorin Prof. Dr. Maria O. Pryshlak, Prof. Dr. Larysa Didkovska, Laudator Volkmar Halbleib (SPD), MdL..

Foto: BdV Bayern



Hessen

Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

300 Jahre Kant
Wiesbaden – Das Monatstreffen trug die Überschrift „Bestimme dich aus dir selbst“ und war dem 300. Geburtstag des Königsberger Philosophen Immanuel Kant gewidmet. Er zählt zu den bedeutendsten Philosophen und Weltweisen und gilt als Begründer der neueren Philosophie. Kant selbst bezeichnet sich als Historiker der menschlichen Vernunft. In seinem Vortrag, unterlegt mit Bildern, sprach Vorsitzender Dieter Schetat über den Menschen Kant und die revolutionären Gedanken des am 22. April 1724 im ostpreußischen Königsberg geborenen Philosophen. Mehrmals war er Dekan seiner Fakultät und zweimal Rektor der Königsberger Universität Albertina.

Vernunft, Verstand und Sinneserfahrung sind die Kernbegriffe und Grundfragen Kants Theorie, für die er Normen setzt. Was ist der Mensch? Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?, waren seine Leitfragen. Und in seinen drei „Kritiken“ formuliert er dazu Antworten. Das erste Kant'sche Werk „Kritik der reinen Vernunft“ ist eine „kopernikanische“ Wende in der Metaphysik und gilt als Revolution der philosophischen Denkart: „Nicht die Vernunft dreht sich um die Dinge, sondern die Dinge drehen sich um die Vernunft“.

Geprägt durch die Epoche der Aufklärung fordert Kant zum Selbstdenken auf und bringt dies auf die kurze Formel, die noch heute gilt: Sapere aude. Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen. Kants Grundidee besagt, dass ein Ding, ein Etwas, erst von einem es anschauenden Menschen seine Deutung erhält. Denn der

Fürchte dich nicht, ich habe dich erlöst,
ich habe dich bei deinem Namen gerufen,
du bist mein.
Jes. 43,1

Ilse Masuch
geb. Bechmann
* 20. März 1938 Rheinswein † 12. Juni 2024 Düsseldorf
ausgezeichnet mit dem Anna-Wasa-Preis
der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Polen

Traurig, aber voller Liebe, Dankbarkeit
und schöner Erinnerungen nehmen wir Abschied.

Dein Siegfried
Margrid Keuth geb. Bechmann
Lothar und Hannelore Masuch
und Verwandte

Die Trauerfeier und Urnenbeisetzung haben am 9. Juli 2024
auf dem Friedhof Urdenbach in Düsseldorf stattgefunden.

Traueranschrift: Familie Masuch c/o Schwietzke Bestattungen
Liebigstraße 3, 40479 Düsseldorf

Mensch könne mit seiner Vernunft nur die Erscheinung der Dinge erfassen, nicht aber „das Ding an sich“. Gott, Unsterblichkeit oder Seele seien Ideen, die sich nicht beweisen ließen. Sie übersteigen das Vermögen der menschlichen Vernunft und können nur als Postulate gedacht werden.

Sein wohl berühmtester Satz - der sogenannte „Kategorische Imperativ“ ist ein moralischer Befehl, nach dem alle Menschen leben sollten: Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könnte. Kant gesteht, dass dies in der Wirklichkeit nicht vollkommen möglich ist; man sollte sich aber darum bemühen.

Aktuelle Feindseligkeiten und Flüchtlingselend bewegten den Referenten, auch auf die Schrift „Zum ewigen Frieden“ (1795) einzugehen, in der sich Kant dafür ausspricht, einen Völkerbund mit

internationaler Rechtsordnung einzurichten, der Kriege verhindern helfen sollte. Manche bezeichnen ihn als Vordenker der UN-Idee, denn die „Charta der Vereinten Nationen“ umfasst wesentliche Prinzipien, der Kant'schen Vorstellungen und Forderungen. „Die Idee des ewigen Friedens ist keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die nach und nach aufgelöst, ihrem Ziel beständig näher kommt“, schreibt Kant.

Immanuel Kant starb am 12. Februar 1804 im Alter von 79 Jahren in Königsberg. An der Nordseite des Königsberger Doms erinnert ein Grabmal an den großen Philosophen.

low.ds

Spielvereinigung
Frankfurt – Sonnabend, 13. Juli, 18 Uhr, Cronberger Gartenlokal,

Fortsetzung auf Seite 16



Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 216 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die ☐ Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder ☐ Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name:

Vorname:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:

Bank:

Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 2: Renaissanceglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Professor Siegmund Fröhlich zum Thema „Reise durch das Land der Preußen“.

Sonntag, 25. August, 10 Uhr, Hotel Mercure: Öffnung der Veranstaltungsräume; die Kreisgemeinschaft Treuburg ist zu Gast; 11 Uhr: Feierstunde in den Räumen „Berlin“, „Siegen“ und „Köln“, bitte die Tischaufteilung beachten, 14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure; 17 Uhr: Ausklang.

Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Büchertisch erhältlich.



Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

Hauptidestreffen und Wahl

Herne – Sonntag, 15. September, ab 9 Uhr geöffnet, Beginn um 11.30 Uhr, Kulturzentrum: Hauptidestreffen.

In diesem Jahr finden satzungsgemäß die Wahlen zum Kreistag statt. Wer Interesse hat, sich als Vertreter oder Vertreterin eines Landbezirks, einer Stadt oder als sachkundiges Mitglied zur Wahl zu stellen, melde sich bitte beim 1. Vorsitzenden Marc Plessa per E-Mail: m.plessa@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Die Wahlzettel werden über den Heimatboten verteilt. Es besteht auch die Möglichkeit, auf dem Hauptidestreffen zu wählen. Dieses findet wie gewohnt am dritten Sonntag im September statt.

PAZ-Abo
vertrieb@paz.de



Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden/Aller – Freitag, 20. September, bis Sonntag, 22. September, Kreishaus, Lindhooper Straße 67: Gesamt-Vorstandssitzung am 20. September, die Tagesordnung wird den Mitgliedern des Vorstandes fristgerecht zugestellt; Kreistreffen vom 21. bis 22. September.

Von 9.30 bis 11 Uhr ist unser Heimatmuseum am Freitag, 20. September für die Delegation aus der Republik Polen und Besucher des Kreistreffens geöffnet im Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden (Aller). Für einen Besuch in unserem Archiv bitten wir um Anmeldungen bei Frau Bilke-Krause per E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Auf Ihre Anmeldung hin wird unsere Beauftragte für das Archiv der Kreisgemeinschaft am Freitag im Heimatmuseum/Archiv anwesend sein und Ihre Fragen beantworten, beziehungsweise im Archiv in den vorhandenen Unterlagen nachsehen. Wir machen darauf aufmerksam, dass das nur nach vorheriger elektronischer Anmeldung und Nennung des Wunsches möglich ist. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.

Das Kreistreffen unserer Kreisgemeinschaft findet am Sonntag, 21. und Sonntag, 22. September in unserer Partnerstadt im Landhotel „Zur Linde“ Thedinghauser Straße 16 mit folgendem Programm statt:

Sonabend, 21. September, 9.30 Uhr: Abfahrt Shuttlebus am Landhotel „Zur Linde“, 10 Uhr: Kranzniederlegung im Bürgerpark und Ansprache von Pfarrer Hermann, 11 Uhr: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden im Landhotel „Zur Linde“, Thedinghauser Straße 16, mit Ansprachen der offiziellen Vertreter, der Partner aus Verden und der Kreisvertreterin. Im Anschluss, Umtrunk mit original Ostpreußischem Pillkaller und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern, 14 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit Vorstandswahlen in dem reservierten Raum im Landhotel „Zur Linde“ mit folgender Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende,
2. Totengedenken,
3. Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung,
4. Feststellung der Beschlussfähigkeit,
5. Genehmigung der Tagesordnung,
6. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 23. September 2023, veröffentlicht im Kreisblatt Nummer 116, 7. Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries,
8. Jahresbericht der stellv. Kreisvertreterin und Beauftragten des Archivs, Christine Bilke-Krause,
9. Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes für 2025,
10. Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023,
11. Wahl eines neuen Kassenprüfers für das Geschäftsjahr 2024,
12. Deutsche Gesellschaft Natangen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen,
13. Verschiedenes. Zusätzliche Tagesordnungspunkte bitte bis zum 1. August einreichen.

15.30 Uhr: Gemeinsames Kaffeetrinken mit typisch ostpreußischem Blechkuchen und genügend Zeit, um sich zu unterhalten, alte Erinnerungen auszutauschen und aufzufrischen, gegen 16.30 Uhr: Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft, beantwortet Ihre Fragen zur Familienforschung und gibt Ihnen Tipps,

18 Uhr: „Tischgespräche“ des privaten Immanuel Kant aus Königsberg, dem berühmtesten Sohn unserer Heimat, 18.30 Uhr: gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden (Gerichte à la carte), 19.30 Uhr: Heimatabend. Wir singen gemeinsam unser Ostpreußenlied, anschließend sehen wir einen Film über Ostpreußen, danach gemütliches Beisammensein.

Sonntag, 22. September, 9.30 bis 12 Uhr: Unser Heimatmuseum ist für die Besucher des Kreistreffens geöffnet, Landkreis Verden, Eingang Ost, Lindhooper Straße 67, ab 10 Uhr: gemeinsames zweites Frühstück, in Ostpreußen hieß es „Klein Mittag“, mit der Möglichkeit zum Austausch von Erinnerungen und Erlebnissen (Ostpreußen sind sehr gesprächig). Außerdem werden Fragen zu den Bildtafeln und Aushängen beantwortet. Vielleicht haben wir auch Antworten zu Fragen, die Ihre Eltern und Großeltern nicht mehr beantworten konnten.

Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau befindet sich im Verdener Kreishaus, Eingang Ost, und ist am Freitag und am Sonntag von 9.30 bis 12 Uhr geöffnet. Der Weg im Kreishaus ist ausgeschildert. Der Bücherstand während des Kreistreffens bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonntag ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr. Außerdem werden Spezialitäten aus Ostpreußen wie Schwermer-Marzipan und Spirituosen angeboten.

Evelyn v. Borries



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorf, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. **Geschäftsstelle:** Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

Hauptidestreffen

Wesel – Wochenende, 10. und 11. August, Bürger-Schützen-Haus:

68. Rastenburger Hauptidestreffen mit folgendem Programm:

Sonabend, 10. August, 9.30 Uhr, Hotel Kaiserhof: Abfahrt mit dem Bus zum Friedhof. 10 Uhr, Friedhof in Wesel an der „Trauern-Vesalia“, Caspar-Baur-Straße: Kranzniederlegung. 10.30 Uhr, Ehrenmal, Schillerkaserne: Kranzniederlegung. 15 Uhr, Hotel Kaiserhof: geselliges Beisammensein.

Sonntag, 11. August, 9.30 Uhr, Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 821: Evangelischer Gottesdienst. 10 Uhr, Kirche Herz-Jesu, In der Feldmark: Katholischer Gottesdienst. 11 Uhr, Bürger-Schützenhaus zu Wesel: Hauptidestreffen mit Mittagsangebot. Das Hauptidestreffen hat folgende Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls des Vorjahres, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen- und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2015, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburger Treffen 2024/25, 10. Verschiedenes – Anträge oder Vorschläge sind bis zum 6. August einzureichen. 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.



Sensburg

Kreisvertreter: Klaus Schütz, Friedensstraße 14, 42799 Leichlingen, Telefon (02175) 71886. **Alle Post an:** Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaft-sensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 14. Juli, 11 Uhr, m/k-Hotel, Bismarckstraße 39: Sensburger Kreistreffen. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Die Feierstunden werden musikalisch be-

gleitet und als Festredner wird Professor Dr. Günther Sokoll dabei sein.



Wehlau

Kreisvertreter (kommiss.): Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586. **Schriftleiter:** Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. **Internet:** www.kreis-wehlau.de

Kreistreffen

Bassum – Wochenende, 7. und 8. September, Amtsfreiheit 1, Vorwerk der Freudenburg: Kreistreffen. Derweil findet auch das Kirchspieltreffen Allenburg mit der Mitgliederversammlung des Vereins „Allenburg Kirche“ e.V. statt.

Sonabend, 7. September, 13 Uhr: Mitgliederversammlung. Wer am Abendessen für einen Unkostenbeitrag von 10,- Euro teilnehmen möchte, melde sich bitte bis Dienstag, 20. August bei Gerd Gohlke an. 16 Uhr: Gedenken am Tapiauer Stein. 18 Uhr: Abendesse. 19.30 Uhr: Fortsetzung des Hauptidestreffens.

Sonntag, 8. September, 9 Uhr: Busfahrt nach Syke zum Gedenken am Wehlauer Stein. 10 Uhr, Hoya: Gedenken am Allensteiner Stein und Besuch des Heimatmuseums Grafschaft Hoya mit der Sonderausstellung „Von Ihr zum Wir“, Fahrt zum Mittelpunkt des Patenkreises Diepholz. 12.30 Uhr: Rückfahrt nach Bassum. 13 Uhr, Bassum, Freudenburg: Erbsensuppenessen, eine Anmeldung ist bei Gerd Gohlke erforderlich. 15 Uhr, Syke: Führung im Wehlauer Heimatmuseum. 16 Uhr: Gelegenheit zum Kaffee im Museumsgarten. 17 Uhr: Ausklang.

PAZ wirkt!

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellung

Noch bis 13. Oktober: „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“. Pünktlich zur 300. Wiederkehr seines Geburtstags widmet das Ostpreußische Landesmuseum dem Philosophen Immanuel Kant eine Sonderausstellung. Kant ist der größte deutsche Aufklärer und eine zentrale Figur der europäischen Moderne. Diese berühmte Persönlichkeit wird in einer einprägsamen Inszenierung vorgestellt. Zu sehen sind einzigartige, zum Teil noch nie öffentlich gezeigte Originalobjekte: Haare von Kant, sein Spazierstock, zahlreiche Ölgemälde, das „Kant-Glas“ mit persönlichen Gravuren und vieles mehr, Kurioses wie Erhellendes. Im Mittelpunkt der Ausstellung steht die Person Kants, nicht seine Philosophie. Wie wurde aus dem Handwerkersohn ein Gelehrter? Warum spielte Kant Billard? Wer

waren seine Freunde? Fast sein gesamtes Leben verbrachte Immanuel Kant in seiner Heimatstadt Königsberg. Virtual Reality-Stationen lassen das historische Königsberg aus der Zeit Kants in 3D wieder auferstehen und bieten spielerische Zugänge zu seinen Ideen. Geboten wird auch eine Vorschau auf die entstehende Kant-Dauerausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum: Wie bringt man Kants Philosophie ins Museum? Welche seiner Ansätze sind heute besonders relevant? Welche sind kritikwürdig? Die Dauerausstellung wird 2025 fertig sein und dann vor allem Kants Ideenwelt thematisieren.

Das Ostpreußische Landesmuseum zu Gast in:

Künstlerruseum Heikendorf-Kieler Förde: Künstlerkolonie Nidden. Malen in freier Natur, noch bis 1. September. Aus der

Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums werden unter anderem Werke von Ernst Bischoff Culm, Eduard Bischoff, Carl Knauf, Karl Eulenstein, Alexander Kolde, Gertrud Lerbs-Berneckner und Ernst Mollenhauer gezeigt. Motive der Küste, der Landschaft und der Kurenfischer stehen im Mittelpunkt der Gemälde und Graphiken. Die große Bandbreite des herausragenden künstlerischen Schaffens in Ostpreußen im vergangenen Jahrhundert wird damit dem Kieler Publikum präsentiert.

Mikkel Museum (KUMU) in Tallin – Estland: Die Kugelgens. Die Geschichte einer Deutschbaltischen Familie, noch bis 29. September. Die Ausstellung in Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung stellt die berühmtesten Mitglieder der Familie Kugelgen anhand ihrer

Kunstwerke und der mit ihnen verbundenen Alltagsgegenstände vor und präsentiert so verschiedene Aspekte der deutschbaltischen Kultur vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis in die 1980er Jahre.

Veranstaltungen

Dienstag, 16. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro: **Was macht ein Philosoph? Philosophischer Ferientag für Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Dr. Jörg Bernardy.** Die Kinder beschäftigen sich mit den Tätigkeiten eines Philosophen, vor allem dem Stellen der richtigen Fragen. Nach einem ersten Einstieg wird den Gedanken und Fragestellungen Kants in der Ausstellung 11Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ nachgegangen, anschließend werden Bilder und Fragen kreativ und schriftlich umgesetzt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Tele-

fon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 16. Juli, 14.30 Uhr, Eintritt: 7.- Euro, inklusive Eintritt, Kaffee, Tee und Gebäck: **Der Maler und Grafiker Lovis Corinth im Ostpreußischen Landesmuseum Führung und Vortrag mit Dr. Gisela Aye in der Reihe „Museum Erleben“.** Lovis Corinth zählt zu den bedeutendsten Künstlern Ostpreußens. In dieser Führung mit Vortrag werden bedeutende Gemälde und verschiedene Entwicklungsstufen des Malers und Grafikers einem genaueren Blick unterzogen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.

Dienstag, 23. Juli, 11 bis 14 Uhr, 8,- Euro Eintritt: **Was ist Freiheit? Philosophischer Ferientag für**

Kinder von 8 bis 12 Jahren mit Berit Krondorf. Die Kinder beschäftigen sich mit dem Begriff der Freiheit. Was versteht die Gruppe unter Freiheit und was ist Freiheit für Kant? Nach einem ersten Einstieg wird der Freiheit in der Ausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ nachgegangen und anschließend kreativ der Freiheit der Kunst nachgespürt. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de erforderlich.

Donnerstag, 25. Juli, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **„Kindheit bei Kant – Jung sein im 18. Jahrhundert“.** **Kinderclub mit Oskar Freitag.** Bei einem Besuch der Sonderausstellung „Kant 300. Ein Leben in Königsberg“ erfahren die Kinder, was Kindheit früher, zu Kants Zeiten, bedeutet hat Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de.



OL.

ER VERFASSTE DIE ERSTE ENZYKLOPÄDIE

Ein gebildet frommer Hochstapler

Als promovierter Theologe gierte Paul Skalich trickreich nach weltlichem Besitz, was Preußens Adel schwer erzürnte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Als Pavao Jelencych am 6. Januar 1534 in Agram (= deutscher Name der kroatischen Hauptstadt Zagreb) das Licht der Welt erblickte, ahnte niemand, dass der Sohn eines armen Schulmeisters später zu einem der größten Hochstapler des 16. Jahrhunderts avancieren und auch in Ostpreußen sein Unwesen treiben würde. Dabei hätte Jelencych durchaus auf seriöse Weise Karriere machen können. Immerhin gelang es dem hochbegabten Kroaten mit Unterstützung des Bischofs von Laibach (Ljubljana), in Wien und Bologna zu studieren und im Fach Theologie zu promovieren. Er wurde 1554 auf Empfehlung von Papst Julius III. zum Hofkaplan des späteren Kaisers Ferdinand I. ernannt. Wobei Letzteres wohl daher resultierte, dass Paul Skalić alias Skalich, wie er sich nun unter Rückgriff auf den Geburtsnamen seiner Mutter nannte, 1553 ein umfangreiches wissenschaftliches Werk publiziert hatte, welches ihn als Universalgelehrten auswies.

Beim Kaiser in Ungnade gefallen, vom Sohn weiter empfohlen

Allerdings fiel Skalich wegen etlicher Betrügereien beim Kaiser in Ungnade und musste Wien deshalb im Jahr 1557 verlassen. Daraufhin reiste er mit den besten Empfehlungen von Ferdinands Sohn Maximilian nach Tübingen. Dort erklärte sich der bisherige Katholik für evangelisch und zu einem Nachkommen der hochadeligen Familie Scaliger aus Verona. Wenig später trat er als „Fürst de la Scala“, „Heergraf zu Hunn und Lycka“ sowie „Markgraf zu Verona“ auf und behauptete, erbliche Anrechte auf große Herrschaften in Italien, Ungarn, Kroatien und Österreich zu haben. Dies tat Skalich so überzeugend, dass er den Freiherrn und kaiserlichen Rat Hans Ungnad zu Sonneck dazu verleitete, einen Vertrag mit ihm



Der Kroat Paul Skalich machte eine akademische Karriere: Er publizierte 1559 in Basel die erste „Encyclopaediae“ überhaupt, danach verdingte er sich als Gold-Alchimist, krimkineller Betrüger, Fälscher und wurde 1566 sogar geächtet Foto: Wikipedia / n.n.

abzuschließen, demzufolge Ungnad Skalich dabei unterstützen sollte, seine Besitzungen zurückzuerlangen, wofür der alte Freiherr im Erfolgsfall die Hälfte der fraglichen Ländereien als „Provision“ erhalten hätte. Als Zeugen bei der Unterzeichnung des Papiers fungierten immerhin der Pfalzgraf Wolfgang vom Rhein, Herzog Christoph von Württemberg, die Grafen Ernst und Poppo von Henneberg sowie die Grafen Ulrich und Sebastian von Helfenstein.

Ein wissenschaftlicher Sammelband als weltweite Premiere

Mit warmen Empfehlungsschreiben einiger dieser Männer ausgerüstet, begab sich

Skalich dann Ende 1561 nach Königsberg, wo er bei Herzog Albrecht von Preußen eine freundliche Aufnahme und auch reichlich Gehör fand. Mitverantwortlich hierfür war, dass der Hochstapler inzwischen ein weiteres großes wissenschaftliches Buch herausgebracht hatte, das den Titel „Encyclopaediae, seu orbis disciplinarum tam sacrarum quam profanarum epistemon“ trug und somit tatsächlich eine der ersten Enzyklopädien überhaupt darstellte.

In Königsberg versprach Skalich einerseits, auf alchemistische Weise Gold herzustellen, andererseits erschlich er sich mit allerlei gefälschten Dokumenten das Vertrauen des alten und kranken Herzogs,

bis dieser ihm schließlich einen Forst bei Benkheim unweit von Angerburg sowie die kleine Stadt Kreuzburg übertrug. Außerdem ersuchte Herzog Albrecht seinen obersten Lehnsherren, den polnischen König Sigismund II. August, die Ansprüche des „Fürsten“ und „Markgrafen“ Skalich zu unterstützen.

Parallel hierzu trat 1565 aber auch der preußische Adel, welcher dem alten Herzog eher kritisch gegenüberstand, weil er Ausländer wie Skalich bevorzugte, an Sigismund heran und brachte allerlei Beschwerden gegen den gebürtigen Kroaten vor. So wurde ihm vorgeworfen, seine Stellung am Hofe in Königsberg unter anderem dazu missbraucht zu haben, einen

Umsturz zu Lasten von Albrecht zu planen, um dessen Schwiegersohn Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg zum neuen Herrscher in Preußen zu machen. Diese schwerwiegenden Vorwürfe, die vor allem vom Truchseß von Wetzhausen auf Groß Klitten stammten, veranlassten den polnischen König, umgehend eine Untersuchungskommission nach Königsberg zu entsenden.

Vor deren Eintreffen floh Skalich über Danzig und Paris nach Münster, wo er sich wieder dem katholischen Glauben zuwandte. Derweil wurden drei seiner angeblichen Helfershelfer in Königsberg, Albrechts Beichtvater Johann Funck und die beiden herzoglichen Räte Matthias Horst und Johann Schnell, von der polnischen Kommission wegen Hochverrates zum Tode verurteilt und am 28. Oktober 1566 auf dem Markt des Kneiphofs enthauptet.

Freies Geleit nach Preußen und Verhandlungen über Phantasien

Über Skalich verhängte die Kommission die Strafe der Ächtung. Das hinderte den Bischof von Kujawien Stanisław Karnkowski jedoch nicht daran, 1574 beim neuen König von Polen, Henryk Walezy aus dem französischen Herrscherhaus Valois, zu intervenieren und diesen zur Aufhebung der Ächtungserklärung zu veranlassen. Außerdem sicherte der Monarch Skalich freies Geleit nach Preußen zu. Daraufhin zog der Hochstapler wieder nach Danzig, von wo aus er in schriftliche Verhandlungen mit Albrechts jugendlichem Nachfolger Albrecht Friedrich von Preußen und dessen Räten eintrat. Deren Ziel bestand erneut darin, seine herbeiphantasierten Herrschaftsansprüche in etlichen Teilen Europas anerkannt zu bekommen. Während Skalich deswegen unentwegt mit Königsberg korrespondierte, ereilte ihn im Mai oder Juni 1575 im Alter von nur 41 Jahren ein würdeloser Tod in Armut und Elend.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Berufung ins Team nur bei Mitgliedschaft

Deutsche Oberschlesienauswahl reiste zur Minderheiten-EM nach Schleswig

Während die Fußball-Europameisterschaft in der Bundesrepublik an diesem Sonntag zu Ende geht, fand zeitgleich die Fußball-EM der nationalen und ethnischen Minderheiten statt. Auch hier war die Bundesrepublik Austragungsort – zusammen mit Dänemark. Im Grenzgebiet beider Staaten waren die Dänen in Südschleswig, die Deutschen im dänischen Nordschleswig, die Nordfriesen sowie die Sinti und Roma in Schleswig-Holstein gemeinsame Ausrichter. Die Deutschen aus Polen waren schon bei der Erstaustragung 2008 in Graubünden. Mittlerweile gibt es auch einen Frauenwettbewerb. Durch die Dominanz der Deutschen Polens in Oberschlesien waren die Trikotsfarben Blau und Gelb, also die Farben der Region, und der Teamname lautete „FC DFK Oberschlesien“. DFK steht für die Ortsgruppen, die jeweils als „Deutscher Freundschaftskreis“ (DFK) firmieren.

Lag die Federführung einst in der Woiwodschaft Oppeln [Opole], wo der frühere Vereinsname „Oppelner Sportfreunde“ ideell reaktiviert worden war, war dieses Mal Martin Lippa aus der östlichen der beiden ober-schlesischen Woiwodschaft

ten „Schlesien“ Spiritus rector. Das hatte zugleich Auswirkungen auf den Spielerpool bei den Männern und bei den Frauen, die die Deutschen erstmals zum Turnier meldeten.

Nur eine Frau blieb vom Training in Oppeln für die Heim-EM übrig

Das erste Training der Frauen hatte in der Frauenfußballhochburg Oberglogau [Głogów] in der Woiwodschaft Oppeln im März stattgefunden. Das 5000-Einwohner-Städtchen hatte jahrelang ein polnisches Erstligateam gestellt, Rolnik Oberglogau spielt immerhin in der 2. Liga. Doch nur eine Spielerin vom März reiste mit nach Nord- und Südschleswig, während den Stamm der Mannschaft Frauen aus Hindenburg [Zabrze] und Kattowitz [Katowice] bildeten. „Ich möchte erwähnen, dass sich alle unsere Spielerinnen und Spieler der deutschen Minderheit angeschlossen haben, entweder als Mitglieder oder Fördermitglieder. Dies war meine Bedingung für die Teilnahme an der Europeada, da es sich um eine Meisterschaft für nationale und ethnische Minderheiten handelt“, erklärte Martin Lippa im „Wochenblatt“, der Zeitung der Deutschen in Polen.



Erstmals im Europea-Duell: Deutsche Oberschlesier (blau-gelb) und Sorben 2012 in Nebelschütz Foto: Till Scholtz-Knobloch

Während für das Team ohne manche spielstarke Akteurin aus dem westlichen Oberschlesien noch ein 2:2 gegen die Nordschleswiger in Sonderburg (Sønderborg) herausprang, gelang der Sprung in das Halbfinale nicht. Das 10:0 der Südtirolerinnen über die Deutschen Oberschlesierinnen zeigte, dass sie das Top-Team waren. Im Finale holten sich die Südtirolerinnen mit 11:1 gegen die Nordschleswigerinnen den Titel.

Bei den Männern konnten sich die Oberschlesier für ihre Niederlage gegen die Sorben beim ersten Aufeinandertreffen bei der Europea 2012 in der Oberlausitz revanchieren. Diesmal behielten die Deutschen aus Oberschlesien mit 3:1 Oberwasser. Weitere Vorrundensiege ge-

gen die Tschechen und Slowaken aus Rumänien sowie die Roma ebenfalls aus Rumänien führten die Mannschaft ins Viertelfinale. In Schleswig bedeutete ein 0:2 gegen die rätoromanischen Friauler jedoch das Aus. Bei Männern wie Frauen spielte letztlich jedoch mehr als der sportliche der gesellige Charakter die erste Geige, zumal die Zugehörigkeit zu Minderheiten auch schwer messbar ist. So war etwa die 0:24-Niederlage der moslemischen Pomaken aus Bulgarien gegen die Serben aus Kroatien oder die 0:28-Klatsche des gleichen Teams gegen die Slowaken aus Ungarn kein Grund zur Verzweiflung. Dabeisein und der kulturelle Austausch, sowie das gemeinsame Feiern zählte. Das Finale der Männer konnten die Friauler übrigens 2:0 gegen die Okzitanier aus Frankreich im Stadion des Regionalligisten SC Weiche Flensburg gewinnen. Die Okzitanier gehören zwar zu den eher unbekannten Minderheiten. Bei ihrer Sprache handelt es sich um den fast ausgestorbenen romanischen Idiom Südfrankreichs. Die Standardsprache der Hauptstadt Paris hat über die Jahrhunderte eben nicht nur Sprachen wie Bretonisch, Korsisch oder Alemannisch an den Rand gedrängt. Till Scholtz-Knobloch

SPORT

Zwischen Jubel und Enttäuschung

Nach dem Zweiten Weltkrieg rollt der Ball weiter – Pommersche Fußballvereine und ihre Spielerlegenden

VON TORSTEN SEEGERT

Auch nach 2. Weltkrieg, Flucht und Vertreibung rollt das „runde Leder“ weiter. Beispielsweise für die Zeit nach 1945 stehen dabei vielleicht die Lebensläufe von zwei Sportlern: Wolfgang Weber, geboren 1944 in Schlawe, und Jürgen Piepenburg, geboren 1941 in Schöningburg bei Pyritz.

Legendäre Tore

Weber begann seine Laufbahn als Fußballer mit 10 Jahren im Westen, genauer bei der Spielvereinigung Porz 1910 e.V., dann ging er zum 1. FC Köln. Dort spielte der 1,77 Meter große Weber als Abwehr- und Mittelfeldspieler in der Bundesliga und gewann 1964 und 1978 die Deutsche Meisterschaft sowie 1968, 1977 und 1978 den DFB-Pokal. Legendar und unvergessen ist aber bis heute Webers Einsatz für die deutsche Nationalmannschaft beim WM-Endspiel 1966 gegen England. Sein Tor zum 2:2 brachte die Nationalmannschaft erst in die Verlängerung und er war es auch, der nach dem „Wembley Tor“ von Geoff Hurst den Ball in der 101. Minute über die Querlatte bugsierte. Die Härte gegen sich selbst, die ihn auch zu einer Fußball-Legende werden ließ, stellte er bereits zuvor bei seinem Auftritt mit dem FC Köln im Europapokalviertelfinale gegen den FC Liverpool unter Beweis. Weber spielte 1965 über 80 Minuten mit gebrochenem Wadenbein – eine unglaubliche Leistung in einer Zeit, in der man noch nicht auswechseln durfte.

Und legendäre Spieler

Auch Piepenburg begann seine Fußballer-Laufbahn mit 10 Jahren, aber im Osten – genauer: beim pommerschen BSG Traktor Franzburg. Der ebenfalls 1,77 Meter große Piepenburg sollte schon bald als Stürmer des Armeesportklub ASK Vorwärts Berlin von sich reden machen. Der Linksaußen holte nicht nur den ersten von zwei DDR-Meistertiteln in der Saison 1965/1966, sondern war neben Paul Van Himst mit sechs Toren der erfolgreichste Torschütze des Europapokals der Landesmeister 1966/1967. In insgesamt 22 Euro-



Tage an denen es nur um Fußball geht: Fußball-Legende Toni Kroos nimmt sich mit seinen Fußballcamps Zeit für den Nachwuchs
Foto: Toni Kroos Academy (TKA)

papokalspielen konnte er 11 Tore erzielen – eine Rekordzahl im DDR-Fußball! Beide pommersche Fußballer eint übrigens auch, dass sie ihre Trainerlaufbahn in den 70 Jahren begannen.

Nach dem 2. Weltkrieg

Doch wie stand es nach dem 2. Weltkrieg um den Vereinssport in Vorpommern? Nach Auflösung aller bestehenden Vereine entstanden zunächst Sportgruppen und Sportgemeinschaften (SG), dann Betriebssportgemeinschaften (BSG). – So auch die 1945 gegründete SG Greifswald, die später zur BSG KKW Greifswald des VEB Kernkraftwerk „Bruno Leuschner“ wurde. Die Fußball-Mannschaft spielte in der zweiten Liga und trug ihre Heimspiele im Volkstadion aus. Um in die höchste Spielklasse aufzusteigen, begann damals eine Partnerschaft mit Hansa Rostock.

Nach der 1990 beschlossenen Stilllegung des Kernkraftwerkes gründeten Mitglieder der BSG KKW Greifswald in Anlehnung an die örtliche Sporttradition den Greifswalder SC. Auch sportliche Erfolge ließen sich bald feiern: So warfen die Pommern in den 90er Jahren mehrere Zweitligisten aus dem DFB-Pokal und brachten erfolgreiche Spieler wie Toni Kroos hervor.

Fußballstar Toni Kroos

Auch er längst eine Fußball-Legende! Der 1990 in Greifswald geborene Kroos kam vom besagten Greifswalder SC über Hansa Rostock bereits mit 16 Jahren zum FC Bayern München. Mit ihm wurde Kroos nicht nur deutscher Meister und DFB-Pokalsieger, sondern auch Champions-League-Sieger. Dann wechselte er 2014 zu Real Madrid – den „Königlichen“. Mit ihnen gewann er vier Mal die spanische

Meisterschaft und holte fünf weitere Champions-League-Siege. Im Jahr des Wechsels wurde er mit der DFB-Nationalmannschaft Weltmeister. Mit 34 gewonnenen Titeln gilt der Pommer als erfolgreichster deutscher Fußballer.

Bewundernswerte Initiative

Nicht unerwähnt soll an dieser Stelle auch sein gemeinnütziges Wirken bleiben. Wie Wolfgang Weber bringt sich auch Toni Kroos gesellschaftlich ein: Die 2015 gegründete Toni Kroos Stiftung zielt darauf ab, gesundheitlich stark beeinträchtigte Kinder und Jugendliche sowie ihre Familien zu unterstützen und mit der Toni Kroos Academy (TKA) versucht Kroos, Kinder und Jugendliche zu mehr sportlicher Bewegung zu animieren, in dem er sich Zeit für sie nimmt und sie für den Fußball begeistert. Seine Trainingscamps sind sicher der Traum vieler.

KULTUR

Chronist ostdeutscher Kulturlandschaften

Volker Koepp, Dokumentarfilmer mit besonderem Sinn für subtile Feinheiten in beeindruckenden Bildern

Am 22. Juni diesen Jahres ist Volker Koepp 80 Jahre geworden. Koepp, 1944 in Stettin geboren, kam mit seiner Familie zunächst nach Berlin, wo er die Schule besuchte. Nach Abitur und Lehre zum Maschinenschlosser in Dresden fand er seine Erfüllung jedoch durch ein Sonderstudium an der Deutschen Hochschule für Filmkunst in Babelsberg hinter der Kamera.

Kartograph des Erinnerns

Im Leben des DEFA-Dokumentarfilm-Regisseurs mangelt es weder an Brüchen noch an Widersprüchen. Geprägt durch seine Flucht aus Stettin, seine Freundschaft zu Thomas Brasch, den „Feind der DDR“, seine SED-Mitgliedschaft, seine Arbeit als Filmregisseur, Autor und Produzent wurde er schnell zum „Kartograph des Erinnerns“, wie es der „Berliner Tagesspiegel“ einmal treffend formulierte. Diese drücken sich bereits ab 1975 mit dem ersten Teil „Mädchen in Witt-



Regisseur Volker Koepp setzt auch im Film „Landstück“ (2016) Menschen und Landschaft – damals und heute – in eine Beziehung zueinander
Quelle: rbb / Vineta Film

stock“ in seiner letztlich siebenteiligen Dokumentarfilmreihe zur Stadt an der Dosse in der Prignitz aus. Seine Filme werden immer wieder im Fernsehen gesendet.

Ab den 90er Jahren wandte sich Volker Koepp dann dem Osten zu und wurde so zum wohl bedeutendsten Chronisten ostdeutscher Kulturlandschaften. Neben Streifen wie „Kurische Nehrung“ (2001)

oder „Pommerland“ (2005) ist auch sein eigener Lebensweg, wie in „Berlin – Stettin“ (2009) Teil dieser Reflexion – die Aussagen der Menschen, die ihm begegneten mit gewaltigen und beeindruckenden Bildern der Landschaften oder Rückblicken versetzt. Der letzte von über 60 Filmen – „Gehen und Bleiben“ (2023) – bewegt sich übrigens auf den Spuren des pommerschen Schriftstellers Uwe Johnsons. In einer Laudatio liest man: „Die Filme sind geprägt von einer sehr individuellen Ästhetik und einem sensiblen, tiefen Verständnis für den Gegenstand.“

In der ARD-Mediathek

Seit dem 19. Juni 2024 ist dem Filmschaffen Volker Koepps eine Werkschau von 12 Filmen in der ARD-Mediathek gewidmet, die um Heimat und Literatur, Geschichte und Gegenwart kreisen. – Sehenswert!
Herzlichen Glückwunsch zum 80. Geburtstag.
Oliver Hennke

MELDUNGEN

Ballons, Linie 0 und Friedensfahne

Stettin – Noch bis 25. August verkehrt sonntags eine touristische Straßenbahn auf der Linie „0“. Zum Einsatz kommen historische Straßenbahnwagen, die auch am Berliner Tor, am Paradeplatz, an den Städtischen Anlagen und am Königsplatz halten. Der Preis pro Fahrt beträgt 82 Cent. TS

Greifswald – Der Greifswalder FC ist weiter im Aufwind: Nachdem der Jugendclub von Weltmeister Toni Kroos in diesem Jahr den Landespokal holte, konnten die F-Junioren das Turnier des Lokalrivalen FSV Blau-Weiß Greifswald gewinnen. Platz 2 ging an den VFC Anklam. TS

Swinemünde – Der von deutscher Seite kritisierte, östlich des Swinemünder LNG-Terminals gelegene Containerterminal war bei den deutsch-polnischen Konsultationen am 2. Juli kein Thema. Der 1,3 Kilometer lange Kai soll ab 2028 das Anlaufen der größten Containerschiffe der Welt ermöglichen. TS

Krugsdorf – Landärzte in Vorpommern gesucht! Weil bis 2028 jeder 5. Landarzt in den Ruhestand geht, umwarb der Regionale Planungsverband bei einer „Landpartie Medizin“ 25 Medizinstudenten im ehemaligen Gutshaus. Dabei waren Landrat M. Sack und Prof. Dr. med. W. Motz. TS

Neustettin – Vom 4. bis 7. Juli fand das traditionelle Ballon-Festival statt. Dazu wurden in diesem Jahr 40 Heißluftballon-Crews aus Deutschland, Frankreich, Lettland, Litauen und Tschechien erwartet. Das größte Ereignis dieser Art ermöglichte sowohl Tages- als auch Nachtflüge. TS

Barth – Seit 1828 wird das älteste und größte Kinderfest des Landes in Barth gefeiert. Nach dem Wecken um 7 Uhr durch Spielleute nahmen in diesem Jahr fast 500 Kinder an den Wettkämpfen um die Königswürde teil. Seit 2015 ist es Immaterielles Kulturerbe der UNESCO. TS

Bütow – Die Firma Eko-Color, die zur 1908 in Gossau gegründeten KABE Swiss Group gehört, baut im Süden Bütows eine neue Fabrik für Pulverlacke mit einer Fläche von 10.000 Quadratmetern. Die Produkte sollen zukünftig für Fenster, Türen, Heizkörper und Möbel eingesetzt werden. TS

Born – Am 15. Juli wird auf der Freilichtbühne Born um 17 Uhr und um 19 Uhr das Stück „Die Heiden von Kummerow – Der letzte Vers“, auf plattdeutsch aufgeführt. Es ist die 12. Episode, die frei nach den weltbekannten Romanen von Ehm Welk erzählt wird. TS

Stralsund – Stralsund zeigt Flagge für den Frieden. Am 8. Juli fand der Flaggentag der „Mayors for Peace“ statt. Kriege, Terror und eine weltweite Bedrohung der Demokratien: Vor diesem Hintergrund fand am 8. Juli der Flaggentag statt. Auch die Hansestadt Stralsund als Teil des globalen Netzwerks und eine von knapp 900 Mitgliedsstädten setzt mit dem Hissen der weiß-grünen Flagge am Rathaus ein deutliches Zeichen gegen Kriege und für eine friedliche Welt ohne Atomwaffen. Die Organisation Mayors for Peace wurde 1982 durch den Bürgermeister von Hiroshima gegründet.
Hansestadt Stralsund

„Antwort auf das betreute Denken der Postmoderne“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

Ich kann nur jedem empfehlen, unsere ehemalige Heimat zu besuchen“

Engelhard Schaber, Dörverden
zum Thema: „Reiseziel“
Königsberg-Kaliningrad (Nr. 26)



Ausgabe Nr. 27

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

UNBEQUEME REALITÄTEN EINER NEUEN ZEIT

ZU: EUROPA VOR EINEM EWIGEN UNFRIEDEN? (NR. 26)

So ungern der Westen es zugibt – die Ukraine wird auf die vier an Russland verlorenen Regionen verzichten müssen, und wenn sie, die EU und die NATO weiterhin den Frieden verweigern, wird es nicht bei diesen vier Regionen bleiben, wie Russland ja inzwischen ankündigte. Was die Frage der unipolaren Weltordnung unter Herrschaft der USA (nicht der EU, auch nicht des Westens) betrifft, so ist diese Unipolarität für die USA bereits verloren. Denn mit China und Russland, aber auch mit Indien, vielleicht auch mit Brasilien sind inzwischen einige neue Pole aufgekomen. Es wäre höchste Zeit, dass USA und EU das endlich begreifen sowie aufhören, sich einzubilden, sie könnten die Welt weiterhin so beherrschen wie unmittelbar nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Der Satz, mit einem Ende die unipolaren Weltordnung wäre alles zerstört, was die westliche „freie“ Welt seit der Aufklärung geschaffen habe, ist totaler Unsinn. Irgendwann sollte der Westen doch begreifen, dass es auch außerhalb des Westens Freiheit und Aufklärung gibt, dass es auch außerhalb der EU Gärten gibt, nicht alles dort Dschungel ist. Es stimmt übrigens auch nicht, dass eine multipolare Weltordnung nur durch Konfrontation geschaffen werden kann – die USA müssten lediglich freiwillig auf ihre vermeintliche Monopolarität verzichten.

Christoph Klein, Rauenthal

WO DIE EUROPÄER VERSAGEN UND DER WESTEN SCHEITERT

ZU: EUROPA VOR EINEM EWIGEN UNFRIEDEN? (NR. 26)

Die Globalisierung ist gescheitert, stellt der Autor fest. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob auch der Westen an sich, insbesondere Europa als Staatenbund, gescheitert ist. In Bezug auf Afrika ist das zweifellos der Fall. Nicht nur in nachkolo-

nialer Verantwortung, sondern als Vorbild und Förderer der ehemals beherrschten Gebiete. Trotz jahrzehntelanger Beeinflussung der Infrastruktur und Lebensbedingungen, insbesondere in medizinischem Bereich, orientiert sich der Kontinent seit Jahren nach China. Ein fruchtbarer Austausch seitens der Europäer, nicht nur Ausbeutung der örtlichen Bodenschätze, hätte viele Probleme von heute verhindert. Fortschritt und wirtschaftlicher Wohlstand durch europäisches Know-how, Aufbau von Staat und Verwaltung sowie direkte Kontrolle des Verbleibs bewilligter Fördergelder wären ein Baustein. Der andere Punkt wäre die Kontrolle und Beeinflussung der Bevölkerungszahl, welche mit steigendem Wohlstand jedoch abnimmt, wie in der westlichen Welt. Die Massenflucht von heute hätte es dann in diesem Ausmaß nicht gegeben. Die Erweiterung nach Osten erbrachte nur einseitige Transferleistungen ohne wirkliche Teilung der westlichen Werte, auch wenn diese immer weniger erkennbar sind. Also Europa, besinne Dich auf Deine Werte innerhalb der Mitglieder. Diese dürfen auch Nationalstolz beinhalten und die Bevölkerung berücksichtigen. Sonst scheiterst Du Europa - global.

Peter Warnke, Greifswald

ES DARF NICHT ZUM ÄUSSERSTEN KOMMEN

ZU: EUROPA VOR EINEM EWIGEN UNFRIEDEN? (NR. 26)

Der Artikel von Herrn Rahr spricht mir aus der Seele. Russland gehört zu Europa. Die Ukraine könnte man als eine Art Pufferzone zwischen Ost und West etablieren. Sicher haben wir derzeit in Europa eine Gefahrenzone wie in 45 Jahren „Kalter Krieg“ nicht mehr, doch vielleicht sollte man gewisse Angebote zumindest für einen Waffenstillstand und Verhandlungen machen. Das wären zum Beispiel: die Krim den Russen überlassen, sie ist ohnehin seit Jahrhunderten russisch, und über die Zugehörigkeit der Ostukraine, in der überwiegend Russen leben,

könnte unter internationaler Kontrolle abgestimmt werden. Egal, ob „Putin-Versteher“ oder Aggressor-Anhänger, es darf nicht bis zum Äußeren provoziert werden – wie es die „Schlafwandler“ des Ersten Weltkrieges, die alle keinen Krieg wollten, getan haben. Leider fehlt es derzeit, bei zunehmender Kriegsgefahr, beidseitig an Kompromissbereitschaft. Doch weder die hochverschuldete Weltmacht Nr. 1 USA noch Putins Russland können schon aus Eigeninteresse keine atomare Eskalation brauchen und wollen. Zu den drängenden Fragen in diesem Zusammenhang gehört die Energieversorgung. Die EU bezieht nach wie vor Gas aus Russland, Deutschland ist politisch von den USA und handelsmäßig von der kommenden Weltmacht China abhängig. China sowie weitere asiatische Mächte werden die europäisch-russischen Differenzen nach eigenem Gusto zu nutzen wissen.

Günter Algner, Berlin

GEDANKEN, DIE HEUTE AKTUELLER DENN JE SIND

ZU: IST IMMANUEL KANT IMMER NOCH RELEVANT? (NR. 26)

In einer Zeit, wo Dekadenz, Verdruss und allgemeine Lethargie die gesellschaftliche Domäne prägen, und die Aufklärung zum Konformismus verklärt wird, bedarf es der Fähigkeit und des Mutes eines jeden „sich seines eigenen Verstandes zu bedienen“, wie Kant es in seinem Aufsatz „Was ist Aufklärung“ definiert hat. Für Kant waren Faulheit und Feigheit die Ursachen zur allgemeinen Unmündigkeit, woran sich bis heute nichts geändert hat. Obwohl heute die Möglichkeiten einer pluralistischen Meinungsbildung durch ein breiteres Medienspektrum und das Internetzeitalter weitaus größer sind als zu Kants Lebzeiten, beherrschen Monotonie und Dogmatismus den Diskurs – gleich welche Thematik. Man könnte meinen, der Mensch des digitalen Zeitalters wäre zu bequem für die Freiheit, wenn es sich nicht um Feigheit handelt. Die Tendenz der Feigheit ist omnipräsent zu beobach-

ten bei der Berichterstattung vieler Medien oder der aktuell beschworenen Brandmauer zur AfD, wo es manchem Politiker „unmöglich“ erscheint, in Sachfragen gemeinsam mit der AfD zu votieren, selbst wenn es vernünftig wäre. Kants scharfsinnige Analyse: „Es ist bequem, unmündig zu sein.“ ist sinnbildlich für den mentalen und ökonomischen Niedergang dieses Landes. Aber auch Kants Schriften zur Rechtslehre und der Friedenspolitik, in welchen er „stehende Heere als einer der Hauptursachen für spätere Kriege“ benannt hat, könnten manchem (gewollten) Konflikt befrieden, sofern eine Besinnung auf Kants Philosophie erfolgt. Der Philosoph aus Königsberg ist keineswegs aus der Zeit gefallen, denn vielmehr ist Kants Revolution des Denkens die Antwort auf das betreute Denken der Postmoderne.

Marcel Jacobs, Hamburg

DIE FRAGE ALLER FRAGEN NACH DER WAHL

ZU: ILLUSTRATION VON BURKHARD MOHR (NR. 25)

Wer bekommt welchen Posten und warum, wieso und weshalb? Das dürfte nach den EU-Wahlen die wohl allerwichtigste Frage aller Fragen, der in das EU-Parlament hinein gewählten Volksvertreter sein. Alles andere hat vorerst zweitrangig zu bleiben und muss warten. Wer direkt vor dem Futtertrog sitzen kann, der sitzt natürlich auf den besten Plätzen, der wird sich erstmals selbst stärken und wird dann die Brosamen an die restlichen Herrschaften ganz großzügig verteilen. Wer im Klubhaus der Brüsseler Bürokraten sitzen darf, der dürfte finanziell abgesorgt haben. Ist das nicht wahrlich ein wahrhaftiger Grund, um das ausgiebig zu feiern? Die Berliner Ampel wurde bei der EU-Wahl ordentlich abgestraft, aber das ficht die Politiker der Regierung nicht groß an. Durchhalten mit den üblich grünen und klimaneutralen Durchhalteparolen sind jetzt mehr als in.

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

Das Schwarzbuch der Ausplünderung Deutschlands –

faktenkompakt und aktuell wie kein anderes Buch zur Lage der Nation

Das »reiche Deutschland« ist ein Märchen!

■ Haben auch Sie sich schon einmal gewundert, warum Sie ständig arbeiten, aber trotzdem auf keinen grünen Zweig kommen? Politik und Mainstream-Medien behaupten immer wieder, Deutschland wäre ein »reiches Land«. Doch in Wirklichkeit gehört der deutsche Bürger in Europa zu den Ärmsten, obwohl wir die stärkste Wirtschaft haben und am härtesten arbeiten. Der Grund dafür:

Deutschland ist zu einem Plünderland verkommen, das seine Bürger gnadenlos ausbeutet!

In vielen Bereichen sind wir traurige Weltmeister. Deutschland ist Rekordhalter bei Steuern und Abgaben. Und so gut wie niemand zahlt mehr, wenn es um Strom, Immobilien, Krankenkassenbeiträge, Medikamente, Autopreise oder Rundfunkbeiträge geht. Wir leisten uns einen beispiellos aufgeblähten Sozialstaat

und einen gigantischen Apparat an Beamten und Funktionären. Dazu kommt eine teure und überbordende Bürokratie. Sinnlose Subventionen werden wie am Fließband beschlossen. Das größte Problem ist die steigende Staatsverschuldung, die durch zweifelhafte staatliche Projekte geradezu explodiert.

»Jedes Jahr exportieren wir unseren Wohlstand – das Land blutet regelrecht aus.«

Nicht zu vergessen: Deutschland ist weltweit die Nummer zwei in Sachen Entwicklungshilfe und Weltmeister bei der Finanzierung von Zuwanderung. Auch die Deindustrialisierung und die Vernichtung des Mittelstandes machen jeden Einzelnen von uns täglich ärmer. Ganz abgesehen von unserem maroden Rentensystem, das schon in wenigen Jahren gegen die Wand fahren wird.

Mit Zahlen, Daten und Fakten belegt Hannich den Niedergang Deutschlands!

»Wer sich heute nicht absichert, wird massive Verluste erleiden, bis hin zur völligen Enteignung!«

Mit wertvollen Tipps, wie Sie sich jetzt absichern sollten!

Plünderland
Günter Hannich
Wie der Staat die Deutschen arm macht – und bald sogar völlig ruinieren wird!
Mit wertvollen Tipps, wie Sie sich jetzt absichern sollten!
KOPP

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Günter Hannich: Plünderland: Wie der Staat die Deutschen arm macht – und bald sogar völlig ruinieren wird gebunden • 207 Seiten • Best.-Nr. 991 100 • 13,- €

Auf Augenhöhe mit einer rätselhaften Kanzlerin



Das öffentlich-rechtliche Fernsehen feiert Angela Merkel zu ihrem 70. Geburtstag am 17. Juli – Dass sie Deutschland an die Wand gefahren hat, wird sorgsam ausgeklammert

VON ANNE MARTIN

Was am 22. November 2005 geschah, war auch so etwas wie eine Zeitenwende, eine Sensation. Eine promovierte Physikerin, protestantisch, geschieden, erobert das Kanzleramt. 16 Jahre wird Angela Merkel als erste Politikerin aus den neuen Bundesländern an der Spitze regieren. Zum Zapfenstreich beim Abschied spielt die Kapelle „Du hast den Farbfilm vergessen“, einen der größten Hits der DDR.

Die heute als „Millennials“ bezeichnete Generation war bei ihrem Amtsantritt noch im Kleinkindalter. In den Restaurants wurde ungeniert gequalmt, für junge Männer galt die Wehrpflicht.

Am 17. Juli wird die Marathon-Kanzlerin 70 Jahre alt. Die ARD feiert das am 15. Juli ab 22.30 Uhr mit der fünfteiligen Doku „Angela Merkel – Schicksalsjahre einer Kanzlerin“ und wirbt dabei vor allem um jüngere Zuschauer. Hits von Adele bis David Hasselhoff („I’ve been looking for freedom“) liefern den Klangteppich, schnelle Schnitte und optische Gags eine hippe Optik. Neben treuen Wegbegleitern wie Thomas de Maizière und Anngret Kramp-Karrenbauer kommen auch junge Werber, Influencer, Aktivistinnen wie Carla Reemtsma sowie die Deutsch-Ukrainerin und ehemalige „Piraten“-Politikerin Marina Weisband zu Wort.

Neues kann auch diese filmische Fleißarbeit nicht enthüllen, die Kanzlerin aus der Provinz bleibt eine Sphinx. So zeichnet die Doku minutiös ihren Weg nach, der eng mit der Geschichte des so lange geteilten Landes verzahnt ist. Merkel, in Hamburg geboren, wuchs auf einem Anwesen für Behinderte im uckermärkischen Templin auf, ihr Vater Horst Kasner wirkte dort als Pfarrer.

Die fachlich herausragende Physikerin begann ihre politische Karriere zunächst beim „Demokratischen Aufbruch“ in der DDR, wechselte dann in die CDU, wo sie – gefördert von Helmut Kohl – schnell zur Ministerin für Frauen und Jugend, später zur Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und 2000 zur CDU-Vorsitzenden aufsteigt. Alle, die anfangs über „Kohls Mädchen“ gespottet hatten, sollten sich noch wundern.

In 16 Regierungsjahren mutiert Merkel zur Landesmutter, ohne je die Jovialität

ihres Vorgängers zu imitieren. Sie erobert internationales Parkett, lässt sich von Frankreichs Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy die Wange küssen, von Amerikas Barack Obama mit einer Friedens-Medaille dekorieren, vor allem aber gaukelt sie einem Land im beständigen Krisenmodus – Eurokrise, Flüchtlingskrise, Corona-Krise – Sicherheit vor. Mutti mache das schon. Wirklich? „Krisen zu meistern heißt doch, dass man aus einer Krise wieder herausfindet“, kritisiert Weisband, „hat jemand den Eindruck, wir hätten aus der Krise herausgefunden?“

Nur zehn Tage weniger als ihr Ziehvater Kohl wird Merkel im Kanzleramt residieren. Da liegen ihre Anfänge als Ministerin schon im Nebel der Geschichte. Genauso wie die patriarchale Politik eines Helmut Kohl, der seine „jüngste Ministerin“ einst mit gönnerhaftem Stolz US-Präsident George Bush Senior vorstellte, ganz so, als würde er der jungen Mitteldeutschen die weite Welt eröffnen.

Dass man sie unterschätzt, wird Angela Merkel öfter erleben. „Das war ihr Erfolgsgeheimnis“, glaubt ihr Intimus de Maizière.

Dabei agiert sie durchaus strategisch: 1999 lanciert die damalige Generalsekretärin einen Artikel in die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, worin sie die Spendenaffäre in der CDU geißelt und Distanz vom Übervater Kohl fordert. Zitat: „Die Partei muss laufen lernen.“ Das war ein kühl gesetzter Todesstoß. Der Artikel schlug Wellen und wird Kohl letztlich zum Verhängnis.

Im Rückblick wird Merkels Kanzlerschaft an mehreren Entscheidungen gemessen werden: 2011 erfolgt die Aussetzung der Wehrpflicht, im selben Jahr nach dem Reaktorunglück in Fukushima der Ausstieg aus der Atomenergie, 2017 wird noch die „Ehe für alle“ durchgewinkt, die sie zur Abstimmung ohne Fraktionszwang freigibt und gegen die sie selbst stimmt – alles Weichenstellungen, mit denen sie dem Zeitgeist frönt. „Merkel agiert nicht, sie reagiert“, werfen ihr Kritiker vor. „Sie ist die Helene Fischer der Politik“, spottet der Publizist Roger Willemsen. Eine Frau ohne Ecken und Kanten?

2015 startete Merkel dann doch einen Alleingang: Sie ließ Tausende von Asylsuchern von Budapest aus ohne jede Kontrolle nach Deutschland ziehen und setzte damit das Signal für eine Masseneinwanderung, die das Land bis heute an seine Grenzen bringt. Handelte da die christlich geprägte Pfarrerstochter? Oder die ehemalige DDR-Bürgerin, die den Triumph offener Grenzen wiederholen will? Die Doku lässt eine Antwort offen.

Pokerface als DDR-Erfahrung

Die Bilder einer Kanzlerin, die sich für eine Fotografie Wange an Wange mit einem Asylsucher fotografieren lässt, gehen jedenfalls um die Welt. Für Tausende Immigranten, vor allem aus Syrien und Afghanistan, wird das Zauberwort Asyl zur Eintrittskarte ins gelobte Land mit all seinen sozialen Segnungen.

Die Begeisterung der Bürger, die anfangs an Bahnsteigen klatschen, Teddybä-

ren werfen, dabei sich selbst und die deutsche „Willkommenskultur“ feiern, schlägt allerdings schnell ins Gegenteil um. Massenhafte Übergriffe am Silvesterabend 2015 auf der Kölner Domplatte, Asylmissbrauch, Messerattacken wie in Brokstedt und zuletzt in Mannheim, wo ein junger Polizist von einem radikalen Moslem erstochen wurde, lassen die Stimmung kippen. Merkel reagierte seinerzeit mit Trotz: „Wenn wir jetzt anfangen, uns noch entschuldigen zu müssen dafür, dass wir in Notsituationen ein freundliches Gesicht zeigen, dann ist das nicht mein Land.“

Wie sie die dramatischen Tage von 2015 in der Rückschau erlebt hat, wird sie in ihren im Herbst erscheinenden Memoiren analysieren, die sie zusammen mit ihrer Büroleiterin Beate Baumann verfasst hat. Der Titel „Freiheit“ verweist auf ihre DDR-Sozialisation, in der sie alles andere als frei war. Wer in dieser sozialistischen Diktatur überleben wollte, musste sich anpassen.

Der nüchternen Wissenschaftlerin ist diese Überlebensregel tief in die DNA eingeschrieben: Pokerface aufsetzen, sich nicht hinter die Fassade gucken lassen, vorsichtig sein, immer damit rechnen, dass im toten Winkel der Feind lauert. Logische Konsequenz: Wer nicht loyal ist oder scheint, muss gehen. Viele CDU-Granden wie Norbert Röttgen trifft ihr Bann. Nur wer bedingungslos zu ihr hält so wie das „Girlsclap“ mit ihrer engen Beraterin Eva Christiansen und Büroleiterin Baumann, darf bleiben.

Merkels Kanzlerschaft gerät schnell in einen ständigen Krisenmodus, den sie stoisch durchmisst. Ihre Kaltblütigkeit zeigt sich schon beim ersten Fernsehauftritt direkt nach ihrer Wahl, wo ein vor Selbstherrlichkeit strotzender Gerhard Schröder es ablehnt, mit der Wahlsiegerin Koalitionsgespräche zu führen. Merkels Miene: spöttisch, erstaunt, leicht amüsiert. Dass ihr die Augenhöhe abgesprochen wird, soll kein Einzelfall bleiben. Beispiele gibt es bis hin zu Bush Junior, der beim G-8-Gipfel hinter sie tritt und ihr den Nacken massiert. Sie macht gute Miene zum übergriffigen Stil. Die Herren müssen sich schließlich erst daran gewöhnen, dass Macht unversehens weiblich ist, wenn auch in einer sachlichen Variante.

Die kastigen Blazer, die streng gemeißelte Frisur, die langen Hosen sind eine Art Uniform und wirken als Abwehr gegen

indiskrete Blicke. Nie wieder wird es einem Fotografen gelingen, eine junge Ministerin mit hochrutschendem Rock in einen Panzer klettern zu sehen. Ein Ausrutscher bleibt auch der Bayreuth-Besuch in einem tief dekollierten Kleid. „Sie kennen mich“, ist eine ihrer Wahlkampf-Parolen. Überraschungen, auch optische, sind nicht vorgesehen.

Eine „verpanzerte Schildkröte“

Was bleibt von einem Politikerleben außer dem oft parodierten uckermärkischen Singsang, der berühmten Raute mit den Händen, den bunten Blazern, bei denen gern unterstellt wurde, sie würde die Farbe passend zum Ereignis wählen? Biographin Evelyn Roll erlebt Merkel in ihren letzten Jahren als „verpanzerte Schildkröte“. Man konnte ihr ansehen, was so ein Amt mit ihr macht.

Was Merkel belasten muss, ist vor allem das Erstarken der AfD, welche die bis heute kaum gesteuerte Zuwanderung zum wirkmächtigen Wahlkampfthema macht. Überlastete Kommunen senden längst SOS, die Schulen kämpfen mit der Integration von Kindern aus aller Herren Länder, Innenstädte wie Hamburg werden abends von jungen Zuwanderern gekapert, die Angst vor islamischen Terroranschlägen wächst. Räumt Angela Merkel Fehler ein? In der Wochenzeitung „Die Zeit“ übt sie Selbstkritik, allerdings nicht in der Asyl-, sondern in der Verteidigungsfrage.

Nach Putins Überfall auf die Krim im Jahre 2014 hatte das NATO-Bündnis beschlossen, zwei Prozent des Brutto-Inlandproduktes für Verteidigung auszugeben. Deutschland habe das Ziel nicht erreicht, „und auch ich habe nicht jeden Tag eine flammende Rede dafür gehalten“. Mehr nicht. Kein Wort zur Fehleinschätzung des Aggressors Putin, zu verfehlten Klimazielen, zur kriselnden Wirtschaft, zur weitgehend gescheiterten Integration von mittlerweile Millionen Zuwanderern.

Seit drei Jahren ist sie frei, übernimmt nur noch „Wohlfühltermine“. Als Altkanzlerin hält sie etwa in Berlin eine Laudatio auf den Schauspieler Ulrich Matthes, erscheint zum Abschied des grünen Hardliners Jürgen Trittin. In ihrer eigenen Partei macht sie sich rar. Deutschlands Langzeit-Kanzlerin hat die Last der Verantwortung endgültig abgeschüttelt. Ihr Land aber ächzt unter ihrem Vermächtnis.



Kamen wohl nicht von ungefähr immer gut miteinander aus: Kanzlerin Angela Merkel und der russische Präsident Wladimir Putin, hier beim EU-Russland-Gipfel 2007

FOTOS (2): RBBS/WIR/MDR/LOOKSFILM-EUROPEISCHE GEMEINSCHAFTEN

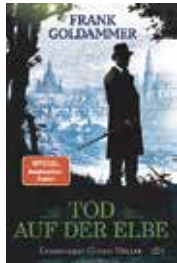
● FÜR SIE GELESEN

Ein Stück Zeitgeschichte

Als Kriminalrat Heller mit seinem ungestümen jungen Hengst einen Ausritt wagt, werden er und sein Pferd durch eine ohrenbetäubende Detonation aufgeschreckt. Bei einem auf der Elbe schwimmenden neuartigen Dampfbboot ist der Kessel explodiert. Die Mannschaft kommt teils ums Leben, manche können aber auch verletzt aus der Elbe gezogen werden. Auch Heller rettet einen Mann.

Da Heller für Verbrechen in Dresden zuständig ist, machen er und sein Gehilfe sich auf den Weg, um Befragungen nach der Ursache anzustellen. Viele der Matrosen sind bereits wieder auf Arbeitssuche, denn es herrscht große Armut, und nur wenige sind so vermögend wie der Reedereibesitzer Freiherr von Kelb. Heller versucht nun zu klären, warum der Kessel explodierte. Eventuell wurde das Unglück durch ein waghalsiges Wettrennen verursacht, denn nur eine Reederei kann anno 1879 die Schifffahrtslizenz auf der Elbe erhalten.

Frank Goldammer beschreibt in dem Krimi „Tod auf der Elbe“ die damaligen Verhältnisse authentisch und benutzt Wörter des damaligen Sprachgebrauchs. Der ruhig erzählte, realistische Krimi ist gleichzeitig ein Stück Zeitgeschichte. *Angela Selke*



Frank Goldammer
„Tod auf der Elbe“,
dtv, München 2024,
Taschenbuch,
399 Seiten, 17 Euro

Das Geheimnis der Steine

Steine haben Menschen schon immer fasziniert. Die französischen Autorinnen Virginie Aladjidi und Caroline Pellissier sowie die Illustratorin Emmanuelle Tchoukriel haben in ihrem Buch „Gold, Granit & Diamant“ einen umfangreichen Überblick zu Mineralien und Steinen geliefert. Unterteilt ist das Buch in die Themen Mineralien und Steine.

Im Vorwort erfährt man, wie sich diese im Laufe der Erdgeschichte entwickelt haben. Jedes vorgestellte Mineral oder Gestein wird in Klassen eingruppiert, wie „Gediegene Elemente“, „Halogenide“, „Karbonate“ und „Nitrate“ oder „magmatisches Gestein“ und „Sedimentgestein“. Entstehung, Vorkommen, besondere Eigenschaften sowie Verwendung werden ebenfalls beschrieben.

Es ist ein sehr informatives Buch, doch die betont matte Art der Zeichnungen nimmt den Steinen ein Bisschen ihres Glanzes. Hier wären Fotos des jeweiligen Minerals oder Gesteins ausdrucksstärker gewesen.

Am Ende gibt es eine Liste von Museen in Deutschland, Österreich und der Schweiz, die sich auf geowissenschaftliche Pfade begeben und die es lohnt, sie zu besuchen. *S. Friedrich*

Virginie Aladjidi/Emmanuelle Tchoukriel: „Gold, Granit & Diamant. Die Welt der Steine und Mineralien“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2024, gebunden, 48 Seiten, 18 Euro



RATGEBER DER WOCHE

Tiere und Pflanzen in Film und Foto

Anleitungen für gute Aufnahmen im Freien aus der beliebten Reihe „für dummies“



FOTO: IMAGO/DIETER MONZIGALL

Perfekte Aufnahmen in der freien Natur mit Film-, Fotokamera oder mit dem Handy einzufangen, ist das Thema des Buchs von Svenja und Ralph Schieke „Natur filmen und fotografieren“. Die versierten Fachleute für

Tierfilme und Naturdokumentationen informieren über die notwendige Ausrüstung, Techniken und rechtliche Einschränkungen. Am Ende folgt ein Kapitel mit hilfreichen Tipps für die Nachbearbeitung am PC. *MRK*



Svenja Schieke/Ralph Schieke: „Natur filmen und fotografieren für dummies“, Wiley-VCH GmbH, Weinheim 2024, broschiert, 281 Seiten, 28 Euro

GESELLSCHAFT

Die Folgen des Heimatverlusts

Wolfgang Thüne erklärt in seinem Buch „Heimat“ deren Bedeutung als soziokulturellen Lebensraum und als Ort der Verwurzelung

VON WOLFGANG KAUFMANN

Heimat ist ein ebenso schillernder wie umstrittener Begriff. Aus der Sicht etlicher Linker steht das Wort für „antidemokratische und völkische Tendenzen“. Angesichts der fortschreitenden dramatischen Verschiebung des wissenschaftlichen Diskurses nach Links schrecken Soziologen oftmals vor einer Beschäftigung mit dem Phänomen Heimat zurück. Das gilt jedoch nicht für den PAZ-Autor Wolfgang Thüne, der seine ostpreussische Heimat im frühesten Kindesalter verlassen musste und anschließend im Westen Deutschlands sesshaft wurde. Für Thüne stellt Heimat etwas Hochbedeutendes dar, das einerseits starke Emotionen weckt, andererseits aber auch in objektiven Kategorien erfasst werden kann und muss. Dies zeigt er in dem Buch „Heimat. Identität und Territorialität“, das die Frucht eines Zweitstudiums darstellt, welches Thüne parallel zu seiner Tätigkeit als Meteorologe absolvierte.

Wie bei der Biographie des Autors nicht anders zu erwarten, geht es in dem Werk um die essentielle Wichtigkeit der Heimat für jeden Menschen sowie die Folgen des Heimatverlustes, wobei dieser nicht nur als räumliche Trennung von der Heimat, sondern auch als freiwillige oder durch die moderne Gesellschaft erzwungene geistige Loslösung von den eigenen Ursprüngen daher kommen kann. Thüne operiert also mit einem multipolaren Heimatbegriff: Zum einen ist Heimat bei ihm

eine geographische Kategorie. Das heißt, er geht davon aus, dass der soziokulturelle Lebensraum Heimat einer konkreten physischen Umwelt entspringt, die Vertrautheit schafft. Zum anderen speist sich das Heimatgefühl laut Thüne aber noch aus vielen weiteren Quellen. Das erlaube die Verwurzelung in einer neuen geistigen beziehungsweise realen Heimat. Nur so sei es den Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten letztlich möglich gewesen, ein gelungenes Leben außerhalb ihrer jeweiligen Herkunftsregionen zu führen.

Allerdings – auch das führt Thüne aus – können die Menschen mittlerweile selbst beim physischen Verbleib am Geburtsort ihre Heimat und ihr Heimatgefühl verlieren. Das gilt ganz besonders für Großstädte mit ihrem immer mehr ausufernden Wertepluralismus, der vor allem eines erzeugt: soziale Desintegration. Wenn diese Entwicklung auf das ganze Land überschwappt, droht allen Menschen in der Bundesrepublik künftig die Heimatlosigkeit: Den hier Geborenen wegen der negativen Veränderungen in ihrem Umfeld und den Zugewanderten wegen ihres Unwillens oder der objektiven Unmöglichkeit, tatsächlich in Deutschland anzukommen.



Wolfgang Thüne: „Heimat. Identität und Territorialität“, Lindendruck Verlag, Beltheim-Schnellbach 2023, broschiert, 555 Seiten, 29,80 Euro

ZEITGESCHICHTE

Berlin in der Nachkriegszeit

Ein ehemaliger Herausgeber des „Tagesspiegel“, Lothar C. Poll, hat ein Lesebuch mit Texten aus dem „Schicksalsjahr“ 1948 veröffentlicht

VON DIRK KLOSE

Der Berliner Lukas-Verlag lässt im Nachklang zur Berliner Blockade das „Schicksalsjahr“ 1948 in einer Sammlung teils dramatischer Texte aus dieser Zeit Revue passieren. Autor ist mit Lothar C. Poll ein ehemaliger Herausgeber des Berliner „Tagesspiegel“. Mehrere Texte stammen aus der Feder seiner Vorgänger Erik Reger und Franz Karl Maier. 1948 war in der Tat ein bewegtes Jahr. Die Sowjets beendeten ihre Mitarbeit im Kontrollrat und wenig später in der Berliner Kommandantur. In den westlichen Besatzungszonen und in den Berliner Westsektoren wurde die D-Mark eingeführt, worauf die Sowjets mit der Blockade reagierten. Im September richtete Ernst Reuter seinen dramatischen Appell an die „Völker der Welt“. Im Dezember spaltete sich endgültig die Berliner Stadtverordnetenversammlung. Gleichzeitig wurde hitzig über die Bestrafung von NS-Tätern diskutiert.

In „Zwei Jahre nach Hitler“ malt Erik Reger ein düsteres Bild von der Unterversorgung der Bevölkerung und begrüßt die von den Westmächten befohlene Währungsreform. Chefredakteur Rudolf Herrnstadt vom SED-Organ „Neues Deutschland“ sieht den Osten auf der Siegerstraße der Geschichte, „weil die KPdSU wie ein Schneepflug die bestimmende Furche zieht durch den Klassenkampf auf dieser Erde“ (ein typisches SED-Schicksal: nach dem 17. Juni 1953 fällt Herrnstadt in Ungnade und muss froh sein, „nur“ ab-

geschoben zu werden zum Zentralarchiv in Merseburg). Der ehemalige „Weltbühnen“-Autor Kurt Hiller hofft auf eine intellektuelle Aussöhnung. Es gebe nur eine Aufgabe, „die Jesus-Marx-Linie der Nächstenliebe und die Platon-Nietzsche-Linie der Geistesherrschaft konvergieren zu lassen“.

1948 stand der ehemalige Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht nach Freispruch in Nürnberg vor einem deutschen Gericht. Das Buch bringt die umfangreiche Anklageschrift des Juristen Franz Karl Maier, die ihm postwendend die Enthebung als Ankläger eintrug. Am beeindruckendsten ist vielleicht der kurze, sehr emotionale Text des früheren Reichsinnenministers Carl Severing (SPD). Niemals, so Severing, habe Schacht mit fairen Waffen gekämpft und schließlich Hitler „silberne Kugeln“ für „seinen Krieg gegossen: Dieser Mann war ein Unglück für Deutschland.“

Das schmale Buch lässt in der Tat den Atem der Geschichte spüren, in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit wie in der von Angst, Hunger und Wohnungsnot geprägten Nachkriegszeit.



Lothar C. Poll: „1948. Ein Augenblick Berlin. Auf dem Weg zur geteilten Stadt“, Lukas Verlag, Berlin 2024, broschiert, 232 Seiten, 24 Euro

KIRCHE HEILIGENWALDE

Ein von Sorgen überschattetes Jubiläum

Der 680. Jahrestag der Gründung des Gotteshauses fällt in Zeiten politischer Spannungen und Kriegsangst

VON BÄRBEL BEUTNER

Das Ausfüllen der Zeit durch planmäßig fortschreitende Beschäftigungen, die einen großen beabsichtigten Zweck zur Folge haben, ist das einzige sichere Mittel, seines Lebens froh ... zu werden.“ (Immanuel Kant [1724-1804], aus dem Nachlass).

Es war ein „großer beabsichtigter Zweck“, als eine kleine Gruppe von Russen und Deutschen 1992 beschloss, die Ordenskirche in Heiligenwalde [Uschakowo] aus dem 14. Jahrhundert zu renovieren. Die Kirche hatte den Krieg überstanden und war in sowjetischer Zeit als Getreidelager genutzt worden. Dadurch „überlebte“ das Gebäude. Von dem damaligen Schulleiter von Heiligenwalde, Georg Gawrilowitsch Artemjew, ging der Plan aus, die Kirche zu renovieren. Die Schule, ein zweistöckiges Gebäude aus dem Jahre 1936, war der Mittelpunkt des dörflichen und gesellschaftlichen Lebens in Heiligenwalde und sollte noch große Bedeutung bekommen. Da der Direktor Germanist und Deutschlehrer war, konnte er die Verbindung zwischen den deutschen und den russischen Heiligenwaldern herstellen und alles organisieren. Ihm verdankt Heiligenwalde alles.

Der „große beabsichtigte Zweck“ fand nicht immer und überall Beifall – im Gegenteil. Die „Enthusiasten“, die „Träumer“, die „Verrückten“ erfuhren viel Kritik und standen harte Kämpfe durch. Aber nun wurde im Mai 2024 das 680. Jubiläum der Kirche gefeiert. Es war die zweite große Jubiläumsfeier seit der Perestroika. 1994 feierten Russen und Deutsche das 650. Jubiläum „ihrer“ Kirche, ein halbes Jahrhundert nach dem 600. Jubiläum 1944 – in einer völlig veränderten Welt. Aber das Schicksal sorgte für Traditionen. 1944 hatten zwei Vettern aus der Pastorenfamilie Walsdorff den Festgottesdienst gehalten – und 1994 waren es wieder zwei Vettern aus dieser Familie. Alles war ein Provisorium, nur das Dach des Turmes war 1994 restauriert worden, aber tief bewegte Menschen füllten die Kirche. Das Jubiläumsfest bewirkte eine Sensation. Der evangelische Gottesdienst schaffte es ins deutsche und ins russische Fernsehen, und wenig später stand die Kirche auf der „Liste denkmalgeschützter Gebäude“.

30

Jahre arbeiteten Deutsche und Russen gemeinsam für den Erhalt der Kirche

Dreißig Jahre sind inzwischen vergangen. In Heiligenwalde ist eine neue Generation herangewachsen. Von der großen Schar Deutscher und Russen, die 1994 „wie Geschwister feierte“, wie es ein Heiligenwalder damals schrieb, sind nur noch wenige am Leben. Auch Georg Artemjew verstarb 2006 viel zu früh und ließ seine Mitstreiter mit großen Aufgaben, aber tapfer und mutig zurück.

Im Jahr 2010 übernahm die Russisch-Orthodoxe Kirche (ROK) das Gotteshaus, die Schule und das Territorium. Längst war aus dem Getreidelager ein Baudenkmal, ein Kleinod geworden. Die romanische Hallenkirche mit dem Original-Ziegeldach „Mönch und Nonne“ hat einen Turm, an dem ein Stück Fachwerk auffällt. An den Fenstern konnte das alte Gitter erhalten und aufgearbeitet werden. Innen sind ein hölzernes Tonnengewölbe und



Zur Zeit der Feierlichkeiten: Innenansicht der Kirche Heiligenwalde

Foto: privat

ein Sternengewölbe im Chorraum sehenswert. Die Sakristeitür, der Taufstein und das Weihwasserbecken haben die Jahrhunderte überdauert – heute sind es die begehrtesten Foto-Objekte.

Unter der Leitung des Baumeisters Viktor Michailowitsch Staruschkin hatten die russischen Heiligenwalder ihre Kirche in Eigenarbeit ausgebaut, die schon bald zu einem Touristen-Magneten wurde. Die Übernahme durch die ROK verlief friedlich in allgemeinem Einverständnis und sollte zum Segen für viele Menschen werden. Die ROK renovierte die Schule und richtete dort ein soziales Zentrum ein, in dem Frauen und Familien ein halbes Jahr kostenlos leben können und Hilfe für den weiteren Lebensweg erfahren. Außerdem werden Familienfreizeiten und Projekte für die Jugend angeboten. Alles untersteht der Eparchie in Königsberg.

Die Kirche ist dem Heiligen Nikolaus geweiht, zu dessen Ehren zweimal im Jahr, im Mai und im Dezember, ein großer Gottesdienst mit anschließendem „Prasdnik“, Festessen und Unterhaltung, gefeiert wird. Das soziale Zentrum erinnert an den Heiligen Uschakow, einen Admiral unter Katharina der Großen.

Dem Heiligen Nikolaus geweiht

Mai 2024 – wieder hatte sich die Welt verändert. Kriegsangst und Sorgen überschatteten das 680. Jubiläum in Heiligenwalde – aber die Kirche stand und leuchtete den zahlreichen Besuchern entgegen.

Im Dorf herrschte Hochbetrieb. Staruschkin hatte sich vorgenommen, die Kirche zum Jubiläum außen und innen zu

weißen. Die Innenarbeiten gingen planmäßig voran, mit den Außenarbeiten wurde es eng, weil das Wetter nicht immer mitspielte. Viktor, übrigens auch der Starost (Älteste) des Dorfes, feierte auch ein Jubiläum: Genau dreißig Jahre arbeitete er an der Kirche, „mit goldenen Händen“, wie Artemjew einmal sagte, unermüdlich und mit wachsendem Sachverstand. Nur Feiern ist nicht sein Ding. Am Vorabend des großen Festtages, am 21. Mai, schuftete er bis zur Dunkelheit und besprach mit den Helferinnen und mit Vater Jewgenij, dem für Heiligenwalde zuständigen Popen, das Programm des großen Tages, das schließlich anders verlaufen sollte als geplant.

Heiligenwalde ist ein Runddorf. Eine heute asphaltierte Straße umschließt den

Ortskern mit der Kirche und der Schule. Am 22. Mai war diese Straße lückenlos mit parkenden Autos bedeckt. Die Parkplätze an der Schule waren schon am Vorabend von der Catering-Firma belegt worden. Die Parkplätze auf dem Terrain der Kirche mussten für die Geistlichkeit freigehalten werden – und dann waren auch noch Touristengruppen angekündigt, denn die Kirche gehört in mehrere Besichtigungsrouten und verzeichnet jährlich Hunderte von Besuchern. Für die Verantwortlichen war der 22. Mai daher zunächst beunruhigend.

Bitte um Frieden

Um neun Uhr begann der Festgottesdienst. Der Patriarch Wladika Serafim hat-

te es sich nicht nehmen lassen, diesen Gottesdienst zu halten, obwohl der Tag für ihn noch viele weitere Verpflichtungen bereithielt. Ein Chor gestaltete die musikalische Umrahmung, und es traf das Herz der dicht gedrängten Menschen, als für alle gebetet wurde, die jemals in diesem Ort gelebt und diese Kirche besucht haben. Das Dankesgebet für alle, die sich für die Kirche einsetzen, wurde mit der Bitte um Frieden verbunden. Der „Krug“, also der Umzug um die Kirche, stand noch im Zeichen des Osterfestes, das in der Orthodoxie gerade mal eine Woche zurücklag.

Erste religiöse Trauerfeier seit Kriegsende

Unmittelbar nach dem Gottesdienst traf die Touristengruppe ein. Staruschkin, überall gleichzeitig, „versorgte“ diese Gäste, in diesem Fall mit einem fundierten Vortrag über die Kirche und ihre Geschichte. Man stand ein wenig unter Zeitdruck, denn in Heiligenwalde sollte an diesem Tag ein weiteres historisches Ereignis stattfinden: die erste religiöse Trauerfeier seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Ein Gemeindemitglied aus Waldau [Nisowje] war verstorben und hatte den Wunsch geäußert, in der Kirche von Heiligenwalde gesegnet zu werden. Auch diese Zeremonie übernahm Wladika Serafim. Die große Trauergemeinde traf schon ein, als die Touristen sich still entfernten. Sie alle werden diesen Besuch in Erinnerung behalten.

Inzwischen hatte in der Schule und auf dem Schulhof der „Prasdnik“ begonnen. Man stärkte sich in der früheren Turnhalle, die Versammlungs- und Festsaal geworden ist und auch früher vielfache Funktionen hatte. Draußen saßen die Gäste in der warmen Sonne, denn das Wetter spielte mit. Vater Jewgenij, der „Batjuschka“ (Väterchen), legte dar, welche Aktivitäten von der Kirche und von dem sozialen Zentrum ausgegangen sind und weiterhin ausgehen werden. Eine Ausstellung dokumentierte die Gottesdienste, die Feste und Freizeiten sowie die blühende Jugendarbeit. Es gibt Stellen für Helfer und Praktikanten. Für den Segen Gottes wurde gedankt.

Ausklang des Tages mit Konzert und gemeinsamem Essen

Nach der Trauerfeier in der Kirche begann der „fröhliche“ Teil des Tages, ein Konzert auf dem Hof und anschließend ein gemeinsames Mittagessen in der Schule oder besser: im Sozialen Zentrum. Es gab Urkunden und Geschenke für die Mitarbeiter, vor allem für das Ehepaar Staruschkin, und für die Helfer und Praktikantinnen. Die Gedanken der „alten Heiligenwalder“, ob russische oder deutsche, gingen dreißig Jahre zurück. Wer hätte sich damals eine solche Entwicklung vorstellen können? Artemjews Wunsch, die Kirche in den „Goldenen Ring“ um Königsberg einzufügen, war doppelt und dreifach in Erfüllung gegangen. Es muss inzwischen Millionen von Fotos von der Kirche geben. Der Wunsch der Heiligenwalder nach einem Gotteshaus in Heiligenwalde war auch in Erfüllung gegangen, aber nicht, wie erst gehofft, für die evangelische Konfession. Doch es passt zur Geschichte Preußens, wo jeder nach seiner Façon selig werden konnte und für alle Platz war.

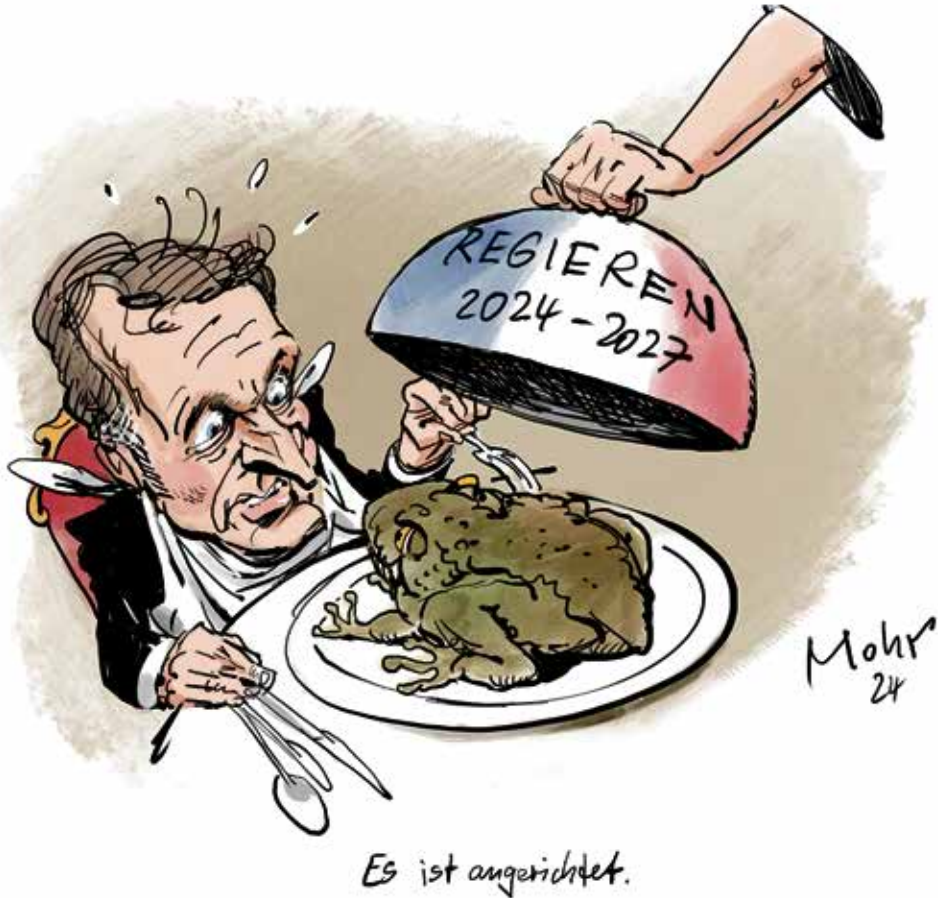
Kaum jemand aber hätte 1994 geahnt, dass Heiligenwalde ein zentraler Ort der sozialen Hilfe werden würde, ein besonderer Segen für viele Hilfsbedürftige. Das war wohl ein Zusatz-Geschenk des Heiligen Nikolaus – und es ist im Sinne von Artemjew.



Touristenattraktion im Königsberger Gebiet: Die aus dem 14. Jahrhundert stammende Feldsteinkirche in Heiligenwalde
Foto: imago/Depositphotos

● AUFGESCHNAPPT

Zum Ziel einer „feministischen Außenpolitik“ gehört für Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) auch, mehr Frauen in den diplomatischen Dienst zu holen – und dort vor allem in Führungspositionen. Das Ziel wurde offenbar in doppelter Hinsicht verfehlt. Wie das Portal „Apollo News“ berichtet, liegt der Anteil weiblicher Führungskräfte immer noch nur bei einem Drittel – und ist damit nahezu unverändert geblieben. Schlimmer noch: In dem jährlich durchgeführten „Vorgesetztenfeedback“ schneiden weibliche Führungskräfte im Schnitt zudem messbar schlechter ab als ihre männlichen Kollegen. In dem Feedback urteilen Mitarbeiter nach einem standardisierten Muster über die Kompetenz ihrer Chefs. Besonders groß ist die Diskrepanz bei den Auslandsvertretungen. Dort schnitten sieben Führungskräfte derart schlecht ab, dass sie ausgetauscht werden müssen. Unter den sieben Durchgefallenen waren sechs Frauen und nur ein Mann, obwohl der Frauenanteil bei solchen Positionen bei lediglich 30 Prozent liegt. *H.H.*



DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein unsichtbares Land

Wie Deutschland zum weißen Fleck werden konnte, und wieso Roth und Baerbock das gar nicht stört

VON HANS HECKEL

Endlich ist der alte Wunsch von Claudia Roth (fast) wahr geworden. Vor zwei Jahrzehnten (ja, so lange haben wir die schon!) enthielt die damalige Bundesvorsitzende der Grünen, wie sie sich die Feiern zum Tag der Deutschen Einheit vorstellt: Die Straßen, so Roths begeisterte Vision, mögen ertrinken in einem Meer von roten Türkeiflaggen und nur ein paar schwarz-rot-goldenen dazwischen.

Nun, Schwarz-Rot-Gold war gar nicht zu sehen, als die Berliner Türkei-Fans, von denen ein Großteil als dritte Einwanderergeneration von Eltern abstammen dürften, die bereits in Deutschland geboren wurden, für „ihre“ Mannschaft auf die Straße gingen. Dafür brachten sie massenhaft den „Wolfsgruß“ mit. Ist ja auch was Schönes, oder nicht?

Eher nicht, darin sind sich die Kommentatoren ausnahmsweise einig. Von der zwischenzeitlich zur Bundeskulturstaatsministerin aufgestiegenen Frau Roth ist kein Wort zu den Szenen mit dem Gruß zu uns gedrungen. Alle anderen zogen einen eindeutigen Schluss aus den Vorkommnissen: Der aggressive Nationalchauvinismus der (Deutsch-) Türken, der sich völlig vom fröhlich-friedlichen Fußball-Patriotismus anderer EM-Nationen unterschied, sei die Folge einer „gescheiterten Integration“.

Nur wer am Scheitern schuld ist, da gehen die Meinungen auseinander. Links sieht man die Verantwortung, wie immer, bei den Deutschen, die sich nicht hinlänglich um ihre Neubürger bemüht hätten. Rechts betrachtet man Integration dagegen als Bringschuld der Einwanderer, ganz gleich, ob es sich um Ausländer in Deutschland oder Deutsche im Ausland handelt. Und diese Wolfsgruß-Türken wollten eben nicht.

Was sage ich, wer hat recht? Auf den ersten Blick die Rechten, denn natürlich hat sich der Neuankömmling selbst um seine Integration zu bemühen, wenn er in dem fremden Land auf Dauer leben will. Diese Antwort hatten Sie erwartet. Aber jetzt kommt's: Auch die Linken liegen mit ihrer Anklage an die Deutschen gar nicht so falsch, allerdings auf ganz andere Weise, als diese Leute denken.

Womit wir wieder bei Claudia Roth wären. Die grüne Ministerin steht qua Amt an der Spitze einer sehr rührigen Bewegung, die emsig und erfolgreich bemüht ist, alles auszuliegen, was einer deutschen Identität sicht-

baren Halt geben könnte. Von der epidemischen Straßenumbenennungssorgie über die propagandistische Dauerbelagerung des (gegen ihren entschiedenen Willen) wiederaufgebauten Berliner Schlosses bis hin zur „kritischen Kontextualisierung“ nationaler Gedenkorte wie den Denkmälern vergangener Heroen – alles, was positiv auf unsere deutschen Wurzeln erinnert, soll entweder angeschwärzt oder verhunzt werden oder gleich ganz verschwinden.

Ein Einwanderer soll außer Mahnmalen zu den schwärzesten Kapiteln unserer Geschichte nichts finden, was ihn mit deutscher Identität konfrontiert. Die Frage ist jedoch: In was, bitte schön, soll er sich dann „integrieren“? In diese Horde undankbarer, ungebildeter und grundlos arroganter Epigonen, die nichts können, als die Leistungen ihrer Ahnen in den Dreck zu treten? Dann doch lieber Türke bleiben, wird sich mancher sagen.

Übrigens: Die Arbeit, welche Claudia Roth mit Hingabe im Inneren leistet, erledigt ihre Parteikollegin Annalena Baerbock mit gleicher Zähigkeit im Ausland. Dort ist das Projekt, Deutschland unsichtbar zu machen, sogar schon merklich weiter fortgeschritten, als es Roth im Inland bislang vermochte. Seit zweieinhalb Jahren übt sich Baerbock darin, auf deutsche Außenpolitik zu verzichten, jedenfalls auf alles, was diesen Namen verdient hätte. Die große Leere übertüncht sie mit Phrasen, die so platt und ermüdend daherkommen wie die Auswürfe der Heinrich-Böll-Stiftung – irgendwas mit Feminismus oder „Klimakrise“ und ähnliches Gedöns.

Vorgeführt vom kleinen Ungarn

Wenn wir überhaupt mal etwas vom fruchtlosen Treiben der Außenministerin hören, dann meist im Zusammenhang mit verbalen Fehlleistungen. Erstaunlicherweise schien dies bislang kaum jemanden in Deutschland zu stören. Das könnte daran liegen, dass man „Leere“ nicht sehen kann, weil Löcher von Natur aus unsichtbar sind. Erst wenn sich der Raum drumherum füllt, erkennt man, dass in der Mitte etwas fehlt.

Genau das ist gerade passiert. Ungarns Premier Viktor Orbán hat viele Potentaten in der EU zutiefst verärgert, indem er nach Kiew, Moskau und Peking gereist ist. Dort wollte er eigentlich nichts weiter tun, als die derzeitige Haltung der dortigen Regierungen auszukundschaften, um herauszubekommen, wo da möglicherweise Ansätze für einen Weg

Wolfsgruß in Berlin: Schon wieder beklagen alle die „gescheiterte Integration“. Doch in was, bitte schön, sollen sie sich denn integrieren?

zur Beendigung des Ukrainekrieges schlummern. Mehr nicht. Aber das reichte schon, um die geballte Empörung der EU-Granden und etlicher europäischer Partner zu entzünden. Insbesondere in Berlin ist man schwer irritiert von dem Ungarn. Weil er ein „Putin-Freund“ ist? Quatsch, ist er nicht. Eher schon, weil durch Orbáns Diplomatie erst so richtig sichtbar wurde, was unsere Baerbock zur Suche nach einer Friedenslösung bislang beigetragen hat – nämlich gar nichts.

Ein Hans-Dietrich Genscher wäre in einer vergleichbaren Situation kaum noch aus dem Flugzeug rausgekommen vor lauter Pendeldiplomatie, Helmut Kohl oder Helmut Schmidt hätten ihre guten persönlichen Drähte zu ausländischen Staats- und Regierungschefs dauerglühen lassen, um alles Erdenkliche auszusondieren. Frau Baerbock dagegen hält bedeutungslose Reden vor geneigtem Publikum, die jedes Mal im Minenfeld der Peinlichkeiten zu verenden drohen, wenn sie vom vorgefertigten Manuskript abweicht. Damit hat sie Deutschland zum toten Fleck der Weltdiplomatie degradiert. Selbst das kleine Ungarn macht mehr Welle.

Ob die Orbán-Reise sie wach gemacht hat? Kaum anzunehmen. Wenn Baerbock gegen den Ungarn wütet, dann, weil er ein „Rechter“ ist, nicht, weil er sie als diplomatische Nullnummer entlarvt hat. Das merkt sie gar nicht, denn ihre bemerkenswert ausgeprägte Bildungs- und Ahnungslosigkeit schützt sie umfassend vor den Zumutungen jedweder tieferen Erkenntnis. Mögen Kenner der Materie unter ihrer Amtsführung noch so sehr leiden, sie selbst genießt den Posten aus vollen Zügen: Die sündteure Visagistin, die großen Regierungsfliieger, der protzige Amtssitz und die prunkvollen Auftritte auf den roten Teppichen, das ständige Zusammenreffen mit den „Mächtigen der Welt“, deren leises Kichern sie ja nicht mitkriegt – für Annalena Baerbock ist all das schon Beweis genug für ihre überragende Relevanz.

Deshalb konnte sie das Gewese um ihren 184-Kilometer-Flug nach Luxemburg gar nicht nachvollziehen. Solche supercoolen Trips sind es doch, die das Amt erst richtig attraktiv machen, weil sie zeigen, wie wahnsinnig wichtig man ist, wird sie sich denken. Ihr geht es nicht um die Sache, sondern um die Spielsachen. Für die Weltpolitik ist das keine gute Diagnose, und als Deutsche sollte es uns bekümmern. Aber das kommt eben heraus, wenn man Kinder an die Macht bringt.

● STIMMEN ZUR ZEIT

Mirna Funk zerlegt die wiederkehrende Sozialneid-Kampagnen mit einer simplen Feststellung in der „Welt“ (3. Juli):

„Hierzulande wird gerne ununterbrochen vom Höchststeuersatz für Besserverdiener gefaselt, aber wenn ich Besserverdiener ohne Erbe bin, dann bin ich kein Besserverdiener, sondern jemand, der sich versucht eine sichere Zukunft aufzubauen, weil es sonst keine geben wird.“

Markus C. Kerber zieht bei „Achgut.de“ (4. Juli) einen düsteren Schluss aus der Hinterzimmer-Gekungel, in dem abermals die Führungspositionen in der EU ausgehandelt wurden:

„Die Entscheidungsprozesse in Brüssel haben sich von den Völkern Europas vollständig emanzipiert. Die Wahl zum Europäischen Parlament ist bestenfalls ein äußerer Anlass, um Demokratie vorzutäuschen. Im Übrigen haben die Bürger nichts zu entscheiden.“

Gunnar Schupelius wundert sich in der „B.Z.“ (7. Juli) über den Beschluss der Ampel, Ausländern, die zwecks Arbeitsaufnahme nach Deutschland umziehen, Steuervorteile gegenüber Einheimischen zu gewähren:

„Wie sind die Pläne eigentlich mit dem Gleichbehandlungsgesetz (AGG) von 2006 vereinbar, nachdem die Diskriminierung am Arbeitsplatz verboten ist? Sollte es möglich sein, einen Steuernachteil zu haben, nur weil man schon länger in Deutschland arbeitet als die neu eingereiste ausländische ‚Fachkraft‘? Ja wohl kaum!“

Manuel Ostermann, Vizechef der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft und CDU-Mitglied, geht mit Innenministerin Nancy Faeser im „Focus“ (3. Juli) hart ins Gericht:

„Der Kampf ‚gegen Rechts‘ scheint das einzige Thema zu sein, das ernsthaft im Fokus der Innenministerin steht. Linksextremismus kommt so gut wie gar nicht vor und Islamismus nur dann, wenn man ihn gar nicht mehr ignorieren kann.“

Der australische Börsenexperte Russell Clark wirft in der „Berliner Zeitung“ (7. Juli) einen melancholischen Blick auf Deutschland, den er mit einem persönlichen Erlebnis illustriert:

„Als ich Mitte der 90er Jahre als Rucksacktourist zum ersten Mal nach Deutschland kam, war das Bahn-System supereffizient. Heute ist es eine Schande. Das ist der Punkt, an dem die Bundesregierung dringend ansetzen muss. Doch das politische Talent ist sehr schwach.“

● WORT DER WOCHE

„Die Regierung bestätigt mit ihrem Vorstoß alle Vorurteile, die man gegen eine linke Regierung hegen kann: Sie bevorzugt Fremde gegenüber den eigenen Staatsbürgern.“

Pauline Voss sieht in dem Beschluss, ausländische Fachkräfte steuerlich zu privilegieren, einen Offenbarungseid der Ampel, wie sie auf „Nius.de“ am 6. Juli schreibt



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de